Nr. 121 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Mittwoch, den 25. Mai 1927

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24667 Verbal. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 24605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20819 Erfurt

Das Ergebnis von Genf.

Beim Abschluß der Genfer Weltwirtschaftskonferenz ist über ihren Wert nicht viel anderes zu sagen als das, was bereits bei ihrer Einberufung als positiver Fortschritt gebucht werden konnte. Die Weltwirtschaftskonferenz hat durch die Tatsache ihres Zusammentritts und durch ihren Verlauf das in den Vordergrund gerückt, was zum Schluß durch die Annahme eines Antrages des englischen Gewerkschaftsführers Pugh noch einmal zusammengefaßt worden ist: die Erhaltung des Friedens ist wesentlich abhängig von den Grundsätzen und der Praxis der Wirtschaftspolitik der einzelnen Völker. Eine Friedenspolitik, die an der Tatsache der wirtschaftlichen Gegensätze und ihrer Verschärfung durch absperrende Wirtschaftspolitik vorbeigehen wollte, würde eine Vogel-Strauß-Politik sein. Diese für Sozialisten selbstverständliche Erkenntnis in das Bewußtsein der Welt eingehämmert zu haben, ist ein Verdienst der Debatten der Weltwirtschaftskonferenz.

Von dieser allgemeinen Erkenntnis zum Finden praktischer Wege für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten, um an das Ziel des gesicherten Friedens und der steigenden Wohlfahrt der Völker zu gelangen, ist naturgemäß ein weiter Abstand. Leider kann man nicht sagen, daß es der Weltwirtschaftskonferenz gelungen sei, auch nur einen erheblichen Teil dieses Abstandes zu überwinden. Die Weltwirtschaftskonferenz bestand nicht aus Vertretern der Regierungen, sondern aus von den Regierungen ernannten sachkundigen Persönlichkeiten. Unter ihnen hatten die Vertreter der Industrie und der Bankwelt den ersten Platz, daneben traten Beamte der Wirtschaftsressorts der einzelnen Länder, einige Vertreter der Wissenschaft und unter der Gesamtzahl von etwa 140 Delegierten 18 Vertreter der organisierten Arbeiterschaft auf. Dieser Kreis von Sachverständigen konnte naturgemäß nicht zu staatlichen Bindungen kommen, sondern er konnte nur in Entschließungen Empfehlungen an die Regierungen und an die Völker zum Ausdruck bringen. Wenn nun wenigstens die Resolutionen, die die Konferenz gefaßt hat, so klar und entschieden einige große Forderungen herausgearbeitet hätten, daß sie durch fortreißende Propagandakraft geeignet wären, auf die praktische Politik der Länder einen Einfluß auszuüben, so wäre das Ergebnis befriedigender, als es jetzt geworden ist. Denn nun hat man mit großer Mühe eine Reihe von Entschließungen so zusammenredigiert, daß ihnen mit Ausnahme der Russen alle Delegierten zugestimmt haben. Diese Einstimmigkeit wurde natürlich erkauft mit einer Verschwommenheit in wesentlichen Punkten.

Verhältnismäßig am besten ist noch der Inhalt der Resolution zur Frage der internationalen Handels- und Zollpolitik. Zwar war es auch hier natürlich nicht möglich, zu einheitlichen Formeln über den Abbau der Zollmauern zu kommen, aber bei allen Verklausulierungen, die im einzelnen angebracht worden sind, ist doch das Bekenntnis der Konferenz zu einer größeren Freiheit des internationalen Handelsverkehrs, zum Prinzip der Gleichbehandlung der Völker im internationalen Handel und zu dem Streben nach Wiedererlangung der Stabilität der handelspolitischen Beziehungen durch langfristige Verträge mit Klarheit zum Ausdruck gekommen. Die handelspolitische Entschließung wirkt als eine internationale Kundgebung gegen die Politik der Absperrung, gegen die Einstellung auf Wirtschaftskrieg und gegen die fortdauernde Erhöhung der Zollmauern. Sie ist als solche Kundgebung empfunden worden am unmittelbarsten als Abwehr gegen den aktuellen hochschutzzöllnerischen französischen Zolltarifentwurf, und man wird diese Kundgebung der Weltmeinung auch in anderen Ländern als eine Waffe benutzen können, sobald sich nach der Genfer Feiertagsstimmung in der Alltagsarbeit zu Hause wieder die protektionistischen Bestrebungen der einzelnen Interessentengruppen ans Licht wagen. Das wird auch für die bevorstehenden Zollkämpfe in Deutschland unsere Beachtung verdienen.

Viel dürftiger und unbefriedigender ist die Entschließung der Industriekommission ausgefallen. Hatte man ursprünglich das Problem der internationalen Kartelle stark in den Vordergrund der Diskussion um die Weltwirtschaftskonferenz gerückt, so zeigten sich bald starke industrielle Bestrebungen, einer bestimmten Stellungnahme auszuweichen, im besonderen aus Anlaß der von der Seite der Arbeiter und der Genossenschaftler erhobenen Forderung auf internationale Kontrolle, die sich auf Kontrolleinrichtungen der Einzelstaaten aufbauen sollte. Was dann schließlich herauskam, waren ein paar belanglose Bemerkungen über günstige Wirkungen und über Gefahren monopolistischer Organisationen. Man sprach auch den frommen Wunsch aus, daß solche Abkommen nicht zu künstlichen Preissteigerungen führen sollten, man lehnte internationale Kontrolle als unmöglich ab, stellte aber positiv fest, daß die Kontrolle der Kartelle eines Landes Sache der einzelnen Regierungen sei, und man sprach schließlich für internationale Abkommen den Wunsch aus, daß sich die Vertragsparteien dem Urteil internationaler Schiedsgerichte unterwerfen mögen und man befürwortete möglichste Publizität in bezug auf die industriellen Vereinbarungen. Das sind alles praktisch sehr belanglose Erklärungen, die den Kampf um die Kontrolle monopolistischer Organisationen ganz auf die einzelnen Staaten verweisen.

Die Resolution der Landwirtschaftskommission ist in der Frage der Zollpolitik verschwommen, und sie erschöpft sich im übrigen in der starken Empfehlung technischer Verbesserungen, wissenschaftlicher Organisation, Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten, Verbesserung der Absatz- und Kreditmethoden. Sie empfiehlt dafür Austausch der Erfahrungen. Ferner wird die Förderung der Ausbildung der Landwirte den Regierungen empfohlen, es wird die Notwendigkeit der Anwendung der Sozialgesetze auf die landwirtschaftlichen Arbeiter betont und die größtmögliche Förderung des Genossenschaftswesens empfohlen. Endlich wird die Vornahme einer internationalen Landwirtschafts-Enquete angeregt. Im ganzen eine Zusammenfassung von vielen guten Wünschen, die nicht gerade allzu neu sind, und von denen wohl nur mäßige praktische Wirkungen ausgehen werden.

Ueber die Frage, ob nun ein besonderes Organ in Gestalt eines Wirtschaftsamtes sich mit der praktischen Durchführung der von der Konferenz aufgestellten Grundsätze weiter befassen solle, wie es die Arbeitervertreter beantragt hatten, kam man auch zu keinem Entschluß, sondern man begnügte sich damit, die Entschließungen dem Völkerbundsrat zu überweisen und im übrigen die Arbeit des Völkerbunds-Sekretariats anzuerkennen und ihm die Heranziehung von Vertretern der einzelnen Gruppen zu empfehlen in der Art, wie sie bei der Vorbereitung der Konferenz stattgefunden hatte. Das würde praktisch eine in ihrem Umfang sehr bescheidene Heranziehung der Vertreter der Arbeiterschaft bedeuten.

Auf dem Wege zur Besserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker war die Genfer Konferenz nur ein sehr schüchterner und unzulänglicher Anfang. Aber immerhin: es war ein Anfang, und es wird die Aufgabe derer sein, die es mit der internationalen Solidarität und dem Kampf gegen die Kriegsgefahren ernst meinen, vorwärts zu treiben, um von diesem Ausgangspunkt doch zur Verwirklichung eines Stückchens internationalen Lebens zu gelangen.

Sozialdemokratie und Agrarfrage.

Der Entwurf des Agrarprogramms.

Kiel, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In der gestrigen Nachmittagssitzung nahm der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach Erledigung der Anträge zum Vorstandsbericht den Bericht über das Agrarprogramm entgegen.

Referent Dr. Baade:

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei ebenso alt wie die Parteibewegung selbst. Bis zum Kriege blieben die knappen Ansätze des Erfurter Programms unsere einzigen Richtlinien in der Agrarfrage. In der Kriegs- und Nachkriegszeit stand die tatsächliche Politik der sozialdemokratischen Fraktion in einem gewissen Gegensatz zu diesem Programm, indem ein positiver Aufbau in der Agrarpolitik erstmalig in der Hebung der bäuerlichen Wirtschaft versucht wurde. Gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege ging durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung, die von starkem Widerhall in der Partei begleitet war. Wir sind damals in der tristlosen Uebernahme jeder Forderung auf dem Gebiete der Siedlung über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!) Die Anerkennung der Tatsache, daß in den bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft das Schwergewicht der Agrarpolitik ruht und wir mit ihrer Weiterexistenz in unbegrenzter Zeit rechnen mußten, mußte für die Agrarkommission der Ausgangspunkt sein.

Wir haben uns mit den vom Genossen David entwickelten Gesamtideen auseinandergesetzt. Dabei unterschieden wir drei Hauptbestandteile. Der erste ist die einfache Feststellung der Tatsache, daß die Entwicklung der Betriebsverteilung in der Landwirtschaft nicht die geringsten Anhaltspunkte für eine Konzentrationsbewegung gibt. Die bedeutungsvollste Tatsache aus der Betriebsstatistik ist, daß eigentlich alle großen Kategorien von Betriebsgruppen in der Landwirtschaft ihre Existenz mit erstaunlicher Lebensfähigkeit behauptet haben. Eine Verschiebung in allen Klassen ist außerordentlich gering. Die Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebsform ist wohl die bedeutungsvollste Erscheinung, die wir feststellen müssen. Es wäre verkehrt, ein Agrarprogramm auf der Erwartung aufzubauen, daß in einer absehbaren Entwicklung ein Großbetrieb den Kleinbetrieb oder umgekehrt verdrängen würde. Wenn man nach

marxistischen Methoden

von der Erkenntnis der Wirklichkeit ausgeht, muß man feststellen, daß der Streit um die Betriebsgrößenklassen maßlos aufgebauscht worden ist. Das gleiche Ergebnis zeigt sich, wenn ich mir die Gründe ansehe, die für die Ueberlegenheit der einen oder anderen Betriebsgrößenklasse ins Feld geführt worden sind. Es ist doch richtig, daß in der Landwirtschaft die menschliche Arbeitskraft als Qualitätsarbeit, die im höchsten eigenen Interesse geleistet wird, eine ganz besondere Rolle spielt, und daß der Familienbetrieb, der mit daran besonders interessierten Arbeitskräften wirtschaftet, einen bedeutenden Vorsprung vor jedem Großbetrieb hat, der mit fremden Arbeitern wirtschaften muß, weil hier die Kontrolle hinsichtlich der Qualität nicht so durchgeführt werden kann, wie in der Industrie. Aber auch den Gedanken, daß der Familienbetrieb dem Großbetrieb entscheidend überlegen sein müßte, kann ich nicht folgen. Man darf nicht vergessen, daß in einem großen speziell bäuerlichen Betriebe gerade die Zweckmäßigkeit und Lebenskraft aufgebaut ist auf dem Grundsatz methodischer Arbeitsausnützung und Ausbeutung der Frau und der ganzen Familie. (Sehr wahr!) Sehr bedeutsam erscheint mir die viel zu wenig beachtete Tatsache, die die tatsächliche produktive Leistung zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der deutschen Landwirtschaft außerordentlich stark zuungunsten des Kleinbetriebes verteilt.

Die Periode der Bedrohung der europäischen Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion von Uebersee ist längst vorbei, und damit haben auch

die alten schutzzöllnerischen Ideen

in Europa vollkommen ihren Boden verloren. (Sehr richtig!) Wir haben ein Interesse daran, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion nicht gehemmt wird, daß der Kampf der Menschheit gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag mit neuen Mitteln fortgeführt wird im Interesse einer Verbilligung der Lebenshaltung der breiten Massen.

In unserm Programmentwurf ist ausgesprochen, daß das alte Regime auf diesem Gebiet, dem wichtigsten der Agrarpolitik, alles vernachlässigt hat. In der Vergangenheit fehlt die Tatsache jeder praktischen Bauernpolitik vollständig. (Sehr wahr!) Nun könnte jemand sagen, daß diese Forderungen auf Produktionssteigerungen auch in jedem bürgerlichen Agrarprogramm stehen könnten. Jedes bürgerliche Agrarprogramm beruht zunächst auf der freien Konkurrenz und auf der Initiative des privaten Unternehmens. Die geschichtliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik hat aber gezeigt, daß das keine genügenden Motoren zum Fortschritt sind, daß der bloße Eigennutz und die freie Herrschaft des Privateigentums nicht dazu ausreichen, den landwirtschaftlichen Betrieb vorwärts zu bringen.

Auch das Programm planmäßiger produktiver Steigerung läßt sich nur durchführen zusammen mit einem Programm der Absatzregelung, die nach kapitalistischen Übergängen niemals geführt werden kann. Unsere Vorschläge auf gemeinwirtschaftliche Regelung des Absatzes der Produktion haben einen konkreten Ausdruck gefunden in unserem Vorschlag des Handelsmonopols und der gleichzeitigen Beseitigung der jetzigen Getreidezölle. Aber unsere Leipziger Genossen haben zur Erreichung dieses Zieles andere Vorschläge gemacht. Sie fürchten, daß bei unserer ungenügenden politischen Machtposition das Getreidemonopol gegen uns ausgewirkt werden könnte und empfehlen deshalb, den Getreidehandel lieber den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften zu übertragen. Ich sehe gar keine Möglichkeit, das Getreidemonopol durchzusetzen, ehe unsere politische Macht nicht viel größer geworden ist. (Sehr wahr!) Aber den Getreidehandel den Erzeugergenossenschaften zu übertragen — das wäre trotz der einschränkenden Klausel von Konsumvereinen blutigster Dilettantismus. Es ist eben grundfalsch, die Bedeutung und den sozialen Gehalt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu überschätzen.

Unmittelbar an die Getreidefrage schließt sich die Futtermittel- und Kartoffelfrage. Die ungeheuren Preisschwankungen auf dem Viehmarkt lassen sich nicht vermeiden, ehe nicht eine

gemeinwirtschaftliche Organisation

die Stabilisierung der Preise für Getreide und Futtermittel durchgeführt hat. Diese Preisschwankungen sind die größte Gefahr für den bäuerlichen Besitz. Von den Kartoffeln und Futtermitteln führt dann das Problem zur Branntweinbrennerei, Zuckermarkt usw. Bei einer Aenderung der politischen Machtverhältnisse hätten wir hier Möglichkeit zur Sozialisierung, weit über alle die früheren Utopien hinauszugehen.

Unser Agrarprogramm ist das Gegenwartsprogramm,

aber das Durchdenken der Gegenwartsprobleme hat für uns nirgends bedeutet, daß wir auf die Sozialisierung Verzicht leisten, sondern nur, daß wir praktisch den wirksamsten und schnellsten Weg gesucht haben zur Anwendung sozialistischer Grundsätze in der Wirtschaft. (Beifall.)

Ueber die weiteren Teile des Agrarprogramms, besonders der Boden- und Siedlerfragen, erstattet das Referat

Reg.-Präs. Krüger (Lüneburg).

Dem Agrarprogramm der SPD. geben die Forderungen ihr besonderes Gepräge, die sich beziehen auf

die Neugestaltung der Bodenbesitzverteilung,

auf eine grundlegende Bodenreform zur restlosen Ueberwindung des Feudalismus und Kapitalismus auf dem Lande im Verein mit einer völligen Umwandlung der Verhältnisse der Landarbeiter. Wir müssen bei unserem Programm an die deutschen Verhältnisse anknüpfen.

Die Berufs- und Betriebszählungen zeigen uns, daß die meisten Großbetriebe östlich der Elbe vorhanden sind, während in Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen, in der Provinz Sachsen und im größten Teile von Bayern die großen mittelbäuerlichen Betriebe überwiegen und im Rest des deutschen Gebietes, in Thüringen, im Maingebiet, im Rheinland, in der Rheinpfalz, in Hessen, in Baden und im westlichen Teile von Württemberg überwiegen die Mittel- und Kleinbauern. Am Rhein, in Baden und Württemberg spielen außerdem die Parzellenbetriebe unter zwei Hektar eine große Rolle. Aber man darf nicht übersehen, daß sich Großbetrieb und Großgrundbesitz nicht decken. Im Westen und Süden Deutschlands beruhen viele Kleinbetriebe auf der Pachtwirtschaft. Wie infolge der besonderen geschichtlichen Entwicklung die Betriebsverfassung in Deutschland außerordentlich verschieden ist, so weist auch die Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft große Unterschiede auf. Die Mittel- und Kleinbauern arbeiten hauptsächlich mit den Arbeitskräften ihrer Familie. Beim großbäuerlichen Betrieb spielen die fremden Arbeitskräfte schon eine größere Rolle. Die Großbetriebe sind lediglich auf fremde Arbeitskräfte angewiesen und beschäftigen seit der Zunahme des Zuckerrübenbaues auch viele ausländische Wanderarbeiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0001

Auch über die Verhältnisse der Landarbeiter besitzen wir leider keine neue umfassende Uebersicht. Man kann zwei große Gruppen unterscheiden: das Gesinde, das meist unverheiratet ist und die verheirateten Tagelöhner. Eine ganz besondere Rolle spielen im Nordwesten Deutschlands, in Westfalen und in Teilen der Provinz die Heuerlinge. Der Heuermann ist ein Arbeiter-Pächter. Er erhält vom Arbeitgeber gegen eine verhältnismäßig niedrige Pacht eine kleine Stelle und hat dafür seinem Verpächter und Arbeitsherrn bestimmte Arbeiten gegen einen verhältnismäßig geringen Tagelohn zu leisten.

Diese Uebersicht zeigt uns, daß

die Entwicklung in der Landwirtschaft

anders verläuft als in der Industrie. In der Landwirtschaft hat die Trennung der Produzenten von ihrem wichtigsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, keine Fortschritte gemacht. Auch die Konzentration der Betriebe ist in den letzten Jahrzehnten nicht weiter fortgeschritten: die Zahl der Großbetriebe und der großbäuerlichen Betriebe hat im Gegenteil abgenommen, während die Zahl der kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe zugenommen hat. Die SPD. muß offen aussprechen, daß das Dogma vom Untergang der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, das man noch heute vielfach in Parteikreisen findet, unrichtig ist und daß sie daraus ehrlich ihre Folgerungen ziehen will. Das will der Entwurf.

Der erste Abschnitt über die Bodenreform beginnt mit der auf allgemein anerkannter wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Feststellung, daß die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrenklasse die Grundeigentumsverhältnisse gestaltet hat. Das Ziel der SPD. muß sein, dieses auf einer jahrhundertelang betriebenen Klassenpolitik beruhende Bodenmonopol des Großgrundbesitzes zu überwinden. Dazu ist nicht etwa die Aufhebung des gesamten Privateigentums an Grund und Boden notwendig. Bei den selbstwirtschaftenden Bauern und den kleinen Parzelleneigentümern kann von der Ausbeutung eines Menschen durch andere nicht die Rede sein. In der Mitte zwischen beiden Extremen stehen die gewöhnlichen Rittergüter und die Großbauern. Hier hat der Eigentümer zwar eine volkswirtschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit als Leiter des Betriebes zu leisten, aber sein Bodeneigentum verhindert dem besitzlosen Landarbeiter den Zugang zum Grund und Boden und erweist sich so ebenfalls als Ausfluß eines Monopols.

Das Programm trägt diesen drei verschiedenen Grundformen des Bodeneigentums Rechnung. Es wendet sich scharf gegen den Latifundienbesitz. Alles Bodeneigentum, das eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Grenze überschreitet — im deutschen Osten etwa 750 Hektor = 300 Morgen — soll an das Reich abgetreten werden. Als Entschädigung soll der Steuerwert der Grundstücke vergütet werden, der gewonnene Boden soll nach Möglichkeit für die Zwecke der Siedlung unter Ausschluß der privaten Spekulation verwendet werden. Das Programm bekennt sich außerdem zu der Siedlungspolitik, wie sie unter Zustimmung der Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages seit der Revolution begonnen worden ist.

Wenn so wirtschaftliche Rücksichten nicht gegen den Standpunkt des Entwurfes sprechen, so sprechen die wichtigsten politischen Gründe dafür. Gegenüber dem Großgrundbesitz, dem Todfeinde der demokratischen Republik, kann eine Demokratisierung des flachen Landes nur durchgeführt werden, wenn die wirtschaftliche Abhängigkeit in großen Teilen der Landbevölkerung vom Großgrundbesitz beseitigt wird. Das läßt sich nur erreichen auf dem Wege des Entwurfes.

Güter bis zu 750 Hektar sollen nicht enteignet werden nach dem Entwurf. Hier wird aber eine grundlegende Reform der Arbeiterverhältnisse verlangt, welche die heutige drückende Abhängigkeit der Landarbeiter von ihrem Gutsherrn beseitigt. Ganz anders als das Eigentum der Latifundienbesitzer muß natürlich das Eigentum der

Mittel- und Kleinbauern

behandelt werden. Hier kann von irgendeiner Enteignung oder von Eigentumsbeschränkungen nicht die Rede sein. Vielmehr müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeit in diesen Betrieben so fruchtbringend und ertragreich wie irgend möglich zu gestalten. Mit Recht weist der Entwurf zum Schluß darauf hin, daß eine tiefe Interessensolidarität die Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern verbindet.

Eingehende Forderungen werden auch zur Sicherung des Pachtschutzes gestellt, dessen sich die SPD. im Interesse der kleinen Pächter auf dem Lande seit der Revolution besonders angenommen hat. Gefordert wird ferner eine planmäßige Bodenpolitik der Gemeinden, gesichert durch ein Vorkaufsrecht, welches die Versorgung der landbedürftigen Bevölkerung mit Pachtland und Kleingartenland sowie mit Bauplätzen für alle Zeit ermöglicht.

Der Entwurf des Parteivorstandes wird sich als **wirksame Waffe erweisen in dem großen Befreiungskampf zwischen der arbeitenden Bevölkerung und ihren Widersachern.** Darum ist seine möglichst einstimmige Annahme dringend zu wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Hilferding wurde beschlossen, den Entwurf des Agrarprogramms noch einmal an die Agrarkommission zurückzuverweisen.

„Wahlen“ in Bulgarien.

Sofia, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

„Narod“ meldet aus der südbulgarischen Stadt Novasagova, daß dort vier Kandidaten des Eisernen Wahlblocks verhaftet und spurlos verschwunden sind. Einem der Kandidaten wurde bei seiner Festnahme eine Bombe in die Tasche gesteckt. Ein in Dupnitza arretiertes Mitglied des Arbeiter-Wahlkomitees ist gleichfalls verschollen. Die Polizei stellte dessen Familie die Kleider zu, verweigerte aber jede Auskunft. Die gesamte Opposition protestiert gegen die unzähligen Gewaltakte, was aber schon deshalb vergeblich ist, da alle Minister auf Agitation sind.

Rußland / England.

Abbruch der Beziehungen zu Sowjet-Rußland.

London, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Unter gespanntester Aufmerksamkeit des Unterhauses und lebhaftem Beifall von seiten seiner Anhänger gab Baldwin im Unterhaus seine Erklärungen über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau bekannt. Nach Vortrag seines Materials ging Baldwin auf die Geschichte der anglo-russischen Beziehungen ein und fuhr fort: **„Solche Art ständigen Mißbrauchs diplomatischer Beziehungen ist eine Gefährdung des Friedens. Die Regierung hat deshalb vorausgesetzt, daß das Unterhaus am Donnerstag diesem Beschlusse seine Zustimmung gibt, beschlossen, das Handelsabkommen mit Sowjetrußland zu beendigen, die Abberufung der Handelsdelegation und der Sowjetbotschaft aus London zu fordern und selbst ihrerseits die britische diplomatische Mission in Moskau zurückzuberufen. Die Verwendung der Arcos-Gesellschaft für normale Handelsbeziehungen wird von diesen Beschlüssen nicht berührt und die Regierung ist bereit, alle Maßnahmen für gewöhnliche Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu treffen.“**

Nachdem Baldwin unter dem Beifall seiner Anhänger geendet hatte, stellte Clynes im Namen der Arbeiterpartei eine Reihe von Fragen an die Regierrung und forderte, daß die Regierung bis zur Debatte am Donnerstag ihr Material im Druck vorlegen sollte, eine Forderung, bezüglich deren Clynes bei den Liberalen Unterstützung fand, für die Lloyd George sprach. Auf die Frage des Eisenbahnerführers stellte Baldwin fest, daß er, Baldwin, naturgemäß dem Unterhaus nicht alles ihm vorliegende Material in seiner Regierungserklärung unterbreitet hat, daß es jedoch im Zusammenhange mit den bisherigen Beziehungen zwischen London und Moskau genügen müsse, um die Handlungsweise der Regierung zu rechtfertigen.

Der erste und entscheidende Eindruck der Regierungserklärung im Lager der Arbeiterpartei ist, daß es Baldwin in seiner Rede völlig mißlungen ist, irgendwelches neues Material vorzubringen, welches den Abbruch der Beziehungen rechtfertigen würde. Der „Daily Herald“ schließt seinen Leitartikel über den Abbruch der Beziehungen zu Rußland mit folgenden Worten: „Die britische Regierung hat sich selbst zum Richter, Geschworenen und Staatsanwalt eingesetzt und ist zu ihrem Urteil gekommen, ohne dem Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung zu geben. Das Urteil ist das Höchstmöglichste, beinahe eine Kriegserklärung, und die Strenge und Ungerechtigkeit des Urteils wird dadurch nicht gemildert, daß die Regierung eine scheinbare Konzession mit der Fortsetzung der gewöhnlichen Handelsbeziehungen macht... **Baldwins Handlungsweise ist ein Schlag für die britische Wirtschaft, sie wird die britische Arbeitslosigkeit erhöhen und noch mehr die britische Unternehmerschaft bankrott machen.** Das ist schlimm genug, schlimmer noch sind die Konsequenzen, die sich daraus für den Frieden der Welt ergeben.

Baldwin hat in seiner Rede von der Fortsetzung der gewöhnlichen Handelsbeziehungen gesprochen. Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ von gut unterrichteter russischer Seite erfährt, kann von einer solchen Fortsetzung deshalb nicht die Rede sein, weil mit dem Verschwinden des Handelsvertrages die alten englischen Rußlandgläubiger in der Lage sein würden, alle russischen Waren, die nach England transportiert werden, beschlagnahmen zu lassen.

Moskau, 25. Mai. (WTB.)

Der Volkskommissar für den Handel, Mikojan, erklärte, daß Baldwin sich irre, wenn er glaubt, daß nach Auflösung der Sowjethandelsorganisationen ihre Funktionen an englische Vermittlerfirmen übergehen werden. Das Handelskommissariat werde sämtliche Geschäfte mit England einstellen. Die Sowjethandelsstellen in England seien angewiesen, von den englischen Firmen, mit denen noch Verträge laufen, die Beibringung von Garantien zu verlangen, und zwar müssen diese Garantien von Kreditinstituten solcher Länder gestellt werden, mit denen Sowjetrußland in normalen Handelsbeziehungen steht.

Mac Donald zurückgekehrt.

London, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Ramsey MacDonald wurde bei seiner Rückkehr am Dienstag aus Amerika in Southampton offiziell vom Bürgermeister und Gemeinderat empfangen. Als der Schiffszug, in dem sich Mac Donald befand, sich in Bewegung setzte, wurde ihm von den Eisenbahn-, Hafen- und Zollbeamten sowie von Vertretern der Eisenbahnorganisation eine eindrucksvolle Demonstration dargebracht.

Fascismus überall. Aus Neuyork wird gemeldet, daß es in der letzten Nacht in einem Vorort von Neuyork zu blutigen Zusammenstößen zwischen Fasciften und Antifasciften gekommen ist. Ueber ein Dutzend Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Staat, Kirche und Konkordat

Von Hermann Fleißner, M. d. R.

Dem Parteitag in Kiel liegen einige Anträge vor, die einen Beschluß verlangen, nach dem Konkordate von sozialdemokratischer Seite abzulehnen sind. Seit Monaten wird in der Tagespresse über diese Frage geschrieben. Politische, kulturelle und kirchliche Organisationen fassen Beschlüsse und geben sie bekannt. Die Angelegenheit ist also höchst aktuell, zumal von Verhandlungen der Reichsregierung und der preußischen über Konkordatsabschluß immer lauter gemunkelt wird. Der Parteitag muß einen klaren Beschluß fassen, die größte Partei hat Stellung zu nehmen! Sie muß es grundsätzlich tun! — Vor kurzem war in der Parteipresse eine Notiz zu lesen, die sich wie ein Fühler ausnahm, von dem nicht zu erkennen war, woher er kam. Darin hieß es unter Berufung auf den Demokraten Hellpach, daß man „nicht prinzipiell und praktisch jedes Konkordat in jeder Form ablehnen“ müsse. Unsere Stellung dazu sei vielmehr eine Frage der Taktik.

Dieser Auffassung, die aufs Lavieren und Ausweichen hinausläuft, muß widersprochen werden. Das Konkordat ist nicht nur eine Frage von kultureller und materieller, sie ist auch von großer politischer Bedeutung. Danach sollen nach der Absicht der katholischen Kirche Privilegien für sie geschaffen, erhalten oder erneuert werden. Das Konkordat hat den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrags. Der „päpstliche Stuhl“ wird dadurch als eine gleichbedeutende Staatsmacht gewertet und anerkannt. Tatsächlich genießt das päpstliche Kirchenregiment im völkerrechtlichen Verkehr noch heute die Vorrechte eines Staatssouveräns. Die Verfassung der deutschen Republik insolviert jedoch diese Anerkennung nicht. Nach ihr sind kirchliche Organisationen Religionsgesellschaften mit Körperschaftsrechten, mit gleichen Rechten und Pflichten wie andere Gesellschaften innerhalb des Staats. Die Kirche ist dem Staat nicht gleichberechtigt, sondern ihm untergeordnet. Jeder Staat im Deutschen Reiche, der mit der Kirche als Staatsmacht verhandelt und Verträge schließt, begibt sich eines Teils seiner Autorität und seines Bestimmungsrechtes.

Was das Zentrum, in Deutschland die politische Interessenvertretung der römischen Kirche, mit dem Konkordat anstrebt und durchsetzt, ist in Bayern an einem abschreckenden Beispiel erwiesen. Die Einzelheiten sind oft erörtert worden und dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Die kirchlichen Forderungen in der Denkschrift zur Errichtung einer oberrheinischen Kirchenprovinz vom Jahre 1851 sind noch heute für das Zentrum richtunggebend beim Abschluß von Konkordaten. Dort wird verlangt die Ausübung eines besonderen Kirchenrechts, unabhängig von aller weltlichen Verfassung, Freiheit in der Gestaltung des Unterrichtswesens, Ueberwachung des Relegionsunterrichts durch den Bischof, Einfluß auf den Inhalt der Lehrbücher, Ernennung der Religionslehrer und der theologischen Lehrer an den Hochschulen mit Einwilligung des Bischofs, Aufsicht über die theologische Wissenschaft, Gewährung von Staatsmitteln usw. Diese Ziele sind in der Tat in Bayern durch das Konkordat erreicht! Die Kirche verlangte im ganzen weit mehr, als sie vor 100 Jahren in Bayern bekommen konnte!

Diese Spuren schrecken. Der Widerstand gegen Konkordate ist in weiten Kreisen im Wachsen. Herr Dr. Mirbt, Professor des Kirchenrechts in Erlangen, spricht sich entschieden dagegen aus. Und zwar auf Grund wissenschaftlich-politischer Erwägungen. Er sagt: „Der Staat darf keine Konzessionen machen, die seine Freiheit in Frage stellen oder gar bedrohen.“ Jedes wie immer geartete Konkordat wird eine solche „Konzession“ sein. Und „jedes Konkordat schließt für den Staat Gefahren in sich. Der Eintritt des Deutschen Reiches oder Preußens in Konkordatsverhandlungen liegt nicht im staatlichen Interesse“, erklärt Mirbt weiter. Er tritt dafür ein, durch Gesetze zu bestimmen, was etwa gegenüber der Kirche vom Staat zu regeln ist: „Die Regelung durch staatliche Gesetzgebung entspricht der Bedeutung und dem Charakter der in Frage kommenden Gegenstände insofern, als sie das ganze Volk angehen.“ Soviel steht jedenfalls unbestreitbar fest, daß keine Notwendigkeit zum Abschluß von Konkordaten vorliegt, und daß sie aus der Verfassung nicht hergeleitet werden können. Das bayerische widerspricht geradezu der Verfassung in vielen Punkten! Zu welchem Zwecke also ein Stück Staatsverfügungsrecht aufgeben?! Sozialdemokraten dürfen das auf keinen Fall zulassen oder gar mitmachen! — Die Kirchen haben heute, in der Republik, bedeutend mehr Bewegungsfreiheit als früher. Das erkennt sogar der katholische Schriftsteller und Jesuitenpater Muckermann unumwunden an, indem er schreibt: „Ueber gewisse deutsche Lande, wie Sachsen (!) mußte erst die Revolution kommen, um der katholischen Kirche jene staatliche Bewegungsfreiheit zu bringen, die sie für ihre Mission braucht.“ Konkordate sind also mindestens eine höchst überflüssige Sache, die der Kirche unbegründete Vorteile, dem Staat aber Nachteile bringt.

Wir haben alle Veranlassung, dazu beizutragen, daß eine „Konkordatsära“, wie vor 100 Jahren, nicht wieder aufkommt. In Baden und Württemberg wurden Konkordate schon 1859 von den Parlamenten abgelehnt. Dort und in Sachsen sind die Rechte und Pflichten der Kirche, ihr Verhältnis zum Staat, durch Gesetze geregelt. Das Konkordat in Oesterreich vom Jahre 1855 trat faktisch schon 1867 wieder außer Kraft; formell aufgehoben wurde es im Jahre 1874. Seitdem war und ist Oesterreich ohne Konkordat, obwohl hier viel eher als in Deutschland die Voraussetzung dazu gegeben wäre. In Berlin hat sogar die Evangelische Landessynode Einspruch gegen den Abschluß eines Konkordats erhoben wegen Beeinträchtigung der Frei-

Hallesches Stadttheater.

„Madame Butterfly.“

Oper von Giacomo Puccini.

In einer sich immer steigernden Weise beherscht Puccini zurzeit wie kein zweiter Italiener das Repertoire der Bühnen. Wie kein andrer besitzt er das Talent, der Masse zu imponieren. Ohne Zweifel — hier müssen auch die erbittertsten Gegner schweigen — bleibt er ein ungemein interessanter, reich begabter Musiker. Mit Recht wird er als Poet des Klanges gerühmt, wenn er seine wundersamen Farbenharmonien im Orchester tief und warm erklingen läßt.

In Deutschland hat Puccini viele Gegner; sie befehden von „Manon“ bis „Butterfly“ jene merkwürdige Technik, kleine süßliche schlüpfrige Motive zu wiederholen oder auf höhere und tiefere Lagen zu bringen und zuletzt mit dynamischen Superlativen hin und her zu schleudern, eine Art, die manchmal fadenscheinig anmutet. Bei alledem imponiert er doch anderseits in jenen Stellen, wo für sein Parlando lyrische Ruhepunkte kommen und er die feingesponnenen Kantilenen in die Niederung der altitalienischen Oper führt; alle Bühnenvorgänge werden durch flitternden Farbenschmuck beleuchtet und eigenartig belebt. Mit Ausnahme der „Butterfly“ und ihrer östlichen Exotik wäre es ohne textliche Grundlage wohl schwer, die Opern Puccinis auseinanderzuhalten.

Mit der „Butterfly“ hat der Meister eine fremde Welt erschlossen, zur glühenden Sonne, die Farben des Verismo und des brutalen Egoismus.

Die Neueinstudierung der „Butterfly“ ist vom Spielleiter Kreuz mit stilechten Farben versehen worden, die alle Bilder sehr naturgetreu wiedergeben und das Auge entzücken. Die musikalische Ausdeutung dieser exotischen Partitur fand in Kapellmeister Roessert einen gediegenen Meister; er zeichnet die Impression dieser Musik mit bewußten Ausdrucksmitteln und bringt all die fremdartigen melodischen Melismen, die gebrochene melodische Linie mit gewandter bestimmter Art.

In der Titelrolle zeigte Carlotta Strempel ihre oft gerühmten künstlerischen Vorzüge. Ihr subtil geschulter Sopran steuert mit Sicherheit über die Schwierigkeiten der Partie; der Gesang ist dabei jedes dramatischen Akzentes fähig. Das Kindlich-weibliche, Zartlyrische ihrer Leistung ist von großer Natürlichkeit. Den Leutnant Linkerton spielt und singt Paul Bassermann mit smarter Haltung; sein kultivierter Tenor bringt mit den hohen Tönen prächtigen stimmlichen Glanz und feine Schattierungen. Der Konsul Sharpleß ist mit Ewald Böhmer sehr gut vertreten; Gesang und Darstellung stehen auf gleicher Höhe. Mit dem Fluch des Bonzen konnte Alfred Schütz sein pompöses Organ entfalten. Recht farblos war der Fürst Yamadori von Arnold Heinecke, Walter Kathammer rutschte mit dem Goro in die Gefilde der Operette. Die kleineren Rollen und der Chor verdienen viel Lob.

Das Theater war ausverkauft und spendete dieser exotischen Oper und den Mitwirkenden reichsten Beifall. S. S.

Uraufführung im Dresdener Schauspielhause. Nach des Cervantes unsterblicher Menschheitsdichtung „Don Quichotte“ hat der Frankfurter Theatermann Fritz Peter Buch eine Komödie „Ein Narr macht viele“ gezimmert, die, wenn auch nicht ohne dichterische Vorzüge, doch nur einen recht schwachen Hauch jener tragischen Lächerlichkeit vermittelt, die das Original in die Sphäre tiefster Menschlichkeit erhoben hat. Die darstellerische Gipfelleistung mit farbig fein abgestimmten, spanisch-romantischen Bühnenbildern, in die die Kostüme gut hineinklangen, und verblüffenden Beleuchtungseffekten sicherten dem Werk einen Achtungserfolg.

Gerhart Hauptmann hat jetzt mit der Niederschrift seiner „Lebenserinnerungen“ begonnen. Die Veröffentlichung soll jedoch nach dem Wunsche des Dichters erst nach seinem Tode erfolgen.

Der Völkerbundspalast. Das vom Völkerbundsrat eingesetzte internationale Preisgericht für den Wettbewerb zum Bau eines neuen Völkerbundsgebäudes hat keinen der von 377 Architekten der ganzen Welt eingereichten Entwürfe zur Ausführung empfohlen. Die zur Verfügung stehende Prämiensumme von 165 000 Schweizer Franken ist deshalb in Gestalt von neun Preisen von je 12 000 Franks, neun ersten Ehrenauszeichnungen von je 3800 Franks und neun zweiten Ehrenauszeichnungen von je 2500 Franks verteilt worden. Unter den insgesamt 16 Empfängern der neun Preise befinden sich auch drei Hamburger und zwei Düsseldorfer Architekten, während zwei weitere deutsche Architekten erste Ehrenauszeichnungen erhielten. Die Entwürfe werden Ende Juni im Genfer Völkerbundsgebäude ausgestellt werden.

Denkmalspflege in der Provinz Sachsen

Die Provinzial-Denkmäler-Kommission tagte unter Vorsitz des Provinzialkonservators, Landesbaurats Ohle, am 20. und 21. Mai in Erfurt. Auf der Sitzung kam die außerordentliche Belebung des allgemeinen Interesses dr Bevölkerung für unsere alten Denkmale stärker zum Ausdruck als in den ganzen letzten Jahren. Trotzdem die provinzialen Mittel für denkmalpflegerische Zwecke gegen die Vorjahre keine Erhöhung gefunden haben, konnten für den größten Teil der zahlreich eingegangenen Antrааge auf Unterstützung bei Instandsetzung von Bauten, einzelnen Bildwerken und Malereien Beihilfen bewilligt werden. Es seien im einzelnen genannt: für Instandsetzung der Kirche in Steinbach (Kr. Eckartsberga) 400 Mk., für Neudeckung des Kirchturms in Braunschwende 500 Mk., für Sicherung des Kirchturms in Benndorf bei Delitzsch 600 Mk. Für die Instandsetzung eines interessanten Renaissancehauses in Naumburg wurden 2000 Mk., für die Wiederherstellung der sogenannten Finkenburg in Nordhausen, dem ältesten Fachwerkhaus der Stadt, 3000 Mk. zur Verfügung gestellt. Die Wiederherstellung alter Malereien in der Kirche in Riestedt wurde durch eine Beihilfe von 500 Mk. unterstützt. Für die unmittelbar vor dem Abschluß stehende Erneuerung des Standbildes enies zu Pferde sitzenden Rolandes in Neuhaldensleben wurden abermals 500 Mk. bewilligt. Die Arbeit in der Bestandsaufnahme der Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen ist jetzt soweit fortgeschritten, daß mit dem Erscheinen von zwei Kunstdenkmale von Erfurt betreffenden Bänden im Laufe des kommenden Jahres gerechnet werden kann. An die Sitzung schloß sich am zweiten Tage eine Besichtigung der mit Erfurt kunstgeschichtlich verwandten Bauten und Kunstdenkmale in den thüringischen Orten Arnstadt, Stadtilm und Paulinzella an.

Volksbühne. Heute, Mittwoch: „Rheingold“, Beginn 8 Uhr (ohne Pause!). „Walküre“ am 2. Juni, 7 Uhr; „Siegfried“ am 8. Juni, 7 Uhr; „Götterdämmerung“ am 28. Juni, 7 Uhr. Einige Karten sind wieder verfügbar. „Revisor“ am 1. Juni für H, und 16. Juni für J (Beginn 8 Uhr). Als 10. Werk folgt für die erste Spielreihe „Cardillac“, Oper von Hindemith, und für die zweite „Falstaff“, Oper von Verdi. Diese Opern sind für unsere Mitglieder gegen Vorlage der ordnungsmäßigen Mitgliedskarte frei. Einlösung der Marken bis 15. Juni erbeten. Als Abschluß der Kulturfilme dieser Spielzeit läuft am 30. Mai, 8¼ Uhr, im halia, „Urwelt im Urwald“. Sondervorstellungen: „Der Diktator“ von J. Romains am 7. Juni, 8 Uhr; „Adieu Mimi“, Operette von Benatzky, am 10. Juni, 8 Uhr. Karten in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0002

heit des Staates; es wird „Regelung nach eigenem Staatsrecht" gefordert, ein Standpunkt also, der das Politische voranstellt. Die Deutschnationalen ließen seinerzeit im Reichstag durch den Abgeordneten Wallraff erklären, daß ein Reichskonkordat nur gemacht werden dürfe unter „Wahrung unveräußerlicher Staatsrechte und unter Beobachtung der Zuständigkeit der Länder." Das hätte für die katholische Kirche wenig Sinn und Wert, wie oben schon dargelegt. Der deutschvolksparteiliche Volksbildungsminister in Sachsen erklärte in einem Vortrag in der Gesellschaft für wissenschaftliche Politik, Sachsen werde sich „gegen ein Konkordat im Reiche mit allen Kräften wenden." Der Landesausschuß derselben Partei für Sachsen faßte einen Beschluß, daß jedes Konkordat grundsätzlich abzulehnen ist, weil es mit dem liberalen Staatsgedanken unvereinbar sei. (Herr Stresemann hat allerdings gezeigt, daß er auch anders kann, wenn ihn der Koalitionsbruder Zentrum zur Ordnung ruft.) Der Vorstand des Hamburger deutschnationalen Landesverbandes sprach sich ebenfalls gegen Konkordat und für „autonome Staatsgesetzgebung" aus. Dr. Koch lehnte auf dem letzten demokratischen Parteitag unter Zustimmung desselben „aus grundsätzlichen Erwägungen" jedes Konkordat ab.

Aus alledem tritt die große politische Bedeutung der Frage scharf in den Vordergrund. Es ist also ganz falsch, anzunehmen, daß mit prinzipieller Ablehnung von Konkordaten eine große Kulturpaukerei verbunden sein muß. Im Gegenteil! Es handelt sich bei der Regelung der Materie um eine ganz nüchterne und sachliche Grenzziehung zwischen den beiden Faktoren Staat und Kirche. Dabei ist peinlich darauf zu achten, daß der Kirche nicht mehr zugestanden wird, als sie nach Recht und Verfassung beanspruchen darf. Die nötigen Feststellungen dürfen jedoch nicht durch Vertrag, sie müssen durch Gesetz erfolgen. Konkordate entsprechen nicht der Reichsverfassung, nach der eine Trennung der Kirche vom Staat durchzuführen ist. Konkordate bedeuten mehr oder weniger das Gegenteil: Bindung des Staates an die Kirche. Schon nach diesem verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt müssen wir sie ablehnen, ganz gleich, was darin steht.

Zu fordern ist das nach Artikel 137 nötige Reichsgesetz. An der Spitze dieses Artikels steht der Satz: „Es besteht keine Staatskirche." Nach Artikel 138 sollen die „auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln basierenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften abgelöst" werden durch Gesetze der Länder nach Grundsätzen, die das Reich aufstellt. Dieses Reichsgesetz fehlt noch immer! Indem man in Bayern ohne ein solches die Angelegenheit durch Landes-Konkordat erledigte, griff man der Reichsverfassung vor und verstieß auch insofern gegen dieselbe! Um so mehr als es nach Artikel 183 bei den bestehenden Rechtsverhältnissen verbleibt, solange das Reichsgesetz nicht erlassen ist. Es ist bei dieser Sachlage ganz falsch, wenn der preußische Unterrichtsminister im Landtage erklärte, daß im Interesse des Staates über ein Konkordat verhandelt werden müsse, weil „eine Lücke in der Weimarer Verfassung" sei. Diese Lücke kann höchstens in dem Fehlen des Reichsrahmengesetzes gefunden werden, die aber nicht durch ein Landes-Konkordat, sondern nur durch eben dieses Reichsgesetz geschlossen werden darf. Warum dringen die Länderregierungen nicht darauf, daß es endlich geschaffen wird? Von Sachsen aus ist das wiederholt und sehr energisch seinerzeit durch die sozialistische Regierung geschehen. Ohne Erfolg. Die Bescheide, die das Reich auf diese Ersuchen gab, waren sehr charakteristisch. Dem Zentrum ist eben viel mehr an Konkordaten gelegen als an dem durch die Verfassung vorgeschriebenen Reichsgesetz. Der Parteitag in Kiel sollte unsere Reichstagsfraktion beauftragen, umgehend dieses Gesetz zu fordern.

Was alles möglich ist.

Nach Hörsing Dr. Wirth.

Berlin, 25 Mai. (Radiomeldung.)

Die Deutschnationalen sollen nach ihrem Vorstoß gegen Hörsing nunmehr auch bei der Parteileitung des Zentrums gegen Dr. Wirth Beschwerde erhoben haben. Angeblich soll die Parteileitung dem deutschnationalen Verlangen entsprochen haben, gegen Dr. Wirth geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Vom chinesischen Bürgerkrieg.

London, 25. Mai. Eig. Drahtbericht.)

Gleichzeitig mit dem Siege von Feng und Tschang hat Tschangkaischek einen erfolgreichen Vorstoß von Nanking nach dem Norden unternommen. Zwei seiner Divisionen haben den Yangtsefluß bei Sinkiang überschritten und Tschingtau eingenommen. Die Truppen Tschang-Tschung-Tschangs befinden sich im Rückzug. Tschangkaischeks Vorstoß ist auch von der Pressestelle des Militärrates in Hankau gemeldet worden, eine Tatsache, die neuerlich beweist, daß eine Wiederannäherung zwischen den beiden rivalisierenden nationalistischen Regierungen Hankau und Nanking im Gange ist.

Zwischen Rom und Belgrad haben am Dienstag direkte Verhandlungen begonnen. In Belgrad empfing Außenminister Marinkowitsch den italienischen, englischen und rumänischen Gesandten.

Meine erste Revue.

Mein Freund „Ete" ist Berliner, und zwar Vollblutberliner, während ich sein trefflichster Gegenpol, Provinzler, bin, und zwar auch hundertprozentiger Lokalpatriot. Vorgestern kam er ziemlich aufgeregt auf meine Bude und erklärte: „Mensch, Mute, morgen jehts in 'ne Revue." Ich starrte ihn verständnislos an, was seine Ueberlegenheit hervorrief: „Wat, Männeken, da kiekste, det sich nach eure Klitsche so wat Kultiviertes verlooft?" Mir war das alles noch nicht recht klar, ich hatte wohl schon etwas von Revuen gehört, konnte mir aber doch keinen rechten Begriff davon machen. Ete klärte mich auf, erzählte mir dieses und jenes, sprach gar von Revue-Staren, die oft lockere Zeisige seien. Das schien mir alles so widersinnig, daß ich zuletzt nur wußte, daß ich jedenfalls nicht solch Star-Zeisig bin.

Eine gute halbe Stunde vor Beginn trafen wir uns, denn wir wollten einen guten Platz erwischen. Daß wir für fünfzig Pfennig auf den „Olymp" gingen, war natürlich Ehrensache. Wir hatten Glück und bekamen noch einen Platz, wo wir direkt an der Brüstung standen.

Schließlich ging der Spaß los.

Zuerst tanzten da solch Dutzend junger Mädchen einen Tanz, von dem mein Freund sagte, ich müsse aufpassen, um ihn zu lernen, es sei der „Neuste", Black-Bottom. Was das heißt, wußte ich zwar nicht, aber ich sah aufmerksam zu. Das Ganze bestand eigentlich nur aus Bauchverrenkungen und Kniebeugen, von denen das erste mein Hauptinteresse fand. Die Mädchen waren nämlich auch hübsch, Ete meinte, das wären die „Jörls". Angezogen waren sie ja ein wenig knapp, scheinbar hatte der Stoff nicht gereicht. Während sie auf dem Kopf einen Zylinder aus Papier hatten, trugen sie am Vorderkörper einen Streifen Seide, der am Hals zusammengebunden war. Der Rücken war nackt, d. h. natürlich nur bis zu dem Punkt, wo er aufhört, einen anständigen Namen zu führen.

Dann kamen ägyptische Tempeltänze, da war die Garderobe noch knapper geworden. Die „Jörls" trugen nur 'ne kleine bunte Badehose und weiter nischt. Den Busen hatten sich einige mit Blechschüsseln verhängt, scheinbar wollten sie verstecken, daß diese Körpergegend bei ihnen fehlt, denn drei ihrer Kolleginnen trugen stolz ihre unverhüllten Zierden der Weiblichkeit zur Schau. Als sie die Bühne betraten, rief neben uns eine korpulente Donna: „Männe, willste ma wegkucken, da haben welche die Büstenhalter verjessen!" Aber „Männe" ließ sich nicht beirren, seine Begeisterung wuchs sogar noch, als schließlich Marmorgruppen gezeigt wurden, denn da waren auch noch die Badehosen ausgezogen worden.

Mir wurde bei dem ganzen Drüber und Drunter ganz plümerant. Als dann aber das ganze „Ankzambel" mimte, geriet ich in Ekstase und begann unwillkürlich meine Charleston-Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, was mir eine Verwarnung Etes eintrug, der in den Revuejargon einfiel und flüsterte: „Mute, benimm dir, du hast de Sonntagshosen an!" — — —

Ziemlich am Schluß stellte ein „Jörl" allerlei Fragen ans Publikum, bei denen ich immer verlegener wurde. Einmal lachten alle Leute laut auf. Ich wußte aber nicht, was die Frage bedeutete, darum frug ich Ete. Da wurde der wütend und sagte: „Mann, mit dir blamiere ick mir ja, loof man nach deine Jroßmutter und laß dir erst mal sexuell uffklären." Wir zankten uns, wobei mir Ete eine kleisterte. Da ging ich wutentbrannt nach Hause. —

Ke.

*

Das hat die Welt noch nicht gesehen.

Immer wieder die „Jörls". — Sind die USA.-Ladies wirklich die schönsten? — Königin für 2000 Dollars.

Calveston (Texas), 24. Mai. (WTB.)

Der Weltschönheitswettbewerb, an dem Vertreterinnen von acht fremden Ländern teilnahmen, ging heute zu Ende. Die Schiedsrichter ernannten Miß Dorothy Britton aus Jersey-City (New Jersey) zur Schönheitskönigin der Welt unter Zuerkennung eines Preises von 2000 Dollar und einer silbernen Plakette. Den zweiten Preis von 1000 Dollar erhielt Miß Ada Williams aus Florida, den dritten von 500 Dollar Rosa Blanz aus Luxemburg. Sieben weitere Preise von je hundert Dollar entfielen auf drei Amerikanerinnen, sowie Vertreterinnen Frankreichs, Italiens, Kanadas und Spaniens.

Erschütternde Familientragödie.

In Molschleben bei Gotha hatte der Landwirt Stecher sein mit Schrot geladenes Jagdgewehr auf einem Wagen im Hofe liegen lassen. Beim Spiele fand der sechsjährige Enkel Stechers das Gewehr und schoß damit seiner 14jährigen Schwester in den Hals. Da die Halsschlagader getroffen wurde, erlag das Mädchen den Verletzungen. Als Mitbewohner des Ortes dem auf dem Felde befindlichen Großvater das Unglück mitteilten, versuchte sich dieser zu erhängen, wurde jedoch von seinem Neffen noch rechtzeitig abgeschnitten. Stecker war für diese Rettung wenig dankbar, er ergriff eine Mistgabel und verfolgte seinen Neffen damit durch das Dorf, bis man ihm in den Arm fiel und ihn entwaffnete.

Neuer Deichbruch des Mississippi. Bei Moorae im Staate Louisiana ist am Dienstag der Damm des Mississippi gebrochen, so daß die Fluten zwei Millionen Hektar Ackerland überschwemmt haben. Ueber 100 000 Personen werden voraussichtlich genötigt, ihr Heim zu verlassen.

de Pinedo aufgefischt.

Eine neue Spur von Nungesser. / Lindbergh fliegt nach Brüssel und London, vielleicht auch nach Berlin.

Berlin, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der italienische Flieger de Pinedo, der am Montagfrüh auf Neufundland zum Ozeanflug nach Italien aufgestiegen war und am Abend in Horta auf den Azoren erwartet wurde, ist dort bis Dienstagmittag noch nicht eingetroffen. Dagegen will ihn ein englischer Dampfer ungefähr um Mitternacht südlich der Azoren gesehen haben. Das deutsche Linienschiff „Elsaß", das im Hafen von Horta liegt, ließ die ganze Nacht hindurch seinen Scheinwerfer spielen, um dem Flieger den Weg zu zeigen. Das Wetter auf den Azoren ist sehr schlecht, es regnet und herrscht dichter Nebel. Ein amerikanischer Dampfer will ein Schiff gesichtet haben, das ein Flugzeug im Schlepptau hatte.

Berlin, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Nach einer Funkmeldung soll der italienische Flieger de Pinedo etwa 150 Meilen von Horta (Azoren) entfernt auf dem Meere niedergegangen sein, weil er infolge dichten Nebels nicht mehr weiterfliegen konnte. Sein Apparat soll mit einem Schiff nach Horta geschleppt werden. Der Flieger selbst ist wohlbehalten.

Paris, 24. Mai. (WTB.)

Havas meldet aus Lissabon: Der italienische Flieger de Pinedo ist mit seinem Flugzeug im Schlepptau nach Fayal gebracht worden. Sonstige Hilfe war nicht nötig.

Paris, 24. Mai. (Privattelegramm.)

Der Reeder eines Fischkutters aus Boulogne hat das Marineministerium benachrichtigt, daß seine Station für drahtlose Telegraphie die folgende Nachricht von dem Kutter „Saint Hubert" erhalten: **„Wir haben zehn Meilen östlich von Start Point gestern um 12.30 Uhr mittags ein Handelsschiff passiert, das keine Station für drahtlose Telegraphie besaß. Dies Schiff hatte im Schlepptau ein Wasserflugzeug, dessen Steuerung die französischen Farben zeigte."** Start Point liegt südöstlich vom Plymouth in grader Linie von Etretat nach Plymouth. Wenn diese Meldung bestätigt wird, dann könnte es sein, daß es sich um das Flugzeug der französischen Flieger Nungesser und Coli gehandelt hat.

Paris, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Lindbergh hat bei der Besichtigung seiner Flugmaschine festgestellt, daß die beim Empfang verursachten Schäden rasch ausgebessert werden können. Er beabsichtigt daher voraussichtlich schon am Mittwoch einen Flug über Paris auszuführen, um sich den Parisern zu zeigen und für ihren Empfang zu danken. Am Sonnabend will er sich dann im Flugzeug nach Brüssel begeben und von dort am Montag nach London. Ob er von London aus auch noch Stockholm besucht und vor seiner Rückkehr nach Amerika vielleicht nach Berlin kommt, steht einstweilen noch nicht fest. Er will möglichst bald wieder nach Amerika zurückfahren.

Paris, 24. Mai. (WTB.)

Dem heute auf dem Flugplatz Le Bourget veranstalteten Bankett wohnte der Direktor der Deutschen Lufthansa, Wronsky, bei, der dem Präsidenten der Republik vorgestellt wurde. Wronsky erklärte, er hoffe, daß eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem französischen Luftverkehrswesen möglich sei, worauf Präsident Doumergue erwiderte, auch in Frankreich werde man alles Erforderliche tun, um dieses Ziel zu erreichen. Direktor Wronsky forderte Lindbergh auf, mit seinem Flugzeug nach Deutschland zu kommen. Lindbergh erklärte, wenn seine Zeit es ihm gestatte, werde er gern den Flug durchführen.

Newyork, 24. Mai. (WTB.)

Das Marineamt stellt einen Torpedobootszerstörer für die Rückkehr Lindberghs zur Verfügung.

Eigenartiger Unfall eines Lokomotivheizers. Der Lokomotivheizer Fenk aus Erfurt, der auf dem Berliner Mittagsschnellzug D 42 tätig war, war gerade mit dem Schüreisen beschäftigt, als ein entgegenkommender Zug an dem D-Zug vorüberfuhr. Der Gegenzug riß ihm das Eisen aus der Hand und brachte ihm schwere Verletzungen am Kopfe bei. Der Verunglückte wurde in das Apoldaer Krankenhaus gebracht.

Regierungsrat Bartels freigesprochen. Der frühere Leiter des Berliner Fremdenamtes, Regierungsrat Bartels, der vor einiger Zeit vom Schöffengericht wegen Bestechung und Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist am Dienstag im Berufungsverfahren freigesprochen worden. Nach Verkündung des freisprechenden Urteils brach Bartels zusammen und erlitt einen Weinkrampf.

Mildes Urteil. Ein Berliner Schwurgericht verurteilte am Dienstag den Bureaudiener Lemm, der den Direktor Neßler der städtischen Elektrizitätswerke durch einen Revolverschuß tödlich verletzt hatte, wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte wegen Totschlags 3 Jahre Gefängnis beantragt.

Die Magdeburger Theaterausstellung.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Die schon vom vorigen Jahre auf dieses Jahr verschobene Magdeburger Theaterausstellung ist auch bis zu ihrer am 14. Mai erfolgten offiziellen Eröffnung noch immer nicht ganz fertig geworden und wird es zu einem gewissen Teile wohl überhaupt niemals werden. Man muß den Veranstaltern freilich zugute halten, daß die Neuschaffung eines Ausstellungsparkes mit allen seinen Baulichkeiten und die Beschaffung des reichhaltigen Materials auf einem bisher noch niemals der Oeffentlichkeit in solchem Umfange zugänglich gemachten Gebiete in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen mußte, und daß die Ausstellungsleitung ihre lohnende Aufgabe immerhin mit viel Fleiß und Liebe zur Sache angepackt hat. Daneben kann man sich aber auch des Eindrucks eines gewissen Mangels an organisatorischer Erfahrung nicht erwehren. Eine Ausstellung, die ursprünglich schon ein Jahr früher hatte stattfinden sollen, also doch von langer Hand vorbereitet gewesen war, hätte unbedingt ein geschlosseneres Bild bieten müssen, als wir es in Magdeburg zu sehen bekommen, und es ist mir ein Symbol für die Planlosigkeit der geleisteten Arbeit, daß beispielsweise ein Ausstellungskatalog erst in einigen Wochen fertig vorliegen wird. Besonders die historische Abteilung, der umfangreichste, wichtigste und interessanteste Teil der Ausstellung, der einen Ueberblick über die Geschichte des Theaters von den ältesten Anfängen bis zur unmittelbarsten Gegenwart bietet, zeigt einen bedauerlichen Mangel an Systematik und Vollständigkeit. Die verschiedensten Entwicklungsepochen der Bühnenkunst sind hier in einem stilisierten und zeitgeschichtlichen Durcheinander, in einer wahllosen Nebeneinanderstellung von Wesentlichem und weniger Wichtigem aufgebaut, daß der theatergeschichtlich nicht geschulte Laie nur schwer ein klares Bild gewinnen kann.

Im Mittelpunkte der Ausstellung steht die große Versuchsbühne mit einem für 180 Personen eingerichteten Zuschauerraume, an der dem Betrachter sämtliche technischen Errungenschaften der modernen Bühne anschaulich vorgeführt werden. Rechts von der Versuchsbühne gelangt man in die große Halle, die die historische Entwicklung des Theaters an einer Reihe von Bildern, Modellen, Figurinen, Kostümen, Manuskripten und sonstigem Material aus Archiven, Museen und anderen Sammlungen charakteristisch, wenn auch keineswegs lückenlos, schildert. Nach einer Darstellung des antiken Theaters folgt die mittelalterliche, zum Teil auf offenen Plätzen und in Kirchen aufgeschlagene Mysterienbühne, die Bühne der Meistersinger, das Renaissancetheater, das Theater der Shakespeare-Zeit mit seiner ganz dekorationslosen Vorder-, Hinter- und Oberbühne und schließlich die von Italien ausgehende streng symmetrische Bühne des Barockzeitalters mit ihren Kulissen, aus der sich die Bühne unserer Zeit entwickelt hat. Das hier gebotene sehr wertvolle Material verdanken wir zum großen Teile dem Sammeleifer des allzu früh verstorbenen Leipziger Germanisten Albert Köster, dessen ganz überragende Verdienste auf dem Gebiete der theatergeschichtlichen Forschung noch lange nicht genügend gewürdigt worden sind.

Mit einem großen Sprunge sind wir dann im Zeitalter unserer Klassiker. Hier erscheint als besondere Sehenswürdigkeit eine Originaldekoration von der Mannheimer Uraufführung von Schillers „Räuber". Im übrigen ist diese Zeit jedoch vorwiegend durch Bilder berühmter Darsteller, alte Theaterzettel und dergleichen illustriert. Einen größeren Raum nimmt noch die durch interessante Modelle veranschaulichte Bayreuther Schöpfung Richard Wagners ein. Als bemerkenswerteste historische Uebersicht der jüngsten Vergangenheit ist schließlich noch die Darstellung der Front- und Gefangenentheater aus dem Weltkriege zu nennen.

Den interessantesten und aktuellsten Teil der ganzen Ausstellung bildet die glücklicherweise sehr reichlich beschickte Darstellung moderner Inszenierungen und bühnenbildnerischer Leistungen an mehr oder weniger führenden, aber auch kleineren Theatern. Was wir hier vor allem von den Berliner Staatstheatern und von den staatlichen und städtischen Bühnen in Stuttgart, Darmstadt, Frankfurt a. M., Dresden usw. zu sehen bekommen, vermittelt deutliche Einblicke in die gewaltigen szenischen Fortschritte der letzten Jahre. Anderes wieder bleibt problematischer, aber dennoch aufschlußreich. Sehr fesselnd ist auch das Theater Tairoffs aus Moskau vertreten, dessen bahnbrechende Bedeutung heute ja allgemein anerkannt ist. Ergänzt wird dieses Gebiet durch Arbeiten der Staatlichen Kunstakademien in Düsseldorf und Dresden, des „Bauhauses" in Dessau usw.

An diese rein künstlerische Abteilung schließt sich die kulturelle und soziale, in der wir Einblicke in das mannigfache Wirken des Bühnenvereins, der Bühnengenossenschaft, der Volksbühnenorganisation und sonstiger Theaterbesucherverbände, der Laienspielvereinigungen, der Wandertheater, des Deutschen Musiker-Verbandes, des deutschen Theaters im Auslande, des Marionettentheaters usw. erhalten. Des weiteren folgt eine Industriehalle, in der die mannigfachen Nebengebiete des Theaterwesens (Kostümschneiderei, Beleuchtungstechnik, Heizungsanlagen, Perrücken und Parfümerien, Ausstattung von Theaterräumen und ähnliches mehr) zur Geltung kommen. Dieser Teil geht schon über den Rahmen der eigentlichen Ausstellung hinaus, aber es wird ja wohl bei der üblichen kapitalistischen Organisation solcher Ausstellungen vorläufig noch nicht zu vermeiden sein, daß den Besuchern gelegentlich auch Nähmaschinen, Staubsauger, Grammophone usw. zum Kauf angeboten werden. Als Anhängsel der Ausstellung erscheinen sodann noch Darstellungen aus dem Film- und Rundfunkwesen, deren Zusammenstellung jedoch nicht viel Wesentliches von der Eigenart dieser Randgebiete der Bühnenkunst erkennen läßt. In einer Kunsthalle sind eine Anzahl von Gemälden berühmter Bühnenkünstler aufgehängt. Schließlich erhält der Fachmann noch in der großen Brandschutzhalle wichtige Aufschlüsse über alle modernen Feuersicherheitsmaßregeln.

Natürlich weist das Ausstellungsgelände auch die unvermeidliche Attraktion eines Vergnügungsparkes auf. Das Verdienst, diese Ausstellung aus einem der wichtigsten Kultur- und Bildungsgebiete unserer Zeit ins Leben gerufen zu haben, darf natürlich nicht unterschätzt werden. Wenn erst das gesamte eingesandte Material an seinem entsprechenden Platz eingeräumt worden ist, wird diese Ausstellung dem Theaterliebhaber manche wertvolle Ergänzung zum Verständnis des modernen Bühnenbetriebes bieten.

Guter Besuch der Theaterausstellung.

Magdeburg, 25. Mai.

Der Besuch der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg läßt sich trotz des noch ungünstigen Wetters gut an. Bisher sind insgesamt rund 6000 Dauerkarten verkauft worden. Die Besucherzahl am vergangenen Sonntag verzeichnete rund 10 000 Besucher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SAJ. Wir treffen uns Donnerstag ½7 Uhr am Rannischen Platz zur Tagesfahrt. Diejenigen, die nicht mitgehen, treffen sich ½2 Uhr am Rannischen Platz zur Halbtagsfahrt. Musikinstrumente sind mitzubringen. Mittwoch: Beißnitz.

Aus dem Bezirk

Artern. Mittwoch, den 25. Mai, abends 8½ Uhr im „Goethehaus" Versammlung. Sammellisten und Rest von Neuaufnahmen mitbringen. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Gäste können eingeführt werden.

Ammendorf. Die Ortsgruppe versammelt sich am Himmelfahrtstage zum gemeinsamen Ausflug durch die Elsteraue nach Döllnitz pünktlich um 1 Uhr im „Elstertal".

Merseburg. Donnerstag (Himmelfahrt), den 26. Mai. Ausflug nach Dürrenberg-Vesta. Treffpunkt früh pünktlich 7 Uhr Rulandtplatz.

Hettstedt. Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 Uhr im „Stern" Mitgliederversammlung.

Corbetha. Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof Wagner Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Parteiangelegenheit und Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Merseburg. **Frauengruppe.** Montag, 30. Mai, abends 8 Uhr, in den „Drei Schwänen" Zusammenkunft. Vortrag Weicker oder Spaziergang nach Kötzschen.

Delitzsch. Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr 3. Vortrag des Gen. R. Hampe über „Die wirtschaftlichen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen". Alle Parteigenossen, besonders die Frauen und Jugendlichen der SAJ., sind eingeladen. Jungsozialisten.

Mücheln. Sonntag, 29. Mai, abends 8 Uhr im Gasthof „Roter Hirsch" Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Da die Versammlung äußerst wichtig ist, wird das Erscheinen der Genossen und Genossinnen unbedingt erwartet. Volksblattleser und Reichsbannerkameraden sind willkommen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Die Mitgliederversammlung des Reichsbanners findet nicht im Volkspark, sondern im „Wintergarten" am Freitag, dem 27. Mai, abend 8 Uhr statt. Tagesordnung: Der Stahlhelm als Landesfeind. — Sonntag vormittag 9 Uhr freiwillige Fahrt nach Delitzsch mit Kraftwagen. Fahrt frei, Festbeitrag 60 Pfg.

Zeitungsgelder müssen regelmäßig abgerechnet werden. Die rückständigen Beträge sind umgehend abzurechnen.

Mitgliedskarten. Alle noch nicht neu ausgefertigten Mitgliedskarten (abgestempelte Jahreszahlen 1927/1928) sind zur Mitgliederversammlung am Freitag, dem 27. Mai, mitzubringen und am Saaleingang in Ordnung bringen zu lassen.

Bundeskleidung. Alle Kameraden, die noch nicht im Besitz unserer Gau-Bundesmütze sind, wollen sich dieselbe bereits jetzt beschaffen, damit die Nachfrage sich nicht auf wenige Wochen kurz vor der Leipziger Reichs-Verfassungsfeier zusammendrängt.

Die Kameraden, die an der freiwilligen Fahrt zum Mitteldeutschen Treffen in Nordhausen am 5. und 6. Juni teilnehmen wollen, können Sonntagsfahrkarten zum Preise von 4,40 RM. lösen. Endgültige Meldungen müssen spätestens in der Mitgliederversammlung am 27. Mai erfolgen.

Die Ortsgruppe Stettin lädt ebenfalls zu einer großen Kundgebung am 5. und 6. Juni ein. Es ist beabsichtigt, eine Fahnendeputation mit Begleitmannschaft zu entsenden. Anmeldungen haben bis zum 27. Mai in der Mitgliederversammlung zu erfolgen.

Ortsgruppe Delitzsch. Sonntag, den 29. Mai: Werbetag. 1 Uhr mittags Sammeln zum Umzug. Alle umliegenden Ortsgruppen sind herzlich eingeladen. Festleitung bis 1.30 Uhr im „Goldenen Ring" am Markt. Festbeitrag (Festbuch) 50 Pfg.

C.T.

Am Riebeckplatz

Ab morgen, Donnerstag, nachm. 3 Uhr

Ein Filmwerk von geradezu bezauberndem Reiz, tragisch und lustig, voll warmer Lebenssonne

Die drei Niemandskinder

7 Akte nach dem bekannten Roman von Carl Rößler.

Die Hauptrollen verkörpern

Xenia Desni - Curt Vespermann
Olga Tschechowa :-: Grete Graal
Hermann Valentin :-: Wilhelm Diegelmann u. a.

Dieses Bild ist einer jener Filme, die ihre Wirkung auf das Publikum nicht verfehlen. Szenen von urfrischer Stimmung und packender Dramatik wechseln in bunter Reihenfolge, in denen starkes Leben pulst, das auch uns packt und ein mittönendes Echo in unseren Herzen weckt.

Eine Glanzleistung das Spiel der Darsteller!
Eine Glanzleistung die Handlung und Regie!
Ein Film, der überall einem großen, verdienten Erfolg begegnet!

Hierzu der prachtvolle bunte Teil

Auf der Bühne:

Zweite Woche

Gastspiel

Marga Peter, Gustav Bertram

in ihrem musikalischen Lachschlager

So bist du Weib!

mit neuen Einlagen, u. a.

Original-Charleston

Anfang:
Werktags 4 Uhr, Sonn- und Feiertags 3 Uhr

Gr. Ulrichstr. 51

Ab morgen, Donnerstag, nachm. 3 Uhr:

Der stärkste Sittenfilm der Welt!

Asta Nielsen

die größte Tragödin aller Zeiten

in

Dirnentragödie

7 gewaltige hochdramatische Akte nach dem bekannten Bühnendrama von Wilhelm Bra un

Die weiteren Rollen verkörpern

Werner Pitschau - Hilde Jennings
Osk. Homolka - Otto Kronburger

Die Berliner Presse feiert Asta Nielsen durch folgende glänzende Kritik:

. . . Wenn irgendwo Ausdruck menschlicher Schönheit geschaffen wurde (in der Rolle eines denkbar elenden, verkommenen Wesens), wenn irgendwo ein Gefühl in seiner höchst. Spannung über die Abgründe des Leidens getragen wurde — mit einer nachdenklichen Bewegung des Augenlids, Heben der Brust, ohne Pose, Absicht, Wichtigkeit —, so geschieht das hier. . . . Dieser Film beweist, was an unvergleichlicher Künstlerschaft noch in dieser Frau steckt. Sie ist heute im Besitz eines für die weibliche Filmdarstellerart geradezu sagenhaften Reichtums von Mitteln, auf der Höhe ihrer Künstlerschaft. Ihr Gesicht — ist gebildet in dem einzigen Ausdruck, der es lohnend macht, ein Gesicht einen ganzen Abend lang zu betrachten. . . - Das Ganze im Gegensatz zu manchen mit riesigem Tamtam angekündigten Superfilmen ein wahrer deutscher Meisterfilm, ein Werk der größten Künstlerin des Films . . .

Im bunten Teil:

Humor, Sport, Aktuelles aus aller Welt

Jugendliche haben keinen Zutritt

Anfang:
Werktags 4 Uhr, Sonn- und Feiertags 3 Uhr

Heute letzter Tag: 3113

Luise von Koburg!

„Deutschland"

DAS IN GÜTE UND PREISWÜRDIGKEIT UNÜBERTROFFENE

MARKENRAD

FAHRRAD-FABRIK
AUGUST STUKENBROK EINBECK

Vertretung und Lager:

MAX NAUNDORF

Fahrradhandlung, Halle a. S.

Julius-Kühn-Straße 1, Haltestelle der Stadtringbahn.

Die neue

24 Stunden Zeit kommt

mit dem Sommerfahrplan und macht den Besitz eines Kursbuches noch nötiger als bisher. Die Storm-Ausgaben sind die verbreitetsten und meist benutzten Kursbücher — sie sind zuverlässig und billig. es gibt keine besseren. Man kann sie heute schon überall kaufen. Verlangen Sie

Storm Kursbuch-Ausgabe

für das Reich	RM. 4.—
für Nord-, Ost-, Mittel- und Westdeutschland	RM. 2.50
für Ost-, Nord- u. Mitteldeutschland	RM. 1.80
für Süddeutschland	RM. 1.20
für Mitteldeutschland	RM. 1.50
für West—Süddeutschland . .	RM. 2.—
für Berlin	RM. 1.—
Taschenfahrplan Essen — Elberfeld — Köln	RM. 1.—

Einen farbigen Prospekt über alle Storm, Hendschel, Lloyd Kursbücher versendet kostenlos die

Volksblatt-Buchhandlung
Gr. Ulrichstraße 27

Stadt-Theater

Heute 3111
Mittwoch 8 Uhr:
Rheingold
Donnerstag 7½ Uhr:
Zirkusprinzessin
Freitag 8 Uhr
Der Diktator

Walhalla

Tel. 28385
Anfang 8 Uhr.
Nur noch 7 Tage!
Die große Ausstattungs-Revue
Die Welt steht Kopf
Erzielt allabendlich einen kolossalen Erfolg.
Sichern Sie sich rechtzeitig gute Plätze. 3131
Gewöhnliche Preise

Sil
zum Bleichen ohnegleichen!

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S., Harz 42/44.

Freitag, den 27. Mai, abends ½8 Uhr, im **„Volkspark"** (Restaurationssaal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Bedeutung des Arbeitszeitnotgesetzes. Referent: Dr. Fraenkel, Lehrer der Wirtschaftsschule des DMV. in Dürrenberg.
2. Verbandsangelegenheiten.

Da diese Versammlung für alle Kollegen von äußerster Wichtigkeit ist, erwarten wir, daß alle Kollegen bestimmt erscheinen. 3103

Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Die Ortsverwaltung.

Koch's Künstlerspiele
Und abends das Klasse-Kabarett-Programm erster Künstler!
Anfang 8¼ Uhr
3135

Guterhaltener **Kinderwagen** billig zu verk. Volkmannstraße 2 III r.

Für Vereins-, Volks-, Garten- u. Kinderfeste

empfehle Abzeichen, Tanzkontroller, Tanzblumen, Eintritts- und Garderobeblocks, Losröllchen, Geschenk- und Verlosungsartikel, Papierlaternen, Fackeln, Girlanden, Fähnchen, Krepp-Papier. Plakate für Dekorationen sowie viele andere Artikel empfiehlt billigst

Fa. Paul Lange, Merseburger Str. 168
Nähe Riebeckplatz. 3134

Zum Pfingstfest

bei kleiner Anzahlung u. niedriger Ratenzahlung

Damen- und Herrengarderobe

Schuhwaren

Kleiderstoffe in aparten Farben

Manufakturwaren, Leib-, Bett- und Tischwäsche, Gardinen, fertige Federbetten, Möbel, Spiegel, Polsterwaren

Kredit auch nach auswärts.

Waren- u. Möb.-Kredithaus
Carl Rasemann
Halle a. S.
Alte Promenade 35
Nähe Hauptpost

---

von **2,00 Mk.** an
C. Klappenbach & Co.
Gr. Ulrichstr. 41

Modernes Theater

Wie 3108
Lindberghs Flug von **Neuyork** nach **Paris** so begeistert allabendlich
Maxim. Blochert
mit seinen Improvisationen.
Eintr. 50 Pfg., 1 Mk.

RAKETE

Alles lacht Tränen über
Emil Reimers
den großen Lachschlager von Halle.
Donnerstag und **Freitag:**
Sonderabende
Emil in seinen Glanzrollen.

Volkspark.

Deutscher Arbeiter-Kegler-Bund
Ortsgruppe Halle-Saale.

Donnerstag: 3104

Großer Himmelfahrts-Ball

Gute Musik

Himmelfahrt!

Gasthaus „Dölauer Heide"
Ausflugslokal
Nachmittags 4 Uhr: 3112
Tanz (Jazz-Musik)

Zoologischer Garten

Himmelfahrt 4 Uhr:
Nachmittags-Konzert
des Steuer-Orchesters. Leitung Obermusikmeister Karl Steuer
8 Uhr:
Abend-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters Leitung Benno Plätz 3124

Kurhaus Bad Wittekind

Inhaber: **Paul Zscheyge**

Donnerstag, den 26. Mai (Himmelfahrt), vormittags 11 Uhr:

Gesangs-Konzert

vom Männer-Gesangverein Halle 1911.

Diners von 12 bis 2 Uhr.

Reichhaltige Tageskarte, gutgepflegte Biere, ff. Weine erster Häuser, eigene Konditorei (Speckkuchen).

Wittekind-Heilquellen
zu Haustrinkkuren.

Wittekind-Tafelwasser, erfrischend und sehr bekömmlich, versendet frei Haus 3125

Brunnenverwertung und Versand Kurhaus Wittekind.
Telephon 26286.

Bad Wittekind

Donnerstag, den 26. Mai, 7 Uhr: **Früh-Konzert,** nachm. 4 Uhr: **Nachm.-Konzert** des Halleschen Symphonie-Orchesters, Leitung Benno Plätz. Abends 8 Uhr: **Abend-Konzert** des Steuer-Orchesters, Leitung Obermusikmeister Karl Steuer.

Freitag, den 27. Mai, früh ½7 Uhr: **Symphonische Morgenmusik** nachm. 4 Uhr: **Nachm.-Konzert des Halleschen Symphonie-Orchesters,** Leitung Benno Plätz.

Dauerkarten haben am Himmelfahrtstage keine Gültigkeit. 3123

Trauring-Ecke

Massiv goldene
Trauringe
333, 585, 750 oder 900 gestempelt das Stck. 4—50 M.
Juwelier Tittel
Trauringecke
Schmeerstr. 12.

Kleine Inserate
finden hier weiteste Verbreitung

Zur Aufklärung!

Mein prima prima Hammelfleisch ist frisch geschlachtet sofort nur für den Transport eingefroren. Sie erhalten das Pfund für 85 Pfg., Keulen und Rücken für 95 Pfg. Ein einziger Versuch überzeugt Sie von der ganz vorzüglichen Qualität. Besichtigen Sie bitte das Fleisch in meinen Filialen. Ich erhalte täglich Anerkennungen von allen Seiten. Wer probt, lobt! 3132

A. Knäusel, Butter, Wurst Fleischwaren

Gewerkschaftshaus Halle

Harz 42/44

Uebernachtung zu solid. Preisen

Guter und preiswerter Mittagstisch 2669

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Mai 1927.

Himmelfahrt und der Wettergott.

Tagelang schon hat man an den Knöpfen abgezählt, ob die Laune des ungnädigen Wettermachers sich nicht doch — ändert. Nun ist es so weit, die traditionelle Himmelfahrtspartie soll steigen. Aber noch nicht um einen einzigen Strich hat das verflixte Barometer seinen Stand verändert. Und dabei steht es doch nun schon seit vier Tagen ununterbrochen auf „Veränderlich". Es ist das alte Lied. Petrus will eben anders, als wir Kleinen Erdenwürmer.

Es soll ja Menschen geben, die seinen Ueberraschungen gegenüber völlig gleichgültig sind, z. B. die künftigen Tippelbrüder. Die brechen trotz Wind und Wetter schon am Mittwochabend auf, um dann in der Nacht bei Mutter Grün zu kampieren und am Himmelfahrtstage selbst die Fahrt fortzusetzen. Ihnen ist es völlig „schnuppe", ob sie dann und wann eine Dusche aufs edle Haupt bekommen, oder ob die Rasenspiben infolge der „Maienfühle" eine rötliche Färbung annehmen. Anders natürlich der „mitteleuropäische Durchschnitts-Hallenser". Seine Landpartie erfreut sich einer ziemlich vorsichtigen Vorbereitung. Alle Halbe Stunde wird in Herrgottsfrühe nach dem Wetterhäuschen oder der wassergefüllten Glühbirne gesehen, wie die „Chancen" stehen. Ist das Resultat befriedigend, so wird noch einmal Kriegsrat zwischen Vater und Mutter gehalten, und dann erst geht man an die „Montage" der Ausflugskluft. Vater mit dem „Guten", Mutter und Töchter mit dem „Dirndlkleid" gesiert, so geht dann endlich der Marsch los. Ein wahrer Berg von Butterstullen und die nötige Lippenbetung dürfen natürlich nicht fehlen.

In Erwartung der „naturfreudigen" Großstadtmenschen ist auch in der näheren und weiteren Umgebung schon lange eifrig gerüstet. Die bierbuchgeschmückten Wirte schicken flehende Stoßgebete um gut Wetter nach oben. Das Himmelfahrtsgeschäft ist für sie von ausschlaggebender Wichtigkeit. Was sollen sie auch sonst mit dem vielen Bier machen. Allein trinken können sie es nicht, denn dazu reichen Magen wie Geldbeutel meist nicht ganz aus.

So vielfach auch die Pläne und Wünsche der Menschen sind, in e[illegible]m besteht „Einigkeit" im Wunsche um

gutes Himmelfahrtswetter! Ke.

Was der „Himmelsschreiber" erzählt.

Der „Himmelsschreiber", das ist der Flieger, der hoch oben in der Luft seinem Apparat Rauchwolken entströmen läßt, die durch die Flugbahn zu Buchstaben gestaltet werden, gehört nun schon bald zu den gewohnten Erscheinungen. Aber in die Technik des Himmelsschreibers werden doch die wenigsten eingeweiht sein. Ein Mitarbeiter der Kölnischen Zeitung" hat kürzlich einen solchen Reklamefleger ausgefragt und kann nun darüber folgendes berichten:

Als ich den Kölner Himmelsschreiber bei seiner Tätigkeit beobachten konnte, kam mir der Wunsch, wenn möglich einmal mit aufzufliegen, um mir seine Schrift etwas mehr in der Nähe anzusehen. Daraus ist leider, damit ich es gleich vorweg nehme, nichts geworden, denn die Maschinen, die für die Himmelsschrift verwandt werden, bieten keine Möglichkeit, einen Beobachter mitzunehmen. Ich hatte aber Gelegenheit, den Kölner Himmelsschreiber persönlich kennenzulernen, und er zeigte mir in bereitwilligster Weise seine Maschinen und gab mir auch sonst gern jede gewünschte Auskunft. Dem Kölner Himmelsschreiber, Kapitän E. D. C. Herne — es ist dies einer der ältesten, wenn nicht der älteste englische Pilot, denn er fliegt schon seit 1909 und macht bereits seit fünf Jahren in Himmelsschrift in aller Welt —, stehen zwei Maschinen für die Ausübung seines Berufs zur Verfügung, nämlich die GEBQA und die GEBQB. Es sind dies kleine, außerordentlich schnelle und leichte Doppeldecker von etwa nur neun Meter Spannbreite. Die Maschinen besitzen für ihre geringe Größe einen geradezu mächtigen Motor von 300 PS., der es ermöglicht, die für Himmelsschreiberei erforderliche Höhe von etwa 4000 Meter in kürzester Zeit zu erreichen und auch von dem jeweiligen Standort ein möglichst großes Gebiet bearbeiten zu können. So hat der Himmelsschreiber den Auftrag, sämtliche Städte der nördlichen Rheinprovinz, das gesamte Ruhrgebiet und weite Teile von Westfalen und Hannover zu überfliegen und dort in den nächsten Wochen und Monaten seine Künste im Dienste der Reklame zu zeigen. Nebenbei sei bemerkt, daß sich in Deutschland zurzeit im ganzen acht derartige Maschinen befinden, und zwar außer den beiden in Köln stationierten zwei in Berlin und je eine in Hamburg, Frankfurt, Leipzig und München. Als ich Kapitän Herne auf den Artikel der „Kölnischen Zeitung" aufmerksam machte, in dem ihm für seine Schrift das Prädikat „Sehr gut" erteilt wurde, während dem Berliner Himmelsschreiber ein „Mangelhaft" zufiel, meinte er, daß sein Kollege erst seit drei Monaten schreibe, während er ja auf eine fünfjährige Praxis zurückblicken könne.

So einfach, wie sich die Sache von der Erde ansieht, ist die Himmelsschreiberei denn doch nicht. An Hand einer schnell hingeworfenen Skizze zeigte mir Captain Herne nicht nur, wie die sechs Buchstaben des Wortes „Persil" geflogen werden, sondern weshalb es nötig sei, sowohl bei dem P wie bei dem e die Maschine vertikal wie horizontal zu überschlagen, d. h. Loopings und Roller auszuführen. Würde der Flieger auf diese Kunststücke verzichten, so wäre die Folge, daß die Buchstaben zu weit auseinandergezogen würden. Um das P zu schreiben, ist allein eine Strecke von 4 Kilometern zu fliegen. Die Entfernung des Anfangsbuchstabens P vom Endbuchstaben L beträgt 9 Kilometer. Beim Schreiben, das nur bei klarem Himmel möglich ist, fliegt der Pilot so, daß die Stadt, deren Bewohner die Himmelsschrift lesen sollen, zwischen dem Stand der Sonne und der Schrift liegt, damit der Erdenmensch, ohne von der Sonne geblendet zu werden, auch wirklich die Himmelsschrift lesen kann. In den Vormittagsstunden wird daher die Schrift nordwestlich, in den Mittagsstunden nördlich und in den Nachmittags- und Abendstunden nordöstlich und östlich der Stadt an den Himmel geflogen werden. In Deutschland wird man bei anhaltendem guten Wetter in der nächsten Zeit genügend Gelegenheit finden, der Himmelsschreiberei zuzuschauen. W.

Die Uebergabe der neuen Poliklinik.

Der kürzlich mit einem Kostenaufwand von 406 000 Mk. fertiggestellte Neubau der Medizinischen Poliklinik wurde am Dienstag durch den Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Richter, an die Universität Halle im Beisein der Vertreter der Dozenten- und Studentenschaft übergeben. Nach einer kurzen Ansprache des Oberbaurates Kulow übergab Ministerialdirektor Richter den Neubau mit dem Wunsche, daß die Klinik den Lebenden dienen möge, an die Universität, deren Rektor, Prof. Dr. Häder, mit einer Ansprache dankte. Darauf betonte der neue Direktor der neuen Klinik, Prof. Dr. Grund, die Notwendigkeit des Baues aus hygienischen Gründen und gab einen Ueberblick über die Einteilung der einzelnen Räume. Die Glückwünsche der medizinischen Fakultät entbot deren Dekan, Prof. Dr. Claußen, während Oberbürgermeister Rive die Wünsche der Stadt Halle überbrachte und ausführte, daß auf dem Gebiete der Gesundheitssamsten begegneten. An die Feier schloß sich ein Rundgang durch pflege sich die Interessen der Stadt und der Universität am wirtsamsten begegneten. An die Feier schloß sich ein Rundgang durch die neue Klinik. Einen ausführlichen Bericht lassen wir in der Freitag-Ausgabe folgen.

Beschlußunfähig!

Kommunisten sabotieren. / Ordnungsblock diktiert. / Sitzung fliegt auf.
Ergebnis: In drei Stunden eine einzige Position verabschiedet.

Herr Kilian und die Klappstühle der Weltlichen Schule.

Die am gestrigen Dienstag fortgesetzten Etatsberatungen der hallischen Stadtverordnetenversammlung wurden mit dem

Volksschuletat

begonnen. Nachdem die Berichterstatter Ilgenstein und Splett die Einzelheiten vorgetragen hatten, glaubte Herr Kilian die Etatsberatungen durch eine zweite, monoton vorgetragene Etatsrede von über einer Stunde wiederum zu sabotieren. Infolgedessen herrschte während der ersten beiden Stunden gähnende Langeweile, der sich viele Stadtväter durch die Flucht in den Erfrischungsraum entzogen. Etwas Aufmerksamkeit entstand erst, als der kommunistische Oberbaas, der seine Ausführungen mit vielfachem äh, äh, äh an den Uebergängen begleiten zu müssen glaubte, sich in die Klappstühle der Weltlichen Schule setzte. Da kam er nicht gleich heraus. Herr Kilian steht in dem Antrage eines Schulleiters der Weltlichen Schule auf Beschaffung von Klappstühlen eine bedenkliche Gefahr für die Weltrevolution: Soweit sei die Weltliche Schule schon gekommen, daß sie Klappstühle verlange. Man glaubte die Welt zu erobern und komme doch nur auf Klappstühle zu sitzen. Man wolle den Kindern ihre eigene Welt schaffen, „jedermann sein eigener Reichskanzler." Eine solche Methode töte aber direkt das Kollektivbewußtsein der Kinder. Wie sollen die Kinder — hier wurde der Herr Abgeordnete, offenbar in Erinnerungen an selige Tage seiner Pennälerzeit, pathetisch — kollektiv zusammenstehen gegen den Lehrer? Bei den Klappstühlen können sie sich nichts mehr vorsagen und abschreiben. — Was Herr Kilian sicherlich oft getan hat??? — Als seine lange Rede versiegt war, ersuchte der Vorsteher mit Recht, sich endlich kürzer zu fassen. Das gab den Kommunisten aber Anlaß zu künstlicher Entrüstung, in derem Verlauf der Stadtverordnete Hertel, nachdem er dreimal verwarnt worden war, mit Zustimmung der bürgerlichen Mehrheit bei Stimmenthaltung der SPD. für drei Sitzungen ausgeschlossen wurde. Mit einem „Auf Wiedersehen, Herr Bussel" räumte er dann freiwillig das Feld, während seine Freunde das übliche Scharbudentheater aufführten.

Hierauf sprach der

sozialdemokratische Stadtverordnete Wilke

zum Schuletat. Seine Ausführungen, in denen er die bekannten sozialdemokratischen Verbesserungswünsche vorbrachte, fanden entschieden mehr Aufmerksamkeit im Hause, als die seines Vorredners, ein Beweis, daß durch das lange unnötige Geschwätz der Sache der Arbeiterbewegung nur geschadet wird. Wilke ersuchte den Magistrat, in den in Frage kommenden Körperschaften gegen die Schulpolitik des Reiches und Staates Front zu machen, besonders hinsichtlich des Konkordats, der Beschulungsgelder, der Klassenfrequenz. Die SPD. fordere die reine Staatsschule. Hierauf wandte er sich den Anträgen örtlichen Charakters zu, als da sind Entlohnung der Reinemachefrauen, Landschulheime, ärztliche Betreuung der Kinder, Wasch- und Tuscheinrichtungen, Lernmittelfreiheit und besonders die Schulhausneubauten, die dringend notwendig werden, denn der Mangel an Schulraum ist tatsächlich ein großer Uebelstand. Er schlug dem Magistrat vor, doch einmal den Versuch zu machen, den Bezirksausschuß zur Einsicht zu bringen, daß Schulbauten auf Anleihemitteln errichtet werden können, wie es anderwärts schon geschehen sei. Er trat dann noch zum Schluß für die Anträge für die Weltliche Schule ein, worauf nach nochmaligen Ausführungen des Kommunisten Ilgenstein und des Stadtverordneten Plönnings in die

Abstimmung

eingetreten werden konnte.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der Beiträge für die Landesschulkasse wurde abgelehnt. Dadurch erledigten sich automatisch auch einige andere kommunistische Anträge. Dagegen wurde eine Erhöhung der Reinigungskosten um 10 Prozent vorgenommen, außerdem ein Antrag angenommen auf Erhöhung der für kleine bauliche Aenderungen vorgesehenen Mittel um 1257 Mark und endlich für Landschulheime 15 000 Mk. mit den Stimmen der Linken und vier Bürgerlichen bewilligt. Auch der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Summe für Schülerund Handbüchereien fand Zustimmung, ebenso der Betrag für die Schulgärten und für Lernmittel an der Johanneschule. Stimmten die Bürgerlichen meist gegen die Verbesserungsanträge, so fanden sie sich schnell sehr gern bereit, eine Ermäßigung um 900 Mark bei den Kosten der Peißnischule vorzunehmen. Zustimmung fand die Verwendung der Gelder des Schulhausbaufonds für die Schule auf den Klausbergen, dagegen lehnte die bürgerliche Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Betrages für Lernmittel für Bedürftige Kinder ab. Angenommen wurde der Antrag, das Schulgeld nicht mehr in den Schulen einzuziehen, sondern durch die städtischen Kassen. Die beantragte Erhöhung der Gelder für den Werksunterricht in den Weltlichen Schulen fand mit einer Stimme Mehrheit Annahme. Abgelehnt wurde dagegen der SPD.-Antrag auf Einrichtung von Wasch- und Tuscheinrichtungen in den Schulen. Immerhin bequemte sich der Ordnungsblock dann auf Antrag Splett, den Magistrat zu ersuchen, zu diesem Zwecke für den nächstjährigen Etat Mittel einzustellen. Angenommen wurde ein Absatz aus dem kommunistischen Antrag zur Schulpolitik, der den Magistrat ersucht, für höhere Staatsaufsichtsämter einzutreten. Alles übrige wurde abgelehnt. Ebenso fand Annahme der Satz des SPD.-Antrages, der sich

gegen das Konkordat

ausspricht, während die Forderung auf Weltlichkeit des Schulwesens abgelehnt wurde. Wiederum Annahme fand aber die Forderung nach der reinen Staatsschule. Ebenso der Protest der SPD. gegen Herabsetzung des Beschulungsgeldes und ihr Antrag auf eine Klassenfrequenz von 40 Schülern in den Volksschulen. Desgleichen der Antrag auf ärztliche Betreuung aller Volksschüler, soweit es vom Elternhaus gewünscht wird. Hierfür stimmten die Linke und die Völkischen. In der Gesamtabstimmung fand der Volksschuletat gegen die Stimmen der SPD. Annahme.

Dann begann ein wenig schönes Spiel. Schon während der Abstimmung war der „Demkrat" Minner in den bürgerlichen Reihen herumgegangen und hatte wegen

Begrenzung der Redezeit

— die angesichts der Boßschwickimethoden durchaus angebracht ist — verhandelt. Staat daß er sich aber auch mit der SPD.-Fraktion ins Benehmen gesetzt hätte, die für eine beschränkte Redezeit bei den einzelnen Etatskapiteln durchaus zu haben gewesen wäre, wurde von ihm kurzerhand der Antrag auf fünf Minuten Redezeit gestellt, der von dem Ordnungsblock auch angenommen wurde. Es gab daraufhin bei den Kommunisten großen Tumult. Härtel erhielt einen Ordnungsruf, ebenso Kilian, worauf die kommunistischen und auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Saal verließen. Vom im Saal verbliebenen Stadtv. Flücht wurde die

Beschlußfähigkeit angezweifelt,

was auch festgestellt wurde, weshalb die Sitzung, nachdem gerade eine einzige Etatsposition verabschiedet worden war, geschlossen werden mußte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat die Sitzung verlassen, nicht — wie es vom Bürgertum heute hingestellt werden wird — weil sie die Parlamentssabotage der Kommunisten sich zu eigen macht, sondern weil sie

gegen das Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit protestieren

wollte, die einfach eine Redezeit festsetzte, die für eine ordnungsmäßige Beratung nicht zureicht. Es wäre daher vielleicht im Interesse des Parlamentarismus vorteilhafter gewesen, wenn man nicht erst das rüschtslose Vorgehen des Bürgerblocks abgewartet hätte, sondern von sich aus eine zweckmäßige Verkürzung der Redezeit beantragt hätte, wofür sich sicherlich die Mehrheit entschieden hätte. Gerade aus den Sitzungen des Provinziallandtags ist uns ja zur Genüge bekannt, daß in der kommunistischen Dauerredner System liegt und daß mit Rücksicht auf das Ansehen des Parlamentarismus Maßnahmen gegen solche Sabotageakte durchaus erforderlich sind. Es wird zu wünschen sein, daß das in der nächsten Sitzung nachgeholt wird, damit endlich die Haushaltsberatungen ohne kommunistische Störungen zu Ende geführt werden können. ht.

Reichsbannerkameraden!

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am kommenden Freitag findet umständehalber nicht im „Volkspark", sondern im „Wintergarten" statt.

Vorschriftswidriges Ueberholen.

Wie leicht das Fahren auf der falschen Straßenseite zu einer Komplikation des Straßenverkehrs und damit zu mehr oder minder schweren Unfällen Veranlassung geben kann, weiß eigentlich jeder Kraftwagenführer und jeder Radfahrer. Trotzdem wird oft genug — meist auf der Landstraße — aus Bequemlichkeit links gefahren, ohne die eigene Lebensgefährdung und die anderer Menschen zu berücksichtigen. Ein derartiger Unfall, der dem Linksfahrer das Leben kostete, beschäftigte jetzt zum zweiten Male das Reichsgericht.

Der Direktor G. einer Porzellanfabrik in Kahla wollte mit einem Personenkraftwagen auf der Landstraße einen Motorradfahrer überholen, der — wahrscheinlich infolge des schlechten Zustandes der Straße — vorschriftswidrig links fuhr. Trotz mehrmaliger Hupensignale gab der Motorradfahrer die linke Straßenseite zum Ueberholen nicht frei. Darauf entschloß sich Direktor G. zum Rechtsüberholen. Im selben Moment fuhr der Motorradfahrer, von seinem mitfahrenden 7 Jahre alten Sohne auf den Kraftwagen aufmerksam gemacht, in spitzem Winkel auf die rechte Straßenseite. Direktor G. war inzwischen auf 20 bis 30 Meter herangekommen, glaubte aber, noch vorbeizukommen. Es kam jedoch zu einem Zusammenstoß, bei dem der Motorradfahrer getötet und sein Sohn verletzt wurde. Das Landgericht Naumburg a. S. verurteilte den angeklagten Direktor G. zunächst wegen fahrlässiger Tötung. Dieses Urteil hatte das Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur weiteren Untersuchung darüber an die Vorinstanz zurückverwiesen, ob der Angeklagte sich zum Rechtsüberholen für berechtigt halten konnte. Nach neuerlicher Verhandlung ist das Landgericht Naumburg zu einer Verneinung dieser Frage gekommen, denn der Angeklagte habe nicht damit gerechnet, daß der Motorradfahrer auf der linken Straßenseite verharren werde. Seine Pflicht wäre es gewesen, die 30-Kilometer-Geschwindigkeit herabzumindern; außerdem hätte er mit allen Mitteln ohne Materialschonung bremsen müssen, als er merkte, daß der Motorradfahrer ihm den Weg verlegte. — Gegen das Urteil haben sowohl der Angeklagte als auch der als Nebenkläger zugelassene verletzte Sohn des Getöteten wiederum Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des Angeklagten verworfen. Auf die Revision des Nebenklägers wurde das landgerichtliche Urteil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Es muß erneut geprüft werden, ob der Angeklagte neben der fahrlässigen Tötung nicht auch wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft werden muß. Außerdem ist die Anwendbarkeit der straferschwerenden Bestimmungen des § 223 Abs. 2 StrGB. (Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung einer Berufspflicht) zu prüfen.

Eigenes Verschulden der Verunglückten.

Am 30. Januar 1926 wurde in Hanau eine Frau K. beim Ueberschreiten der Fahrstraße durch das Personenauto des Kraftwagenführers Paulh aus Hanau überfahren und erheblich verletzt. Das Landgericht Hanau sprach den Kraftwagenführer von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung frei, weil er nicht damit rechnen konnte, daß die links und rechts der Fahrbahn stehenden gesunden Fußgänger, die ihm die Straßenmitte offensichtlich zur Durchfahrt frei ließen, plötzlich in die Fahrbahn laufen würden. Das Verhalten der Verletzten, die im letzten Augenblick über die Fahrbahn lief, war nicht voraussehbar. — Die gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision der verletzten Nebenklägerin wurde vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts verworfen, da nach den landgerichtlichen Feststellungen die Verletzte den Unfall selbst verschuldet habe.

Meinen Pfingststaat hole ich von Loewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0005

Feststellung der Wohnungsuchenden.

Wie das Städtische Wohnungsamt mitteilt, ist ein großer Teil der von den Wohnungsuchenden zur Ausfüllung abgeholten Meldebogen bis zum 23. Mai, dem zur Abgabe vorgesehenen Termin, nicht zurückgegeben worden. Allen Wohnungsuchenden, die auf Feststellung ihres Wohnanspruches Wert legen, kann nur dringend geraten werden, unverzüglich die ausgefüllten Meldebogen im Wohnungsamt, Großer Berlin 11, Erdgeschoß, Zimm. 1, zurückzugeben.

Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Bezirk Halle, veranstaltet am Himmelfahrtstag, vormittags 11 Uhr, eine Besichtigung des Krematoriums. Den Teilnehmern entstehen keinerlei Unkosten. Interessenten sind freundlichst eingeladen.

Heeresrentenzahlung durch die Post. Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Juni findet beim Postamt II, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 27. Mai für R-Rentenempfänger; am 28. Mai für die H-Rentenempfänger; am 30. und 31. Mai für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshochschule. Professor Oskar Springfeld (Naumburg) spielt am Freitag, dem 27. Mai, abends 8 Uhr, im Lyzeum I als Erläuterung zu seinen Vorträgen „Entwicklungsgeschichte des Walzers" Walzer von Draesecke, Liszt, Sibelius, Tschaikowsky, Richard Strauß. Karten am Eingang.

Angefahren und unverletzt. Am Dienstagvormittag wurde in der Mansfelder Straße vor der Klausbrücke ein Mann von einem an einem dort haltenden Straßenbahnwagen vorbeifahrenden Lastkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Angefahrene kam ohne Verletzungen davon.

Das milchfeindliche Auto. Gestern vormittag gegen 11 Uhr löste sich in der Merseburger Straße an einem Personenkraftwagen, welcher eine Zugmaschine überholen wollte, die Bereifung eines Hinterrades. Der Kraftwagen geriet ins Schleudern und fuhr gegen einen entgegenkommenden Milchwagen, wobei dieser erheblich beschädigt und die im Wagen befindlichen Milchflaschen zerschlagen wurden. Die Führerin des Milchwagens und ihre Begleiterin wurden vom Sitz geschleudert und erlitten Hautabschürfungen am Kopf. Das Pferd kam ohne Schaden davon. Der Kraftwagen wurde etwas mehr bestraft, für seine „Seitensprünge", denn die Karosserie trug sichtbare Spuren des Vorfalls davon.

Kurzschluß als Gefahrenursache. Die Feuerwehr wurde gestern nach einem Grundstück in der Jakobstraße gerufen, wo im Keller infolge Kurzschlusses der elektrischen Leitung ein Brand entstanden war. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

Volkspark. Der Deutsche Arbeiter-Keglerbund veranstaltet morgen, Donnerstag, im großen Saal einen Frühlingsball. In den unteren Räumen Familien-Freikonzert.

Wittekind. Morgen, Donnerstag (Himmelfahrt), von 7 bis 9 Uhr: Frühkonzert des Hallischen Symphonieorchesters. Das Konzert wird auf den Leipziger Sender übertragen. Nachmittags 4 Uhr: Konzert des Hallischen Symphonieorchesters. Abends 8 Uhr: Konzert des Steuer-Orchesters. — Freitag, ¾7 Uhr: Symphonische Morgenmusik des Hallischen Symphonieorchesters. Schumann: Ouvertüre „Genoveva". Schubert: Zwischenaktsmusik aus „Rosamunde". Schumann: Symphonie Nr. 4 D-Moll.

Zoologischer Garten. Nachmittags 4 Uhr: Konzert des Steuer-Orchesters. Abends 8 Uhr: Konzert des Hallischen Symphonieorchesters.

Film und Kleinkunstbühne.

Wenn der junge Wein blüht.

Ufa-Theater Alte Promenade.

Der Film soll die Zuschauer zu den Naturschönheiten an der Adria führen, wovon man allerdings nicht viel zu sehen bekommt. Es ist eine der immer wiederkehrenden Liebesgeschichten. Wenn der Wein blüht, verlangt auch die Liebe ihre Rechte, hier bei den Jungen wie bei den Alten. Egon von Jordan (Graf Tino) und Lotte Lorring (Komtesse Milena) geben dem Film das Gepräge. Natürlicher kann ein Spiel nicht sein. Aber auch Robert Scholz als Vater des Grafen Tino ist noch ein ganz netter Liebhaber. Daß die Liebe auch ein Geschäft sein kann, bringt Hanni Weise (Tänzerin Natascha Kaminskaja) vorzüglich zum Ausdruck. Hingebend spielt sie ihre Liebesrollen, um aber auch auf der anderen Seite an dem Reichtum ihrer Liebhaber teilzunehmen. Auch die anderen Rollen sind gut verteilt. Karl Geppert und Oreste Bilanzia sind zwei Verbrechertypen, die an Intelligenz bei ihren Raubzügen, aber auch bei ihrem Auftreten in der vornehmen Gesellschaft nichts zu wünschen übrig lassen. Dr. Krolenko als Vermögensverwalter ist köstlich.

Das Beiprogramm bringt zwei amerikanische Grotesken, bei denen das Publikum nicht aus dem Lachen kommt, einen Kulturfilm und die Wochenschau.

Ka.

Aus dem Saalkreis.

Könnern. Stadtverordnetensitzung. Am Freitag, dem 27. Mai, abends 7 Uhr, findet im Stadtverordnetensitzungssaale eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Außer Kenntnisnahmen stehen noch folgende Punkte auf der Tagesordnung: Wohnungsbau, Anlage einer Zentralheizung im Rathaus, Einbau eines Dückers in die Saalebrücke.

Aus der Provinz.

Bundestag der Kriegsbeschädigten.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, der die Anwesenheit von 300 Delegierten ergab. Außerdem sind 62 Vertreter des Bundesausschusses, des Bundesvorstandes und der Gauvorstände vertreten. Ueber „Allgemeines in der Versorgung und Fürsorge" sprach dann Bundesvorstandsmitglied Pfändner (Berlin). Der Redner betonte die Notwendigkeit der Verbesserung der Rentenbezüge. Aschließend sprach Roa (Berlin), der Leiter der Rechtsabteilung des Reichsbundes über „Rechtsprechung in der Versorgung". Der Redner ging ausführlich auf die Spruchpraxis bei den Versorgungsgerichten ein. Weitere Vorträge über „Die Stellung der Hinterbliebenen im öffentlichen Leben", sowie über „Die Erziehung und Ausbildung der Kriegerkinder" hielt die Kameradin Harnos vom Bundesvorstand. Diese Referate und die gemeinsame Aussprache darüber, die die große Unzufriedenheit mit der Versorgung und der Rechtsprechung darüber offenbarten, fanden ihre Zusammenfassung in einer Entschließung zur Versorgung und Fürsorge.

Die preußischen Provinzen zur Wohnungsnot.

Eine Eingabe an das Wohlfahrtsministerium.

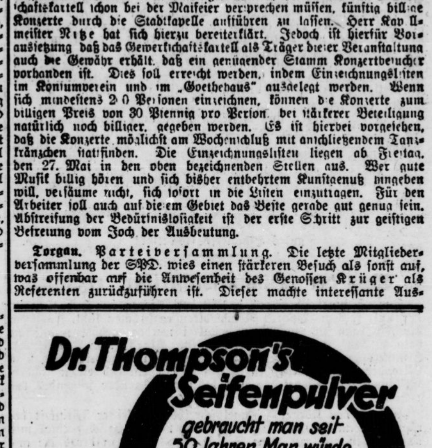
Die Landesdirektorenkonferenz hat in der Wohnungsfrage eine Eingabe an das preußische Wohlfahrtsministerium gerichtet, in der zunächst eine systematische Neuregelung der Verteilung der Hauszinssteuermittel verlangt wird, da die bisherige Verteilung der Steuermittel das weitere Anwachsen der Großstädte in einem vom wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Standpunkt nicht gerechtfertigten Umfang begünstigte. In der Entschließung heißt es weiter, daß ein Anwachsen der Großstädte und Industriezentren anzustreben sei. Zu diesem Zweck müsse eine organische Verbindung der Befriedigung des ländlichen, halbländlichen und städtischen Siedlungs- und Wohnungsbedarfs erreicht werden. Die Lösung dieser Aufgabe könne nur von einer übergemeindlichen Stelle geleistet werden, der ein Teil der neu anfallenden Hauszinssteuermittel und der Rückflüsse zur Verteilung übergeben werden müsse. Die berufene Stelle für die Verteilung dre übergemeindlichen Mittel sei provinzielle Selbstverwaltung, die diese Aufgabe entweder durch die provinziellen Wohnungsfürsorge-Gesellschaften oder durch einen besonderen Ausschuß durchzuführen habe, der aus Vertretern des Provinzialausschusses, der Stadt- und Landkreise und der Wirtschaft unter Zuziehung der Staatsregierung zu bilden wäre.

Die Regiebetriebe der Gemeinden.

Im Selbstverlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist eine Broschüre erschienen, betitelt „Die Regiebetriebe der Gemeinden im Urteil führender Kommunalpolitiker und leitender Fachmänner." Gerade die Frage, ob Gas-, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe wie auch Straßenbahnen in die öffentliche oder private Hand gehören, wird in den beteiligten Kreisen stark erörtert. Angriffe auf die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen erfolgen wiederholt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat, um diese Frage objektiv zu prüfen und klären zu helfen, eine Umfrage an bekannte Kommunalpolitiker aus allen politischen Lagern und an eine Anzahl leitender Direktoren der obengenannten Werke gerichtet. Die Umfrage erstreckte sich auch auf die Verwaltungsform, die ebenfalls zurzeit im Brennpunkt der Diskussion steht. Erfahrene Kommunalpolitiker, wie Oberbürgermeister Luppe, Bürgermeister Ritter (Mannheim), Bürgermeister Lindemann (Neumünster), Stadtverordneter Hugo Heimann, Ehrenbürger der Stadt Berlin, Stadtkämmerer Asch (Frankfurt a. M.), der frühere Berliner Stadtkämmerer Dr. Karding und viele andere legen ihre Ansicht zu den aufgeworfenen Fragen dar. In geradezu klassischer Kürze erklärt u. a. Oberbürgermeister Luppe: „Es ist nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig, daß die genannten Betriebe, weil es Monopolbetriebe sind, immer in der öffentlichen Hand den Interessen der Gesamtheit dienen." Bürgermeister a. D. Schmidt (München) schildert den Werdegang der Münchener Kommunalbetriebe. Fachleute von Ruf, wie Oberbaudirektor Ludwig (München), Dipl.-Ing. Dr. Rübling (Stuttgart), Direktor Pichler (Mannheim), Beigeordneter Oberbaurat Lubszynski (Krefeld) und zahlreiche andere Werksdirektoren aus Groß- und Mittelstädten geben ihr von hoher Verantwortlichkeit getragenes Urteil ab. Das Buch enthält außerdem einen auf die Materie abgestimmten Beschluß des Deutschen Städtetages und eine Entschließung der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer. Der Vorzug des Werkes besteht auch darin, daß nicht in endlosen, wissenschaftlichen Untersuchungen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung genommen wird; sondern jeder Gutachter steht in der Praxis und aus dieser Praxis heraus ist sein Gutachten entstanden. Jedes Gutachten ist in sich abgeschlossen und wirkt so schon als Ganzes. Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat sich mit der Herausgabe dieses Buches ein Verdienst um die Kommunalwirtschaft erworben. Kein Kommunalpolitiker kann an den in diesem Buch enthaltenen Gutachten vorübergehen.

Artern. Kunst ist Bildung und diese macht frei! In dankenswerter Weise hat das hiesige Gewerkschaftskartell bei der diesjährigen Maifeier die Aufgabe gelöst, der Arbeiterschaft einen billigen Kunstgenuß zu verschaffen, indem es ein erstklassiges Konzert durch die Stadtkapelle darbieten ließ. Die von der gleichen Kapelle im hiesigen Salinenpark veranstalteten Sommerkonzerte können infolge des geringen Einkommens der in Arbeit stehenden und noch weniger von den Erwerbslosen besucht werden. Auch fühlen sich die meisten Arbeiter eingeengt und beklommen, wenn sie inmitten behäbiger und gutsituierter Geschäftsleute mit ihrer abgetragenen Kleidung sich einem Kunstgenuß hingeben sollen und so den Stempel ihrer Armut doppelt aufgedrückt erhalten. Auf allseitigen Wunsch hat darum das Gewerkschaftskartell schon bei der Maifeier versprechen müssen, künftig billige Konzerte durch die Stadtkapelle aufführen zu lassen. Herr Kapellmeister Nitze hat sich hierzu bereiterklärt. Jedoch ist hierfür Voraussetzung, daß das Gewerkschaftskartell als Träger dieser Veranstaltung auch die Gewähr erhält, daß ein genügender Stamm Konzertbesucher vorhanden ist. Dies soll erreicht werden, indem Einzeichnungslisten im Konsumverein und im „Goethehaus" ausgelegt werden. Wenn sich mindestens 200 Personen einzeichnen, können die Konzerte zum billigen Preis von 30 Pfennig pro Person, bei stärkerer Beteiligung natürlich noch billiger, gegeben werden. Es ist hierbei vorgesehen, daß die Konzerte möglichst am Wochenschluß mit anschließendem Tanzkränzchen stattfinden. Die Einzeichnungslisten liegen ab Freitag, den 27. Mai in den oben bezeichnenden Stellen aus. Wer gute Musik billig hören und sich bisher entbehrtem Kunstgenuß hingeben will, versäume nicht, sich sofort in die Listen einzutragen. Für den Arbeiter soll auch auf diesem Gebiet das Beste gerade gut genug sein. Abstreifung der Bedürfnislosigkeit ist der erste Schritt zur geistigen Befreiung vom Joch der Ausbeutung.

Torgau. Parteiversammlung. Die letzte Mitgliederversammlung der SPD. wies einen stärkeren Besuch als sonst auf, was offenbar auf die Anwesenheit des Genossen Krüger als Referenten zurückzuführen ist. Dieser machte interessante Aus-



Die Passion

Roman von Clara Viebig

Copyright by Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart

16

(Nachdruck verboten.)

Fort von hier, nur fort! War hier denn wirklich der Ort, um Heilung zu finden, Genesung? Ach, hier war man nur krank, nur krank. Gesundheit und Leben, die waren draußen!

„Hier sind auch Kinder," sagte Eva. „Siehst du, Mutter?" Und sie zeigte mit der kleinen Hand.

Ja, da waren auch Kinder. Olga sah welche, sie spähten hinab auf den Hof, drückten ihre Nasen dicht ans Fenster; eine Schwester trat heran und holte sie fort.

„Bleiben die immer hier?"

O Gott, nein! Das wäre ja schrecklich, Kinder immer in solch einem Haus! „Die bleiben nur solange hier, bis sie wieder gesund sind." Ein seltsames Gefühl ließ Olgas Stimme gepreßt klingen. „Dann kommt ihre Mutter und holt sie wieder nach Hause."

„Aber wenn sie keine Mutter haben und kein Zuhause?", fragte die kleine Eva.

„Dann sind sie sehr unglücklich," sagte Olga. Das entfuhr ihr so wider Willen. Dies Schmerzliche alles hier zu sehen und das ewige Fragen von Eva machte sie aufgeregt; es bewegte sie heute auch alles so. „Laß doch das Fragen, Kind!" Sie war ungeduldig und ganz nervös.

Endlich war da die Augenpoliklinik, ein Schild wies zurecht. Sie hätten viel näher herkommen können, gleich von der Luisenstraße her durchs Tor. Gott sei Dank, aber nun waren sie ja da.

Sie saßen im Warteraum; er war gepfropft voll mit Menschen. Sie mußten lange warten.

Olgas Blicke folgten einer jungen Frau, die, von ihrem Mann geführt, eben in die Tür des Sprechzimmers ging. Man sah es dem unsicheren Gang an, der Haltung des Kopfes, den sie ein wenig vorstreckte, als wolle ihr Blick so besser eindringen, daß sie nicht gut sah.

„Blind," sagte eine Frau im Kapotthut und Pelzboa, die neben Olga saß und anscheinend sehr das Bedürfnis hatte, sich zu unterhalten." Die ist schon so lange hier in Behandlung wie ich auch. Bei mir ist es ja nun besser, bei mir war's ja auch nur Star. Bei ihr nicht. Als Mädchen soll sie ganz gut gesehen haben."

Blind — so jung und hübsch und blind?! Ein grenzenloses Mitleid quoll in Olga auf und auf einmal auch eine grenzenlose, sie jäh überfallende unverständliche Angst. Etwas schnürte ihr die Kehle zu. Oh, wie war das doch schrecklich, hier so lange zu warten! Kaum daß sie fragen konnte: „Woher ist die denn blind geworden?"

Die Redselige dämpfte die Stimme; sie zuckte die Schultern, sie flüsterte: „Gesagt hat es keiner. Vielleicht —" jetzt zog sie die Schultern hoch — „na, man weiß ja schon, woher so was kommen kann. Sie sind ja noch jung" — ein musternder Blick glitt über die ganz blaß Gewordene neben ihr — „Sie wissen das vielleicht noch nicht so. Aber unsereiner hat schon zu viel gehört. Ueberhaupt hier!" Sie faltete die Hände über ihrer Rundlichkeit und seufzte tief. „Das kann ich Ihnen sagen, wenn ich 'ne Tochter zu verheiraten hätte, da müßte mir der Mann erst mal 'n Gesundheitsattest bringen — denn sonst nachher die Kinder! Ja, das müßte er!"

Die verbrauchte Luft des überfüllten Wartezimmers beengte Olga. Sie konnte nicht mehr frei atmen. „Sie sind ja so blaß geworden," sagte die Frau. Konnte man hier denn nicht bleich werden? Olga griff nach der Hand ihres Kindes und hielt sie krampfhaft fest in der ihren. Es würde doch nicht schlimm mit Evas Auge sein? Ihre Blicke flogen unruhig forschend umher: da saßen noch viele, die hier waren wegen der Augen. Einige trugen große dunkle Brillen, andere hatten zwar keine Brillen, aber bei denen sahen die Augen noch viel kränker aus. Und da gegenüber der Knabe mit den entzündeten, in den Höhlen wie blutige Kugeln rollenden Augäpfeln kam ihr besonders entsetzlich vor. O wäre sie doch lieber wo anders hingegangen! Gerade hierher kamen die schlimmsten Fälle. Sie stand auf, sie wollte schon fortgehen, da war sie an der Reihe. Der Diener, der die Tür zum Sprechzimmer öffnete und schloß, winkte ihr: „Sie sind jetzt dran!" Sie fühlte sich über die Schwelle geschoben.

Die Untersuchung dauerte ziemlich lange. Sehr lange, so schien es Olga. Es war ihr sehr unheimlich, daß der Arzt so ewig mit Eva hinter dem Vorhang blieb, der einen Abteil des Raumes dunkel verschloß. Die Gelassenheit des jungen Assistenzarztes, dessen Augen übermüdet aus einem blassen Gesicht sahen, hatten ihr anfangs die abhanden gekommene Ruhe wiedergegeben. Nun kam wieder die vorherige Angst über sie. „Ob es schlimm ist?" flüsterte sie der Schwester zu, die mit großer weißer Schürze, die alles darunter bedeckte, mit der weißen Kopfbedeckung der Charitépflegerinnen an einem Glasschrank, der alle möglichen vor Sauberkeit blitzenden Instrumente enthielt, sich zu schaffen machte. Diese lächelte vertrauenerweckend, sagte aber nichts. Endlich, endlich!

Der Arzt kam hinter dem Vorhang vor, er hielt die kleine Eva an der Hand. „Ein artiges Kind," sagte er. Und dann strich er die Kleine ganz freundlich über den Kopf: „Immer hübsch geduldig, nicht wahr?"

Es konnte ja nicht schlimm sein, er lächelte! Olga empfand das, was sie durchzuckte, als eine freudige Ueberraschung. Wie töricht war sie gewesen, warum hatte sie sich nur so dumm geängstigt?!

Der junge Arzt, dessen hübsches Gesicht ein paar große Narben von Schmissen zeigte, sagte etwas zu der Schwester, die nahm Eva hierauf an die Hand. „Sie zeigen dem Kind wohl mal ein bißchen was, Schwester Else."

Er trug in sein Buch ein: „Geburtsjahr 1894? "Tag? Name? Er schrieb alles auf, und dann schrieb er noch stumm einiges Weitere. Und dann sah er Olga plötzlich aufmerksamer an: „Sind Sie gesund?"

„Ja."

„Ganz gesund?"

Warum sah er ihr so forschend ins Gesicht? Es war ihr, als durchbohrte sie sein Blick. Sie fühlte, daß sie unwillkürlich errötete. Aber sie war ja doch gesund, ganz gesund, das konnte sie wirklich behaupten. „Ich bin ganz gesund."

„Und Ihr Mann?"

Es überlief sie heiß und kalt: was sollte sie jetzt sagen? Nein, lügen wollte sie nicht, konnte sie nicht! Den Kopf aufrecht haltend, den Blick, der sich senken wollte, offen auf ihn richtend, sagte sie tapfer: „Ich habe keinen Mann." Aber das konnte sie nicht verhindern, daß ihre Farbe dabei wechselte. Aus ihrem Erröten wurde ein tiefes Rot, es schlug ihr wie eine Lohe bis in die Schläfen.

Er hatte sie verstanden. Er fragte nicht: „Sind Sie Witwe?" Er sagte nur: „Ich meine den Vater des Kindes. War der gesund?"

War Manfred Berndorff gesund gewesen? Damals gesund gewesen? Ein Zittern lief dem Mädchen durchs Herz, lief ihr durch alle Glieder: was, was hatte Stefan doch gesagt, als er von des Vaters Beerdigung nach Hause kam? „Der Berndorff soll krank sein; ich habe mich nach ihm erkundigt — deinetwegen. Was Genaues wissen die Leute ja nicht, aber sie reden, reden. Und was sie reden, ist nicht gerade schön. Scheint ein ganz liederlicher Patron, wird sich wohl was Böses geholt haben. Die arme Mutter!" Nein, nein, das war nicht wahr, Manfred war ganz gesund, war immer gesund gewesen! O Gott, nein, nein, ja, ja, er war gesund! Was sie damals dem Bruder entgegengeschleudert hate: böswilliger Klatsch — das konnte sie auch jetzt aufrecht halten. Mußte sie aufrecht halten — mußte das selber auch glauben. Ja, sie glaubte es auch! Und sie hob wieder den Kopf und obgleich sie jetzt so tief erblaßt war, wie eben noch hoch errötet, sagte sie mit ruhiger Stimme: „Ja, der war auch gesund."

— — — — — — — — — — — — — — — —

Und nun saß Olga schon seit Wochen in der Arbeitsstube mit dem immer gleich niedergeschlagenen Gesicht. Ihre kleine Eva war noch in der Augenklinik der Charité. Sie hätte sie hundertmal lieber in eine Privatklinik getan, wo sie das Kind täglich, zu jeder Zeit sehen konnte, nicht wie hier nur einmal in der Woche und Sonntags aber auch dann nur zur festgesetzten Stunde und nie über die bestimmte Zeit. Doch das war eben unerschwinglich.

Die Schieloperation war leicht, die war bald gemacht, aber warum behielt man ihre kleine Eva noch soviel länger da? Was an dem Auge eigentlich war, wußte Olga nicht genau. Die Sehkraft war zur Zeit behindert. Von einer Trübung auf der Hornhaut sprach die Saalschwester, aber das konnte doch gewiß besser werden, darum wurde sie ja gerade so lange behandelt. Und eine Brille mußte sie tragen, weil das andere Auge auch etwas schwach war. Natürlich, das wurde eben zu sehr angestrengt. Die Brille sollte stärken. Aber es war doch zu häßlich, ihr kleines Mädchen schon eine Brille! Als Olga ihre Eva zum erstenmal mit der Brille sah, hätte sie am liebsten geweint.

Aber das Kind war fröhlich, viel fröhlicher, als es je in der Alexanderstraße gewesen war. Hier war es nicht geduldet, hier war es ein Kind wie die anderen Kinder auch. Nach der Operation hatte Eva lange im Dunkeln liegen müssen, aber sie ertrug das geduldiger, als andere ihres Alters. Wenn sie in ihrem Bett lag und nichts, gar nichts sah, um sie herum eine undurchdringliche Dunkelheit war, dan erzählte sie sich leise mit ihren Fingern etwas. Ihre rechte Hand faßte nacheinander die einzelnen Finger der Linken. Der Daumen, das war die Mutter, die kam zuerst dran; dann kam der Zeigefinger, das war der Albert, mit dem flüsterte sie auch vertraut. Dem großen Mittelfinger, dem Onkel, hatte sie schon weniger zu erzählen, dem vierten Finger, der Irma, und dem kleinen Fünften, der Grete, noch weniger. Für die Tante Ella war kein Finger mehr übrig. Und dann sprach sie ins Dunkel laut hinein, all das, was sie Albert und Irma abgelauscht hatte, wenn die lernten. Nun wußte sie soviel auswendig, Gesangbuchverse, Lieder, lange, lange Gedichte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0006

führungen und streifte vor allen Dingen die jüngsten wirtschaftlichen Ereignisse, speziell auch eingehend auf das Zündholzgesetz. Eine rege Aussprache schloß sich diesen Ausführungen an, und Fragen der verschiedensten Art fanden Beantwortung. Danach fanden verschiedene Parteiangelegenheiten Erörterung. Genosse Fischer gab den Bericht von der Unterbezirkskonferenz. Schließlich fand auch die Angelegenheit des Konsumvereins noch eingehende Beratung.

Torgau. Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Auch die hiesige Ortsgruppe hatte am Tage der Bundesgründung eine Versammlung zur Gedenkfeier einberufen, die sich eines starken Besuches erfreute. Nach Vortrag eines guten Prologs gab zunächst Kam. Sugatta und danach Kam. Fetzner einen längeren Rückblick über die Bundesarbeit und die weiteren Ziele. Nachdem noch einige Fragen ihre Beantwortung fanden, wurde insbesondere davon Mitteilung gemacht, daß am 1. Juni die Geschäftsstelle nach der Wohnung des Kameraden Franke, Neustraße 13, verlegt wird, woselbst nun täglich Sprechstunden stattfinden.

Grünewalde. Aus der Partei. In der am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung der SPD. gab der Kassierer, Genosse J., einen Ueberblick über die finanziellen Abschlüsse der letzten Veranstaltungen der Ortsgruppe als auch über den Abschluß des 1. Quartals 1927. Die Kassenverhältnisse sind geordnet. Den bei der Maifeier mitwirkend tätig gewesenen Arbeitervereinen wurde zur Förderung ihrer Zwecke aus der Lokalkasse ein Beitrag von je 15 Mk. zugeführt. Die Beteiligung an enier auch in diesem Jahr zu veranstaltenden Verfassungsfeier wurde zugesagt. Für den zu schaffenden Bildungsausschuß wurden vorgeschlagen drei Genossen und eine Genossin. Mehrere vom Bildungsausschuß aufzugreeifende Anregungen wurden diskutiert. Den bei der Agitation im Mai mitwirkenden Genossen wurde unter Hinweis auf die Wichtigkeit der ordnungsgemäßeen Durchführung der Agitationsarbeit der Abschluß der Arbeit bis Sonntag, den 29. Mai, anheimgestellt. Dem Bezirk muß bis 1. Juni bestimmt berichtet sein. Ueber den Zusammenschluß der kommunalpolitisch tätigen Genossen, der im Bezirk in der kommunalen Beratungsstelle seinen Niederschlag gefunden hat, berichtete Genosse Dietrich. Das Abonnement auf ide „Gemeeinde“ wird jedem kommunalpolitisch tätigen Genossen empfohlen.

Grünewalde. Eine öffentliche Gemeindevertretersitzung findet am Sonnabend, dem 28. Mai, abends 8 Uhr, im bekannten Lokal statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem erneut: Teilung des Amtsbezirks Mückenberg.

Grünewalde. Mütterberatungsstunde findet am Freitag, dem 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, in der Schule statt.

Grünewalde. Schulausflug. Der erste größere Schulausflug in diesem Jahr fand am Freitag, dem 20. Mai, statt. Besucht wurde von der 2. Klasse, unter Leitung des Lerers Huth, die Stadt Dresden. Morgens nach Sonnenaufgang waren die Schüler schon auf den Beinen. Die Rückkehr erfolgte erst nachts gegen 12 Uhr; allerdings waren die Teilnehmer etwas ermüdet. Das Verlangen, „auszufliegen“, ist in dieser Zeit bei jung und alt erkennbar.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 25. Mai 1927.

Der Sonntag vor Pfingsten Geschäftssonntag An diesem Tage sind in der Stadt Merseburg die Geschäfte von ¼8 bis ½10 Uhr und von 12 bis 18 Uhr geöffnet. — Die Notwendigkeit der Durchbrechung der Sonntagsruhe vermögen wir nicht anzuerkennen.

Mieterverein Merseburg. „Wohnungsbau und gemeinnützige Wohnungsfürsorge“ war das Thema, das der Bezirksleiter Dietz (Eilenburg) in der öffentlichen Mieterversammlung im „Tivoli“ behandelte. Er behandelte nach einer Schilderung der Entwicklung des Wohnungswesens und der einschlägigen Gesetze und Verordnungen die brennenden Fragen, welche die gesamte Mieterschaft heute in äußerst fühlbarer Weise merken, um schließlich zur Selbsthilfe zu kommen, welche die Mieter heute durchführen. Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge im Reichsbund Deutscher Mieter hat durch ihre an allen Orten durchgeführten Bauprojekte bewiesen, was durch gegenseitige Hilfe möglich ist. Dabei sind die geldlichen Leistungen (50 Pfg. wöchentlich und 5 Mk. Eintritt) für jeden möglich. Die Reichsbank Deutscher Mieter, das selbstgeschaffene Institut der organisierten Mieterschaft, ist zum Zwecke der Beleihung der Bauprojekte geschaffen. Was an anderen Orten möglich ist, soll auch in Merseburg durchgeführt werden. — Die anregende Aussprache zeigte, wie angebracht gerade in Merseburg eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot am Platze ist.

Film „Darf ich heiraten?“ Vom städtischen Gesundheitsamt wird uns geschrieben: Der in den Kammerlichtspielen Große Ritterstraße bis Donnerstag zur Aufführung gelangende Film: „Darf ich heiraten? (Hygiene der Ehe) enthält — abgesehen von wenigen überflüssigen Darstellungen — sehr viel Wissenswert s auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung, der Säuglingspflege, der Körperpflege im Allgemeinen, zur Bekämpfung der Geschlechtserkrankungen, u. a. m. Die den Film begleitenden Vorträge sind in geschmackvoller, dem Auffassungsvermögen der Zuhörer angepaßten Form gehalten. Mitglieder der Krankenkassen genießen auf Vorzeigung eines Krankenkassenausweises Preisermäßigung von 20 Pfg. auf allen Plätzen. Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß sich auch in Merseburg eine Eheberatungsstelle befindet, die leider noch nicht in Anspruch genommen worden ist. Sprechstunden in dieser Eheberatungsstelle finden außer Mittwochs und Sonnabends täglich nachmittags von 4 bis 5 Uhr im städtischen Krankenhause statt.

Leuna.

Mit dem heutigen Tage gibt der Verlag „Volksblatt“ eine neue Zeitung „Leuna“ heraus, die zunächst 14tägig in Auflage von 20 000 Exemplaren erscheint und für die Hand- und Kopfarbeiterschaft des Leunawerkes und die übrigen, an der Entwicklung Leunas interessierten Kreise bestimmt ist. Die neue Zeitung wird sich sehr schnell zu einem Sprachrohr der Zehntausende entwickeln, die heute dem Riesen Leuna ihre Kraft zur Verfügung stellen. Der Verlag „Volksblatt“ gibt damit der Arbeiterbewegung des Bezirks Halle-Merseburg eine neue große Waffe im Kampfe des kopf- und handarbeitenden Proletariats um seine Geltung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Verlegung von städtischen Dienststellen. Die Geschäftsräume des städtischen Wohlfahrtsamtes (einschl. Jugendamt und Fürsorgestellen, Amtsvormundschaft und Krankenhausverwaltung), des Versicherungsamtes, Wohnungsamtes, Mieteinigungsamtes sowie des Oeffentlichen Arbeitsnachweises werden mit dem 1. Juni 1927 nach dem Verwaltungsgebäude III, Christianenstraße Nr. 23, verlegt. Die vorgenannten Dienststellen bleiben deshalb am Dienstag, dem 31. Mai 1927, für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Dürrenberg. Der Verwaltungssonderzug 4. Klasse nach dem Frankenwald und dem Schwarzatal (Ludwigstadt—Lauenstein und Saalfeld—Bad Blankenburg), der am 29. Mai 5.26 Uhr ab Leipzig fährt, hält außer in Leutzsch, Wiltitz und Markranstädt auch in Dürrenberg, woselbst auch Fahrkarten für den Zug erhältlich sind.

Groß-Corbetha. Ein fünfter Lehrer. Durch Verfügung der Regierung zu Merseburg ist der Schulamtsbewerber Fröhlich mit sofortiger Wirkung als Hilfslehrer an die hiesige Schule versetzt worden, die nunmehr fünf Lehrkräfte besitzt. Maßgebend bei dieser Stellenbesetzung ist vor allen Dingen der neue, allgemein durchzuführende Grundsatz, das Heer der stellenlosen Junglehrer nicht durch zu lange Wartezeit von ihrem erwählten Berufe zu entfremden. Da die Besoldung staatlich ist, erwächst der Gemeinde dadurch keine Mehrausgabe.

Mücheln. Geschäftsfreier Sonntag. Laut Bekanntmachung der Polizeiverwaltung ist der 29. Mai 1927 als geschäftsfreier Sonntag bestimmt.

Mücheln. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung veranstaltet am Donnerstag (Himmelfahrt) eine Besichtigung des hallischen Krematoriums. Die Besichtigung ist unentgeltlich. Nach dem Besuch findet ein Spaziergang durch den Zoo statt. Alle Mitglieder werden gebeten, sich restlos an diesem Ausflug zu beteiligen. Auch Nichtmitglieder können daran teilnehmen. Abfahrt ab Mücheln 9 Uhr vormittags.

Rundfunk.

„Das Radio-Bastelbuch“. Selbstanfertigung von Rundfunkempfängern. Schaltungs- und Handbuch für Radioamateure. Herausgegeben von E. und C. Wrona. Unter Mitwirkung erster Fachleute. Neubearbeiter von Ing. O. Kappelmeyer. Achte erweiterte und verbesserte Auflage. Preis kart. 2,50 Mk., Halbleinen 3,50 Mk. Verlag: Deutsch-Literarisches Institut, Berlin W 35.

In vielen Bastelbüchern wird auf die Selbstanfertigung der Einzelteile für einen Rundfunkempfänger großer Wert gelegt. Tatsache ist aber, daß diese selbstangefertigten Teile kaum eine wesentliche Verbilligung, zumindest aber nicht ein absolut zuverlässiges Funktionieren ergeben, denn die meisten Bastler sind eben keine Präzisionstechniker. Darauf wird in dem vorliegenden Bastelbuch Rücksicht genommen, das sich darauf beschränkt, die einzelnen Teile zu schildern, Schaltungen zu verzeichnen und Anweisungen zur Handhabung der Geräte zu geben. Der Selbstbau von Apparaten erfolgt ja auch heute fast nur auf die Weise, daß die Bastler die Einzelteile fertig kaufen und nach irgendeiner Skizze dann zusammensetzen. Als Ratgeber hierzu verrichtet das erwähnte Buch seinen Zweck. Ht.

Rundfunk-Programme

Leipzig (Welle 357,1).

Donnerstag: 7 Uhr: Besprechung von Halle: Uebertragung des Frühkonzerts aus dem Wittekind-Bad. 11 bis 12 Uhr: Uebertragung der Platzmusik. 16 bis 18 Uhr: Uebertragung des Gartenkonzerts anläßlich des Kinderfestes im „Reichsschmied“ in Dresden. 19 bis 19.30 Uhr: Wolfgang Schumann: „Ueber Lebenskunst.“ 19.30 bis 20 Uhr: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Robert Bruck: „Der Wechsel des Frauenideals in der bildenden Kunst.“ 20.30 bis 21.15 Uhr: „Bunter Abend“ von Stuttgart. 21.20 Uhr: Von der Jugend und der schönen Liebe. 23 Uhr: Sportdienst. Funkstille.

Freitag: 15 bis 15.30 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.15 Uhr: Mitteilungen fürs Haus und Verkehr. 18 Uhr: Letzte Notierungen. 18.05 bis 18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 19 bis 19.30 Uhr: Prof. Dr. Zeitler: „Die Buchkunst unserer Tage.“ 19.30 bis 20 Uhr: Prof. Dr. Weickmann: „Künstliches Wetter.“ 20 Uhr: Wetterdienst. 20.15 Uhr: Kleine Künstlerspiele. 22 Uhr: Presse- und Sportdienst. 22.15 bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1250).

Donnerstag: 9 Uhr: Morgenfeier. 11.30 bis 12.50 Uhr: Platzmusik. 15 Uhr: Prof. Dr. Stuhlfauth: „Stätten der Andacht.“ 16.30 bis 18 Uhr: Kapelle Gebrüder Steiner. 19.15 Uhr: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe zu der Uebertragung aus der Staatsoper. 19.30 Uhr: „Cavalleria rusticana“ (Sizilianische Bauernehre). Oper in 1 Akt. Italienischer Text (nach dem gleichnamigen Volksstück Vergas) von Targioni-Tozetti und Menasci. Musik von Pietro Mascagni. — „Bajazzo.“ Drama in zwei Akten mit einem Prolog. Dichtung und Musik von Ruggiero Leoncavallo. Deutsch von Ludwig Hartmann. Danach: Tanzmusik.

Freitag: 15 bis 15.30 Uhr: Einheitskurzschrift für Fortgeschrittene. 15.40 bis 16 Uhr: Wetter- und Börsendienst. 16 bis 16.30 Uhr: Wirkl. Geheimrat Prof. Dr. Dietrich: „Ueber Bäder und Badekuren.“ 16.30 bis 17 Uhr: V. K. Graef: „Die Kunst des Sprechens.“ 17 bis 18 Uhr: Prof. Dr. Zimmer (Heidelberg): „Indische und westliche Weltanschauung.“ 18 bis 18.30 Uhr: Min.-Rat Prof. Dr. Peters: „Meine Wohnlaube: Platzwahl und Material.“ 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 18.55 bis 19.20 Uhr: Min.-Rat Dr. Spielhagen: „Der Inhalt des Reichshaushaltsplanes 1927/28.“ 19.20 bis 19.45 Uhr: „Wissenschaftlicher Vortrag für Aerzte.“ 20.30 Uhr: Symphoniekonzert. 22.30 bis 23.30 Uhr: Beim Wein am Rhein.

Kauft Mirag-Textbücher

(enthaltend die Texte der jeweils im Rundfunk verbreiteten Opern, Schauspiele usw.) in der Volksblatt-Buchhandlung, Halle, Große Ulrichstraße 27, und der Volksbuchhandlung Bitterfeld, gegenüber dem Bahnhof.

Wetter-Voransage

Donnerstag: Zeitweilig schön und mittelwarm, in der übrigen Zeit aber auch Regen und teilweise Gewitter.

Freitag: Wolkig, zeitweise aufheiternd, Temperatur wenig verändert, Regen, teilweise Gewitter.

Verantwortl. f. Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: J. V. G. Kaisparek; für Lokales und Kommunalpolitik: i. V. A. Wielepp; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Harz 42/44.

Aus dem Geschäftsleben.

Geratener Kuchen — frohes Fest! Das ist der Wunsch aller Hausfrauen, die auch zu Pfingsten selbst backen. Der so beliebte Napfkuchen fehlt daher wohl auf keinem Familientisch. Fliegt man aber bei schönem Wetter aus, dann sind die feinen Kleingebäcke, von denen in Dr. Oetker's neuem Rezeptbuch, Ausgabe F, eine Auswahl schöner Rezepte zu finden ist, ganz besonders am Platze.

Der goldgelbe Tabak
– sein würziger Duft –
ist ein äusseres Zeichen der besonders hohen Qualität unserer neuen Lessing

„Mussaf“

Beachten Sie ausserdem die sorgfältige, gleichmässige Arbeit dieser neuen Cigarette, ihre geschmackvolle Verpackung, und Sie werden sagen, dass Lessing Mussaf sechs Pfennige wert ist. Dieser Eindruck steigert sich zur felsenfesten Überzeugung, wenn Sie Lessing Mussaf rauchen!
„Eine herrliche Zigarette!“ werden Sie ausrufen.
Keine andere kommt ihr gleich, behaupten wir, denn Lessing Mussaf kostet nur

·CIGARETTENFABRIK·LESSING·&·CO·
·FRANKFURT·AM·MAIN·GEGR·1898·

Vertretung und Fabriklager: Kurt Gebhardt, Halle a. S., Ankerstraße 3. Fernsprecher 25559

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0007

Teilzahlung

Moderne

Herren-Anzüge 110,- 92,- 80,- 60,- **45—**

Sport-Anzüge . . . Mk. 66,- 48,- **32—**

Cutawayanzüge m. gestr. Hose. 113,- 105,- **95—**

Gummi-Mäntel . . 44,- 32,- 29,- **19—**

Schuhwaren, Oberhemden

Damengarderobe in großer Auswahl

1/4 Anzahlung 3 Mk. Wochenrate

Paul Sommer

HALLE a. d. S., Leipzigerstr. 14, I. u. II.

gegenüber Café Zorn

Rein wie die Sonne selbst ist Sunlicht Seife. Sie schont die Wäsche:

Im neuen großen Sunlicht Würfel bieten wir Ihnen Altbewährtes in neuer handlicher Form.

Preis 35 Pf.

S 144

Gardinen

auf Teilzahlung

Künstler-Gardinen

Madras-Gardinen

in vielen schönen Mustern

3 Mk. Anzahlung

Wochenrate 2 Mk.

PAUL SOMMER

Halle a. S., Leipziger Str. 14, I. u. II.

gegenüber Café Zorn

Kauft nur bei unseren Inserenten!!

Obst-Verkauf.

Der diesjährige Anhang der dem Kreise gehörigen Kirschbaum-Anpflanzungen an den Kreisstraßen des Mansfelder Seekreises soll an folgenden Terminen öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden:

1. **Dienstag, den 31. Mai,** vorm. 9 Uhr, im Stammerschen Gasthofe zu **Polleben,** für die Eisleben-Alsleber Straße von Station 7,8 bis 9,872 zwischen Polleben und Helmsdorf, und für die Straße Polleben-Salzmünde von Station 22,5 bis 25,4 zwischen Burgsdorf und Polleben, und von Station 25,4 bis 29,135, zwischen Polleben und der Eisleben-Hettstedter Provinzial-Straße sowie den Aepfel-Anhang auf der Straße Klostermansfeld-Polleben von Station 1,888 bis 2,380.

2. **Dienstag, den 31. Mai,** vorm. 11 Uhr, im Ratskeller zu **Gerbstedt,** für die Eisleben-Alsleber Straße von Station 14,4 bis 17,1 zwischen Gerbstedt und Belleben, und für die Gerbstedt-Friedeburg-Brucker Straße sowie den Aepfel-Anhang auf der Straße Siersleben-Glückstilischacht von Station 2,456 bis 2,874.

3. **Dienstag, den 31. Mai,** nachm. 2 Uhr, im Ratskeller zu **Alsleben,** für die Eisleben-Alsleber Straße von Station 17,10 bis 20,745 einschließlich des Aepfel-Anhangs bei Alsleben, für die Sandersleben-Alsleben-Plötzkauer Straße von Station 8,745 bis 17,424 und den Birnen-Anhang auf der Zweigstraße nach Bahnhof Belleben.

4. **Mittwoch, den 1. Juni,** nachm. 4 Uhr, im Albersschen Gasthofe zu **Schwittersdorf,** für die Straße Polleben-Salzmünde von Station 14,3 bis 22,5 zwischen Naundorf und Burgsdorf, für die Straßen Eisleben-Schwitterdorf von Station 4,1 bis 8,7, Beesenstedt-Görnitz und den Aepfel-Anhang auf der Straße Beesenstedt-Oeste.

5. **Donnerstag, den 2. Juni,** vorm. 9 Uhr, im Trägerschen Gasthofe zu **Erdeborn,** für die Lütchendorf-Bennstedter Straße von Station 17,7 bis 22,6 zwischen dem Hornburger Wege und Lütchendorf, und Oberröblingen-Aseleben von Station 0,312 bis 0,650.

6. **Donnerstag, den 2. Juni,** vorm. 11 Uhr, im Bodlenzschen Gasthofe zu **Stedten,** für die Lütchendorf-Bennstedter Straße von Station 9,2 bis 17,7 zwischen Edjorf und dem Hornburger Wege, und für die Zweigstraße nach Schraplau und dem Bahnhof Oberröblingen.

7. **Donnerstag, den 2. Juni,** nachm. 3 Uhr, im Abeschen Gasthofe zu **Obertentschenthal,** für die Lütchendorf-Bennstedter Straße von Station 0,0 bis 7,9 zwischen Bennstedt und Edjorf einschließlich des Birnen-Anhangs bei Edjorf von Station 7,9 bis 9,2, und für die Straße Oberröblingen-Teutschenthal von Station 7,914 bis 8,959 zwischen Wansleben und dem Bahnhof Teutschenthal.

8. **Freitag, den 3. Juni,** nachm. 3 Uhr, im Gasthof „Zur Hünneburg" zu **Wimmelburg,** für die Straße Wimmelburg-Wolferode.

9. **Freitag, den 3. Juni,** nachm. 4 Uhr, im Wernerschen Gasthofe zu **Helbra,** für die Straße von Helbra bis zum Hohenthalschacht und Helbra-Ziegelrode von Station 0,256 bis 0,886.

10. **Freitag, den 3. Juni,** abends 6 Uhr, im Gasthof „Zum Deutschen Haus" zu **Volkstedt,** für die Straßen vom Hohenthalschacht bis Wolfsfrdt, von Wolfsfrdt bis an die Eisleben-Polleber Straße, für die Straße Eisleben-Polleben von Station 3,235 bis 4,276 und Volkstedt-Wolfschacht von Station 8,9 bis 10,727, und Eisleben-Polleben 3,235 bis 4,247.

Eisleben, den 20. Mai 1927. 3102

Der Kreisausschuß des Mansfelder Seekreises.

Kleine Anzeigen haben hier **grossen** Erfolg!

Achtung!

Brikettpreiserhöhung am 1. Juni!

M&W

Die Krone aller Briketts

Das gute Luckenauer Riebeckbrikett

verbürgt wegen seiner Standhaftigkeit im Feuer und Erzielung hoher Heizkraft

große Ersparnisse

auf dem Konto Brennmaterialien einer jeden Hausfrau

Alleiniger Verkauf 2873

für Rössen und Umgebung durch

Hermann Zeiger, Rössen

Landwirtstraße 15

Oeffentliche Fernsprechstelle

Mandolinen von 9,00 an

Guitarren von 18,00 an

Lauten von 25,00 an

Bestandteile, Saiten und Reparaturen

A. Herm. Müller,

Instrumentenbauer,

Gr. Märkerstraße 3, Leipziger Straße 18

Homöop. Kranken-Behandlung

gegen alle Krankheiten **Gallensteine** entferne ich in 24 Stunden schmerzlos ohne Operat.

H. Kuntz,

Homöopath und Heilkundiger

Halle-S., Fenterstr. 3

Suchen Sie eine Stelle

so inserieren Sie im „Volksblatt"!

Bettfedern-Reinigung

Auswahl enorm

Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Bettenhaus

Bruno Paris

Kleine Ulrichstraße 2

Eing. Kanzleigasse, 2 Minuten v. Markt

3128

Carl Müller

Brotfabrik und Weißbäckerei

Halle a. S.

Friedrichstraße 32 Eck: Mühlweg

Filiale: Olearius straße 4

Telephon 26728.

Hallesche Beerdigungsanstalt

PIETÄT

Inh.: M. Burkel

Kleine Steinstraße 4. Telephon 26393.

Ohne Chlor! Ohne Wasserglas!

Das neueste selbsttätige Waschmittel

Steffi!

übertrifft Alles!

40 Pfg. / Garantierte Bleichwirkung! / 40 Pfg.

Wein-Essig · Tafel-Essig · Essigsprit

Mostrich · Speise-Oele

garantiert reine Gärungsprodukte, garantiert aus nur besten Rohstoffen hergestellt

empfehlen

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. ◆ **Kohlmann & Co. G. m. b. H.**

Halle an der Saale, Torstraße 31, Telephon Nummer 21216

Halle an der Saale, Königstraße 46, Telephon Nummer 21498

Wie koche ich gut und sparsam?

Jeden Donnerstag, nachm. 3½ bis 5½, abends 7½ bis 9 Uhr. in der Schulküche der Talamtschule (Eingang Oleariusstraße)

Koch-, Brat- u. Backvorführungen

Jeder Kursus umfaßt 2 Nachmittage oder 2 Abende. Lehrreich und dabei kostenlos

Anmeldung bei der

Verwaltung der Gas- und Wasserwerke

Telephon Magistrat 27681. Unterplan 12.

Trinkt Dauer-Pasteurisierte Milch aus der Halleschen Molkerei

Glauchaer Straße 15/16

Das beste für Kinder, vollständig keimfrei, braucht nicht abgekocht zu werden.

Butter Sahne

Telephon 26374

Zu haben an allen Milchwagen und in allen Filialen.

C. Klappenbach & Co.

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41

Das Fachgeschäft für gute

Gummiwaren

A

Schubert

Spezialität

Sklerol-Brot

nach Dr. Senftner

D. R. P. 423225, hergestellt mit Kieselsäure. Für Gesunde und Kranke gegen Lungentuberkulose u. Arterienverkalkung

Ueberall erhältlich

Auf Bestellung frei Haus

Gebr. Schubert, Halle a. S.

Großbäckerei u. Mühlenwerke

Telefon 26665 und 26675

Trinkt

Vater-Walther-Schnaps

Der reine alte Korn

½ Liter Mark 3,50 — ¼ Liter Mark 2,— Probekrug 60 Pfg.

Likörfabrik E. Walther, Halle-Trotha

Johannes Thurm, Halle a. S.

Glauchaer Straße 79

Telephon 26518 — — Gegründet 1863

empfiehlt

Ia Roßfleisch und alle Wurstwaren

Abonniert im ZOO.

Für 20 Mark steht das ganze Jahr über der Besuch des herrlichen Parkes frei. Die Besichtigung der Sammlung von Eineinhalbtausend Tieren, der Besuch von Einhundertvierzig Konzerten des berühmten Halleschen Symphonie-Orchesters, Kinderfeste, Gesellschaftsabende, Vorträge und viele andere Veranstaltungen finden sommers u. winters statt.

Bett-Wäsche

Bettbezüge, weiß und farbig || Ueberschlaglaken || Betttücher || Schlafdecken

Stepp- und Daunendecken

Wäsche-Steinmetz

das Haus der guten Qualitäten

Leipziger Straße 8

W. F. Wollmer

Gegr. 1760 Gr. Ulrichstr. 6-8 Ruf 21361

Posamenten

Kleider- und Seidenstoffe

Sämtliche Schneidereiartikel

Strumpf- u. Wollwaren – Herrenartikel

Handarbeiten

in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Die alte Spezialfirma

Wilh. Brackebusch

Gegründet 1897

das richtige Geschäft für

Herren-Wäsche u. Moden

Korn & Zöllner

Brüderstr. 13 Halle a. S. Tel. 28763

Pa. Werkzeuge zur Holzbearbeitung

Eisenwaren, geschnittene Auflagen auf Möbel, Zierleisten, Portierengarnituren

Lederleim — Kaltleim

Sparkasse -- Kreisbank des Saalkreises

Große Steinstraße Nummer 20 HALLE (SAALE) Fernsprecher 26112 und 26142

Zweigstellen in: Ammendorf, Könnern, Löbejün, Wettin, Niemberg, Beesenlaublingen.

Annahme von Spar- und Giroeinlagen gegen Garantie des Saalkreises und zeitgemäße Verzinsung. **Erledigung aller satzungsmäßigen Bankgeschäfte,** insbesondere: Eröffnung von Kontokorrent- und Depositenkonten, Hergabe von Krediten auf kurz- und langfristiger Basis gegen satzungsgemäße Sicherheit. An- und Verkauf sowie Verwahrung von Wertpapieren, Stellung von Akkreditiven, Ausstellung von Reisekreditbriefen, Vermietung von Schrankfächern usw. Die Sparkasse und Kreisbank ist dem kommunalen Giroverkehr angeschlossen und somit in der Lage, Ueberweisungen schnell und billig auszuführen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0008

Der Parteitag der Sozialdemokratie.

Lebhafte Debatte über das Recht der Meinungsfreiheit in der Partei. / „Ein hohes Gut ist die freie Meinungsäußerung, ein höheres das Wohl der Gesamtpartei!" / Rededuell Braun-Rosenfeld über Fürstenenteignung. / Schlußworte der Referenten, Abstimmung über Anträge zum Vorstandsbericht.

Kritik und Gegenkritik.

Die Debatte des Dienstag drehte sich zum großen Teil um die Frage, ob Debatten solcher Art, wie sie am Montag begonnen und am Dienstag fortgesetzt wurden, im Interesse der Partei wünschenswert sind. Es war Genosse Stampfer, der diese Frage aufwarf, und es war Genosse Renner (Wien), der sie aus seinen österreichischen Erfahrungen in unmißverständlicher Weise beantwortete. Der ungeheure Beifall, mit dem Renners Ausführungen aufgenommen wurden, hat den Willen der überwältigenden Mehrheit des Parteitages klar erkennen lassen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Wille auch dem des allergrößten Teils der Parteigenossen im Lande entspricht.

Am Nachmittag gab es nach den vorangegangenen Gewittern nur noch ein Wetterleuchten. Die Schlußrede des Genossen Wels war eine zu Herzen gehende Mahnung zur Versöhnung und zur Kameradschaftlichkeit, die den Parteitag zu Stürmen des Beifalls hinriß. Ein großer Teil des Nachmittags wurde von den Abstimmungen über die Anträge in Anspruch genommen, von denen rund 100, die zum Bericht des Parteivorstandes und zum Organisationsstatut gestellt waren, erledigt worden sind.

Dann ging man zum Agrarprogramm über. Genosse Dr. Baade nahm als erster Referent das Wort. Er ist für sozialdemokratische Parteitage ein neuer Mann, wenn er auch in der Partei längst kein Fremder mehr ist. Als Sachverständiger in Agrarfragen hat er in der Wissenschaft einen geachteten Namen. Nun hat er den Sprung von der Studierstube zur Rednertribüne des Parteitages vollzogen und er ist ihm geglückt. Auf äußere rhetorische Wirkungen verzichtet er, aber der Parteitag merkt bald, daß ein Mann vor ihm steht, der ihm Neues und Wichtiges zu sagen hat. Für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion eröffnet er glänzende Perspektiven; das vernichtende Urteil über die Unterlassungssünden des alten Regimes hat aus diesem Munde politische Bedeutung. Baade bekennt sich als überzeugter Sozialist und für ihn ist Sozialismus nicht mehr nur rage Vorstellung, sondern im Wesen begriffenes Wirtschaftssystem. Sein Referat ist ein Schritt auf dem Wege der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" — und darüber hinaus zur Verwirklichung.

Der zweite Referent zum gleichen Thema, Genosse Krüger, ist Regierungspräsident in Lüneburg, also ein Mann nicht nur der Theorie, sondern auch der Praxis. Er predigt den Kampf gegen den Latifundienbesitz, für den es in der sozialistischen Gesellschaft keinen Raum mehr geben darf, und für die Förderung der Siedlung. Dann begründet er im einzelnen den Entwurf des Agrarprogramms. Der Parteitag hat schon einen reichlichen Achtstundentag hinter sich. Trotzdem ist die Aufmerksamkeit sehr rege, besonders auch bei den ausländischen Delegierten. Die Frage des Agrarprogramms greift in ihrer Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinaus.

Genosse Hilferding schlägt dann vor, die Agrarkommission mit Zuwahl eines Leipziger Genossen (Leipzig hat einen Gegenentwurf eingebracht) noch einmal zusammentreten zu lassen. Das wird beschlossen, und die Debatte wird bis zum neuen Bericht der Kommission ausgesetzt. Am Mittwoch wird Robert Schmidt den Bericht der Reichstagsfraktion erstatten. P.D

Dienstag-Vormittag-Sitzung.

Kiel, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen beginnen heute eine Stunde später mit Rücksicht auf die **Besichtigung der Werft der Deutschen Werke**, die um 7 Uhr vormittags vorgenommen wurde. Die **Debatte über den Vorstandsbericht** wird fortgesetzt.

Wilke (Stettin):

Ich bin der Meinung, daß die Abstimmungsfrage von den preußischen Genossen im Ministerium und in der Landtagsfraktion überstürzt behandelt worden ist. Die Haltung der Partei in dieser Frage war das beste Agitationsmittel für die Kommunisten. Bei seiner Polemik gegen die sächsischen Parteigenossen hat Braun Ausdrücke gebraucht, die er besser unterlassen hätte, denn die sächsischen Genossen sind gegenüber den Angriffen, die in Heidelberg gegen sie gerichtet wurden, heute völlig rehabilitiert. Wels, der heute seine Donnerkeile gegen Levi und Genossen richtet, findet nichts dabei, daß namhafte Genossen in bürgerlichen Zeitungen ihre geistigen Produkte niederlegen, was Bebel auf dem Dresdener Parteitag aufs schärfste verurteilte. Schließlich bitte ich den Parteivorstand zu erwägen, ob er nicht zur Klärung der parteitaktischen Fragen anstatt der „Gesellschaft" ein ähnliches Organ wie früher die „Neue Zeit" als billiges Organ für alle Funktionäre herausgeben kann. (Beifall.)

Göpfert (Kassel):

Die Zeiten, wo die Beamten uns als Fremdkörper galten, sind Gott sei Dank vorüber. Wir müssen dem Rechnung tragen, daß zwei große Beamtenorganisationen bestehen und können als Partei nur dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund Vertrauen schenken. Es muß mit offenen Karten gespielt werden. Wir können nichts zu tun haben mit einem Verband, der monatlich 10 000 Mk. an den „Deutschen" gibt, der die Partei bekämpft, und der im letzten Jahre 96 000 Mk. der Zentralgewerkschaft der Eisenbahner zur Bekämpfung des freien Eisenbahner-Verbandes, des Einheitsverbandes gegeben hat.

Litke (Berlin):

In der Beamtenpolitik muß die Partei eine Wendung vollziehen. Der Bund deutscher Krankenkassenbeamten, der dem deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, hat mit der bisherigen neutralen Stellungnahme der Partei direkt Propaganda gegen die uns nahestehenden Organisationen getrieben. Die Lösung, die Aufhäuser vorgeschlagen hat, erscheint uns als der notwendige Fortschritt. Wir müssen weiter den Antrag empfehlen, daß die Partei gegen die Genossen einschreitet, die am „Volksstaat" mitarbeiten. Wir halten es für notwendig, die Parteiorganisation mehr als bisher am politischen Leben zu beteiligen. Hätte man bei der Fürstenabfindung die Bezirksvorstände ins Bild gesetzt, so hätte trotz aller Schwierigkeiten die Werbewoche besseren Erfolg gehabt. (Lebhafter Beifall.

Steinkopf:

Die Resolution des Parteivorstandes zur Beamtenfrage erfüllt nicht ganz die Forderung nach Klarstellung der Streitfrage. Sie berücksichtigt nicht in genügendem Maße die veränderte Situation, die durch die Vereinigung des Deutschen Beamtenbundes mit dem christlichen entstanden ist. Wir achten trotzdem die Genossen, die als Vorkämpfer im Deutschen Beamtenbund wirken. Auf der anderen Seite halten wir es für zweckmäßig, wenn sich die Partei klar für die freie Beamtenbewegung ausspricht. Zur Vereinigung dieser beiden Gedanken empfehle ich deshalb, im Antrag Aufhäuser noch zu sagen: „Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Beamtengewerkschaft fördern."

Frenzel (Leipzig):

Wels und Ludwig haben gestern wohl Schulbeispiele dafür geliefert, wie ein Berichterstatter des Parteivorstandes es nicht machen soll. Insbesondere die Ausfälle gegen die Opposition und die höhnische Bemerkung von Ludwig, daß mancher Parteigenosse mehr kommunistisch denke, aber die Sicherheit in der Sozialdemokratie der Unsicherheit in der Rausschmeißerpartei vorziehe, haben uns sehr verstimmt. Warum wirft man nur der Opposition Mißbrauch der Meinungsfreiheit vor, aber nicht den Genossen, die dauernd an gegnerischen Zeitungen mitarbeiten. Wenn Genosse Otto Braun einmal von seinem Ministersessel zu den kleinen Funktionären herabsteigen wollte, dann könnte er sich davon überzeugen, daß der Fürstenvergleich durchaus nicht ohne Einfluß auf die sächsischen Wahlen war. Noch in Heidelberg hat man uns wegen unserer Stellung gegen die 23 wie Aussätzige behandelt. Gestern hatten wir die Genugtuung, daß Wels ganz deutlich von den sogenannten Altsozialisten abgerückt ist.

Genossin Fabian:

Die Stratrede des Genossen Wels gegenüber den Jungsozialisten hat das gute Einvernehmen der letzten Zeit zwischen der Jugend und der Partei sicher nicht gefördert. Wir haben volle Meinungsfreiheit gewährt und haben den Richtungsstreit sachlich ausgefochten. Ganz anders steht es mit den Leuten um Niekisch. In unserem Kampf gegen diese Genossen hat uns der Parteivorstand nicht unterstützt, er hat für unsere Forderungen, sie aus der Partei auszuschließen, nur Hohn und Spott gehabt. (Hört, hört!) Noch heute können diese einstigen jungsozialistischen Mitglieder, obwohl sie dieselbe nationalsozialistische Einstellung haben, wie Niekisch, der Partei angehören und in ihrem Zentralorgan schreiben.

Stampfer:

Zum ersten Male in den bald 11 Jahren, die ich die Ehre habe, das Zentralorgan der Partei zu verantworten, ist auf einem Parteitag etwas entstanden, wie ein Anklang an frühere Vorwärts-Debatten. Nun kenne ich besser als Sie die Fehler, die ich im Laufe dieser Zeit begangen habe, und ich muß nach dem, was hier gegen den Vorwärts angeführt ist, sagen, es hätte schlimmer kommen können. Man hat hier nicht gesprochen von einem „Zentralleiden" der Partei wie damals, als Wilhelm Liebknecht und Braun den „Vorwärts" redigierten. Der Grundsatz, den ich immer vertreten habe, hat sich offenbar durchgesetzt, daß das Zentralorgan nichts anderes sein kann, als die publizistische Vertretung der Politik der Gesamtpartei. (Sehr richtig.) Das ist nicht möglich, wenn man im Zentralorgan eine unbeschränkte Meinungsfreiheit statuiert. Diese Meinungsfreiheit haben auch wir Vorwärts-Redakteure nicht. Wenn Sie im „Vorwärts" das gelesen hätten, was wir Redakteure über gewisse Vorgänge in der Partei Sachsens gesprochen haben, so würden Sie sich sehr darüber gewundert haben. Wir haben unsere Meinung aber unterdrückt im Interesse der Gesamtpartei, aus Liebe zur Partei und aus Sorge zur Partei und haben lieber manchmal über Dinge geschwiegen, über die wir gern geschrieben hätten. Wenn wir nach dem Rezept von Zwickau, Plauen und Chemnitz gehandelt hätten, wäre die Sozialdemokratische Partei heute ein Trümmerhaufen.. Wenn es dazu käme, daß im „Vorwärts", wie es mein Wunsch ist, eine Tribüne eröffnet würde zum Austausch von Meinungen, dann müßte auch hier mit der Diskussion einmal abgebrochen werden und dann würde auch die eine oder andere Partei über Unterdrückung schreien. Wenn Rosenfeld hier von Moskauer Methoden des Parteivorstandes gesprochen hat, so war das gewiß nur ein feuler Witz von ihm, aber er sollte es sich überlegen, ehe er solche Worte gebraucht, denn sie sind eine billige Gelegenheit für unsere Gegner, die sie gegen die Partei gebrauchen werden. Man beruft sich immer auf Oesterreich. Aber in Oesterreich wäre es ausgeschlossen, daß die gegnerische Presse ein Parteiblatt zitieren kann. (Zuruf: Renner! Sehr wahr!) Auf einem österreichischen Parteitag wären solch Reden, wie sie hier gehalten werden, unmöglich. (Lebh. Beifall.)

Lange (Annaberg)

Nach dieser Rede Stampfers kann man dem Antrag Berlin nur zustimmen, daß die Berliner Parteigenossen ein eigenes Organ bekommen. Der Genosse Braun, den manche für einen Staatsmann von Format halten, sagt, man solle sich überlegen, was man sagt. (Sehr richtig.) Auch die Freunde des Genossen Braun sind verschiedener Meinung über seine Rede. Höher als die Gunst des Parteivorstandes muß uns das Vorwärtsdrängen der Partei und die Gewinnung der Arbeiterschaft für unsere Ziele stehen. (Zuruf vom Parteivorstand: Unerhört.)

Müller (Leipzig)

bittet die Mitglieder des Parteivorstandes, im Aufsichtsrat der Arbeiterbank dahin zu wirken, daß auch in Leipzig eine Filiale der Arbeiterbank eröffnet werde. Die Bilderbeilage Volk und Zeit sollte eine wirkliche proletarische Bilderbeilage werden. Abgeordnete, die ein Einkommen über 3000 Mark haben, sollten 20 Prozent davon abgeben. (Zuruf: Das geschieht schon.) aber nicht an die Parteiorganisation, sondern an die Bezirke.

Frau Schilling

tritt für den Antrag ein, die Frauenkonferenz stets vor dem Parteitag abzuhalten. Nur wenn die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfindet, sind die Teilnehmerinnen frisch und können die Beschlüsse der Tagung alsbald dem Parteitag vorgelegt werden.

Toni Pfülf:

Die Sozialdemokratische Partei hat Volksbegehren und Volksentscheid in die Reichsverfassung hereingebracht. Wie wollen Sie in Zukunft den Schwung für einen Volksentscheid aufrecht erhalten wenn Sie nach dem Volksentscheid sein Ergebnis als nicht vorhanden betrachten. Aber der Reichstagsfraktion fehlte der Mut, den Ausfall des Volksentscheides ehrlich zu vollziehen. Das Volk hat leider gegen uns entschieden, und das hätte am ersten Tage nach dem Volksentscheid mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden müssen. Es wäre ehrlich und gescheit gewesen, einfach zuzugeben, daß wir die Schlacht verloren hatten.

Stelling:

Rosenfeld hat den Eindruck zu erwecken versucht, als ob in der Partei die Meinungsfreiheit völlig unterdrückt werde. Dabei gibt es einige Parteiblätter, die häufig geradezu parteischädigend schreiben, die Parteibeschlüsse und Parteieinrichtungen gehässig herabsetzen und obgleich einem manchmal dabei der Ekel hochsteigt, greift der Parteivorstand nicht ein, weil er sich nicht dem Vorwurf der Erdrosselung der Meinungsfreiheit aussetzen will. Demokratie heißt nicht nur schrankenlose Meinungsfreiheit. Demokratie heißt auch Unterordnung unter die Interessen der Partei. (Sehr richtig.) Eine kameradschaftliche Auseinandersetzung setzt Achtung vor dem anderen voraus. In der Beamtenfrage hat Aufhäuser eine klare Entscheidung verlangt. Vergessen Sie nicht, daß die Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses über diese Frage das Ergebnis langer Beratungen ist. Wir sind alle durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen und stehen deshalb mit innerstem Herzen auch bei den freien Gewerkschaften. Wir kommen aber nicht darüber hinweg, daß es unklug ist, dem Deutschen Lehrerverein das Rückgrat zu brechen. Das würde nur die reaktionären konfessionellen Elemente stärken. Wir dürfen der Partei keine Schranken vorbauen gegen die Beamten, die im Deutschen Beamtenbund sind.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen.

Dr. Kurt Rosenfeld:

Die allen Kamellen, die Otto Braun über meine Tätigkeit als Justizminister in der Revolutionszeit vorgetragen hat, sind längst als falsch erwiesen. An der ersten Verfügung über die Beschlag-

Sie werden köstlich erfrischt

an warmen Tagen oder nach Anstrengungen durch den Genuß aromatischer und nahrhafter Süßspeisen!

Dr. Oetker's Rote Grütze

und Dr. Oetker's Götterspeise

lassen sich einfach und schnell herstellen und munden, aufgetragen mit Vanille-Milchsoße aus Dr. Oetker's Vanille-Soßenpulver ganz vorzüglich.

In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf" zu haben. Verlangen Sie ebendaselbst das neue farbig illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F für 15 Pfg. wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0009

nahme des Hohenzollernvermögens vom 13. November 1918 war ich nicht beteiligt. Da diese Verordnung unzulänglich war, habe ich Hugo Haase gebeten, eine Verordnung der Volksbeauftragten im Reich zu erlassen, nach der das Privateigentum aller deutschen Fürsten in das Eigentum des Volkes übergeht. Haase hat das aus Mangel an Zeit den Volksbeauftragten abgelehnt. Ich habe dann im preußischen Kabinett am 30. November 1918 die Enteignung der Hohenzollern beantragt. (Hört, hört! Otto Braun: Wo steht das?) Das steht nicht so wörtlich in den Akten. Aus den Akten ergibt sich nur, daß am 30. November 1918 im Kabinett über die Hohenzollernfrage gesprochen worden ist. Das Protokoll über diese wichtige Sitzung ist in den Akten nicht enthalten. (Hört, hört!) Das Zeugnis der Anwesenden steht einander gegenüber. Aber Adolf Hoffman bestätigt mir, daß ich diesen Antrag gestellt habe, und daß er mit 3 zu 3 Stimmen abgelehnt worden ist. Ich habe dann am 30. November 1918 jene zweite Beschlagnahmeverfügung durchgesetzt, die zunächst einmal den Hohenzollern jeden Zugriff auch ihres Vermögens verwehrten. Ich habe in der verfassungsgebenden Landesversammlung Südekum ausdrücklich entgegengerufen, daß er selber abgelehnt hätte und habe diesem Tatbestand widersprochen, auch in der „Freiheit" vom März 1920 dargestellt. In dieser Beschlagnahmeverfügung steht kein Wort von vorsorglicher Indestnahme. Dieses Wort findet sich vielmehr in einer Erwiderung auf den Einspruch des Prinzen Eitel Friedrich gegen die Verfügung vom 30. November. Auf diesen Einspruch habe ich dem Finanzminister vorgeschlagen, zu erwidern, daß es sich bei der Beschlagnahme nicht vorwiegend um eine Gewaltsmaßregel handele, sondern um eine vorsorgliche Indestnahme während schwebender Auseinandersetzungen. Damit könne man den nicht undegründeten Einwand zurückweisen, daß es sich bei der Beschlagnahmeverfügung um einen unzulässigen Eingriff in das Privateigentum handele. In dieser Erläuterung wollte ich natürlich nur die Beschlagnahmeverfügung juristisch begründen, und nicht etwa einen politischen Standpunkt darstellen. Wer das kameradschaftlich beurteilt und nicht böswillig entstellt, wird mir zugeben müssen, daß nur eine vorsorgliche Indestnahme im Interesse des preußischen Staates, nicht im Interesse der Hohenzollern gedacht war. (Beifall und Widerspruch.) Jedenfalls trage ich keinerlei Verantwortung, wenn den Hohenzollern etwas herausgegeben worden ist. Ebenso unbegründet ist die Behauptung des Genossen Braun, daß sich die Gerichte bei ihren Urteilen zugunsten der Hohenzollern auf meine Begründung zu der Beschlagnahmeverfügung berufen hätten. Diesen Trumpf hat zum ersten Male der deutschnationale Fürstenanwalt Everling im Rechtsausschuß des Reichstages ausgespielt. (Hört, hört!) Der Vertreter des Genossen Braun, der zugegen war, hat mir damals sofort bestätigt, daß sich kein einziges Urteil zugunsten der Hohenzollern auf diesen Passus begründet. (Lebh. Beifall.)

Otto Braun,

mit frürmischem Beifall empfangen: Ich stelle zunächst fest, daß nicht ich, sondern Dr. Rosenfeld den Hohenzollernvergleich hier in die Debatte gezogen hat. Die Erläuterung der Beschlagnahmeverfügung vom 30. November 1918, auf die es ankommt, hat Genosse Rosenfeld nicht richtig zitiert. Diese vom Justizminister ausgehende Erläuterung lautet: „Hiernach handelt es sich bei der Beschlagnahmeverfügung nicht sowohl wie bei der Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover um eine überwiegende Gewaltsmaßregel, sondern usw. . . ." Durch die ausdrückliche Hervorhebung des Gegensatzes zur Beschlagnahme des Welfenvermögens, das bekanntlich Bismarck für den Preußischen Staat eingezogen hat, ist klar herausgestellt, daß es sich bei dieser Beschlagnahme nicht um eine Vorbereitung der Enteignung zugunsten des Staates handeln sollte. Was die Stellung der Gerichte betrifft, so genügt mir die Anerkennung Rosenfelds, daß der Anwalt der Fürsten sich auf diesen Passus ausdrücklich berufen hat. Weder in der Sitzung vom 30. November, noch in irgendeiner anderen Sitzung des preußischen Kabinetts hat Genosse Dr. Rosenfeld die Enteignung des Hohenzollernvermögens beantragt. (Hört, hört!) Auf der Berliner Funktionärkonferenz hat Rosenfeld die unwahre Angabe gemacht, ihm würde die Einsicht in die Akten verweigert. Heute, nachdem ich ihm die Akten selbst zur Verfügung gestellt habe, erklärte er, das betreffende Protokoll sei nicht da. Das klingt beinahe so, als ob ich es hätte beseitigen lassen. (Unruhe und Widerspruch.) Aber das Protokoll über die Kabinettssitzung vom 30. November 1918 ist da. Es enthält nur nichts von einem Antrag Rosenfeld über Enteignung der Hohenzollern. (Hört, hört!) Auch keiner von uns, der in der Sitzung anwesend gewesen ist, kann sich eines solchen Antrages entsinnen. Viel eher könnte ich mich darauf berufen, daß ich einmal im Kabinett den Standpunkt eingenommen habe, daß die Hohenzollernfrage eine politische und keine juristische Frage ist. Ich habe damals vorgeschlagen, den Hohenzollern 10 Millionen zu geben, und dafür ihr gesamtes Eigentum in das des Preußischen Staates übergehen zu lassen. Damals haben Roseinfeld und seine Freunde erklärt, das könnten sie dem Volke nicht zumuten. (Rosenfeld: Das steht auch nicht im Protokoll, aber es ergibt sich daraus, daß wir enteignen wollten. Das ist die beste Bestätigung meiner Darlegung!) Ich habe den Standpunkt, daß über die Frage des Fürstenvermögens politisch entschieden werden müsse, vertreten, bis Volksentscheid und Reichsgesetz versagt hatten und kein politisches Mittel mehr offen stand. (Lebhafter Beifall.)

Adolph Hoffmann: (lebhaft begrüßt)

Ich habe an allen Sitzungen damals im November teilgenommen. Rosenfeld hat in der Tat den Antrag, wie er ihn dargestellt hat, gestellt: eine Konfiskation vorzunehmen. Südekum hat damals dagegen gesprochen. Im Protokoll sind nur die Beschlüsse ergänzt, nicht aber die Debatten. Deshalb steht auch nichts darin, was Braun beantragt hat.

Renner, Wien:

Man hat uns Oesterreichern die Ehre angetan, sich wiederholt auf uns zu berufen. Es freut uns immer, wenn wir Anerkennung finden, aber man sollte doch mit solchen Berufungen auf die Politik eines anderen Landes vorsichtig sein. Viktor Adler hat einmal gesagt: „Wenn ich über die Politik eines Landes urteilen will, so muß ich es kennen, wie meine Westentasche." Sie haben es viel schwieriger als wir. In unserem kleinen Lande sind die Verhältnisse übersichtlich. Wir haben in der Hauptsache nur zwei Parteien. Sie haben viele Parteien, und das scheint zu den Eigenschaften der Reichsdeutschen zu gehören, vielleicht auch innerhalb jeder einzelnen Partei. Wir sehen darin einen überflüssigen Luxus. Auch in der Fürstenabfindung sind die Verhältnisse nicht zu vergleichen. Unsere Monarchie war entwurzelt, nicht nur bei den Deutschen und Tschechen und den anderen Nationen. Unser Vorzug in dieser Frage war folgender: 1. Wir haben niemals ein Provisorium, sondern sofort eine definitive Regelung getroffen. Wir haben vom ersten Tage an in der Erkenntnis, daß das Gegenteil nicht zu halten sei, das Privateigentum der Fürsten freigelassen. Zur Entscheidung, was Privateigentum sei, haben wir ein eigenes Organ eingesetzt. Die Enteignung des Privateigentums haben wir ganz allgemein vorbehalten. 2. haben wir die Sache nicht nur juristisch, sondern politisch behandelt. Wir haben das enteignete Gut sofort den Kriegsinvaliden gewidmet. Das führte dazu, daß die Enteignung vom ersten Tage an auch gar nicht umstritten war. Parteitage Ihrer Art haben wir gar nicht. (Hört, hört!) Zu Auseinandersetzungen dieser Art pflegen wir interne Reichskonferenzen zu veranstalten. Auf Parteitagen sind wir uns mehrerer Dinge bewußt. Wir stellen uns auf den Standpunkt: Ein hohes Gut ist die freie Meinungsäußerung, ein höheres Gut die Einheit der Handlung. (Lebh. Beifall.) Wir wissen, daß ein Parteitag keine interne Veranstaltung ist und es wäre bei uns kaum möglich, daß ein Redner mit Erfolg ein richtiges Argument vorbringen könnte, was am nächsten Tage zum Argument der Gegner wird. (Sehr gut!) Wir pflegen sehr ernste Verhandlungen, aber in anderem Rahmen. Die Verhandlungen Ihres Parteitages manifestieren eine entreuliche Tatsache: das starke individuelle Leben jedes Teiles der deutschen Partei. Das ist ein wertvolles Gut der ganzen deutschen Sozialdemokratie, aber der Güter höchstes ist es nicht. Ich meine, das Gesamtansehen und die Geschlossenheit der ganzen Partei ist ein höheres Gut! (Stürmischer Beifall.)

Dann tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Das Schlußwort zum Bericht über Organisation und Kasse erhält

Ludwig, Parteivorstand:

Er verwahrt sich dagegen, daß er Parteigenossen den Vorwurf gemacht hätte, sie sögen die Sicherheit der Sozialdemokratie der Unsicherheit der kommunistischen Rauschmeiker-Partei vor. Er habe ausdrücklich von Kommunisten gesprochen, die aus diesem Grunde sich an die Partei heranmachten. Unter den erhobenen Vorwürfen ist nur der einzig richtige, daß der Parteivorstand an mehreren Orten auf Aenderung der Geschäftsform, insbesondere auf Auflösung von Genossenschaften und Umwandlung in Gesellschaften gedrängt habe, weil er sonst nicht die nötige Sicherheit für das in die Unternehmungen gesteckte Geld der Gesamtpartei gehabt habe. Es sei seine verbammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß Geld der Gesamtpartei nur in die Hände von Parteigenossen käme, nicht Geld an Genossenschaften, denen Kommunisten und Indifferente angehörten. Oder sei es etwa unbekannt geblieben, daß die Partei sich mit der Genossenschaft in Kottbus herumschlagen müsse, weil einzelne aus der Partei ausgeschiedene Genossenschaftler Ansprüche erhöben? Sei es unbekannt, daß ein ähnlicher Prozeß in Hagen bisher schon 14 000 Mk. gekostet hätte? Ueber die angeblich brutale Rücksichtslosigkeit in Halle kann ich noch nicht reden, weil die Sache noch der Beschwerdekommission vorliegt. Aber in keinem Bezirk hat der Parteivorstand, selbst wo die Presse durchaus unfreundlich gegen ihn steht, gegen die redaktionelle Haltung eingegriffen. Die Geduld des Vorstandes auf diesem Gebiete wird von diesen Genossen im Lande einfach bevundert. Aber wir halten trotz allem an dem Prinzip fest, die geschäftlichen Dinge von den politischen Dingen unbedingt getrennt zu halten. Auf Grund der Umlage sind etwa 900 000 Mk. gezahlt worden; sechs Geschäfte haben sich 22 000 Mk. stunden lassen und uns darüber Schuldscheine gegeben. Wie lange wird es dauern, bis wir auf diesem Wege die Parteipresse wirtschaftlich in unsere Hände bekommen haben, wie es behauptet worden ist? Im übrigen Fälle ich, bei diesen angeblichen Bestrechungen doch nicht zu vergessen, daß der Parteivorstand gewählt wird und nicht eine willkürliche Korporation außerhalb der Partei ist. Haben wir nicht in Düsseldorf große Summen Geld zur Verfügung gestellt, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen? Den Reichsausschuß für die Arbeiter und Angestellten der Parteibetriebe haben die Hauptvorstände der Gewerkschaften niemals anerkannt. Ich stelle nochmals fest, daß für alle Parteigeschäfte übertarifliche Arbeitsbedingungen bestehen. (Beifall.)

Das Schlußwort zum Parteivorstandsbericht erhält

Otto Wels:

Gestern am Schluß meiner Rede hörte ich, wie ein sehr radikaler Geschäftsführer seinem noch radikaleren Redakteur telephonierte, die Referate von Wels und Ludwig seien so konziliant und sorgfältig abgewogen gewesen, daß der Parteitag absolut ruhig verlaufen würde. Beide kämen der Opposition weiter entgegen, als man hätte annehmen können. Ich hatte auch nach meinem Referat gar nicht den Eindruck, als ob ein Sturm der Sachen gegen den Parteivorstand bevorstünde; denn mir wurde mitgeteilt, daß die große Mehrheit der sächsischen Delegation mit unseren Referaten in der Hauptsache durchaus einverstanden war. (Lebhaftes Hört, hört!) So habe ich mir denn die Rede Rosenfelds noch einmal durch den Kopf gehen lassen und sie mit meiner Rede verglichen. Ich nehme nicht alles tragisch, was Rosenfeld gesagt hat, aber verbitten muß ich mir, daß er dem Parteivorstand brutale Rücksichtslosigkeit und kommunistische Unterdrückungsmanieren vorwirft. Jeder Tag, der in Sachsen Parteiblätter erscheinen läßt, beweist die Meinungsfreiheit in Sachsen. (Sehr gut!) Die Triebfeder für unser Handeln soll sein: Wie fördern wir die Partei? Rosenfeld sieht die Möglichkeit des Aufstieges nur dann, wenn dieser Parteivorstand verschwunden ist. Rosenfeld hätte bedenken müssen, daß dieser Parteivorstand die Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeigeführt hat, der auch die Einigung der Internationale folgte. Ist das nicht eine Leistung, die Anerkennung verdient und auch eine bei der Kritik begründete? Glauben Sie, Genosse Rosenfeld, daß, wenn Sie Führer der Partei gewesen wären, die Partei heute einig wäre? (Lebhafte Zurufe: Nein! Nein!) Sie waren der Letzte, der den Weg zur Einigung fand und Sie waren am Montag der Erste, der mit dieser Kritik aufgetreten ist. (Stürmische Zustimmung.) Der Parteivorstand, der sich das ganze Jahr herunterreißen läßt, hat alle Jahre einmal auf dem Parteitag das Recht, sich zu wehren. Toni Pfülf hat mir eine schwere Kränkung zugefügt, als sie uns zurief: „Denkt daran, daß auch Ihr jung wart!" Es ist doch so, daß jeder, der älter wird, um so häufiger und mit um so stärkerer Sehnsucht an die entschwundene Jugend zurückdenkt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch ich war in meiner Jugend ein Stürmer und Dränger, aber damals waren in den Gewerkschaften wie in der Partei der Gedanke der Disziplin und der Gemeinsamkeit — und für meine Person will ich noch sagen — der Gedanke des autoritären Glaubens an die große Mission, die die Sozialdemokratie zu erfüllen hat, untrennbar verbunden mit dem Vertrauen zu den selbstgewählten Führern der Arbeiterschaft. (Sehr gut!) Ich habe die Aufgabe des jungen Arbeiters nicht darin erblickt, immer Kritik zu üben. Im Jahre 1923 habe ich bereits erklärt, sollte die Levi-Korrespondenz über den Rahmen einer Korrespondenz hinausgehen, so wird die Partei gezwungen sein, dazu Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand hat in seiner unendlichen Duldsamkeit die Dinge noch weitergehen lassen und wenn ihn ein Tadel trifft, so der, daß er nicht schärfer und früher zugefaßt hat. Wir haben dann die Erfahrung einer Spaltung umsonst durchlebt. (Sehr richtig.) Der Parteivorstand hat die Pflicht, das Palladium der Einheit als höchtes Gut zu schützen und alle Wetterzeichen einer Spaltung zu beachten. Die dicken Rundschreiben, die unter der Jugend verbreitet werden, sind nicht jugendliches Austoben, sondern das ist organisierte Quertreiberei zur Zerstörung der Partei im Interesse von Leuten, die von Moskau aus mit Geld gespickt werden und diese Arbeit zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben. (Sehr wahr!) Gegen den Nelsonbund mußten wir Stellung nehmen, das war eine Art Geheimbund innerhalb der Partei. So zerrissen wir ihn und werden das gegenüber allen ähnlichen Erscheinungen tun.

Eine Gesinnungsgemeinschaft schließt schon an sich ein, daß die Meinungsfreiheit des einzelnen eine Begrenzung dadurch findet, daß er in die Gemeinschaft mit Gesinnungsfreunden geht. (Sehr gut!) Wer eine Gesinnungs- und Kampfesgemeinschaft eingeht, gibt damit einen Teil seiner individuellen Freiheit an die Organisation ab und wer Führer dieser Gruppe wird, gibt einen großen Teil seines eigenen Ichs ab an die Durchführung der Absichten und Beschlüsse dieser Korporation. So sind wir alle Teile eines Ganzen und des Ganzen wegen da. Aber etwas anderes: Als der Parteivorstand hier am Freitag erschien und die „Roten Falken", die Mädeln und Knaben mit ihren roten Fahnen, mit Pfeifen und Trommelklang durch die Stadt marschierten, da hatten wir nicht das Gefühl, daß das Byzantinismus sei, sondern daß die Arbeiter Kiels uns ihr Bestes, ihr Kostbarstes schickten, um uns zu zeigen: hier, unsere Liebe gehört zur Partei! Das hat uns überwältigt und manchem von uns Tränen in die Augen getrieben. (Stürmischer Beifall.) Der „Soz. Pressedienst" brachte einen kurzen gedrängten Bericht darüber. Das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau schreibt dazu: „Der SPD. bringt folgendes überschwängliches Stimmungsbild aus Kiel: Sie kommen, sie kommen!" das „Volksblatt" fortwerfend, — Pfui Teufel, sage ich. —. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Nicht um uns handelt es sich dabei, sondern darum, daß man jede Gelegenheit benutzt, die Liebe zur Partei zu untergraben. Die Aufgabe jedes Parteigenossen, insbesondere der beamteten Genossen muß es sein, zu fragen: wie nütze und diene ich der Partei. Die kommenden Wahlen, die Wahlen gegen den Bürgerblock, sollen der Sozialdemokratie die Macht in die Hand geben. Wir beglückwünschen die Parteigenossen in Mecklenburg zu ihrem Erfolg und danken den Mecklenburger Kameraden zu ihrem tapferen Kampf! Wir wollen, daß von diesem Parteitag der Antrieb aufgeht zum Sieg, zur gemeinsamen Schlacht. Oft kommt es nicht darauf an, was, sondern wie man es sagt. Das sollten wir lernen: In notwendigen Dingen die Einheit, in strittigen Dingen die Freiheit. Vor allem Liebe, vor allem Gerechtigkeit zueinander! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Es folgen die

Abstimmungen

Vorsitzender Wels: Der Antrag Leipzig mit einer Mißbilligung gegen Gregersinski ist zurückgezogen. Da hätten wir uns einen großen Teil der Debatte sparen können. (Heiterkeit.) Die Anträge zum Kommunistischen Programm bitte ich durch Beschlüsse der kommunalpolitischen Tagung und die dort beschlossenen Richtlinien für erledigt zu erklären. Es wird so beschlossen. Die Anträge auf Schaffung eines preußischen Parteitages und einer preußischen Landesorganisation sehen Parteiausschuß und Parteivorstand so an: sie halten es für wünschenwert, daß die preußischen Genossen mit ihrer Landtagsfraktion in engstem Konnex stehen und sind bereit, vor der nächsten Landtagswahl einen Parteitag einzuberufen. So wird beschlossen.

Die Anträge, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion vor wichtigen Entscheidungen die Gesamtpartei befragen, werden abgelehnt, nach der Erklärung von Wels, daß der Parteivorstand keine Selbstmordabsichten habe und immer engste Verbindung mit der Fraktion halten werde. Den Antrag auf Schaffung eines Berliner Lokalblattes hat Hamburg zurückgezogen. Die Entschließung, der Parteivorstand möge dahin wirken, den „Vorwärts" zu einem wirklichen Zentralorgan auszubauen, wird angenommen. Der Antrag, wonach von den Mitgliedern des Parteivorstandes nur die Hälfte ein Mandat erhalten darf, wird abgelehnt. Die Anträge, die die Abhaltung der Frauenkonferenz vor dem Parteitage wünschen, werden ebenfalls abgelehnt, um den Parteivorstand in dieser Beziehung Freiheit zu lassen. Ebenso abgelehnt wird ein Antrag Chemnitz auf Wiedererscheinen der Gleichheit" und Schaffung eines Reichsfrauenarbeitsausschusses. Desgleichen ein Antrag Nürnberg auf Beseitigung der Doppelmandate. Den Antrag Berlin, der Vereinigung sozialistischer Akademiker, die Auflösung anzuempfehlen, bittet der Parteivorstand abzulehnen, weil die Konsequenz für die anderen Vereine nicht abzusehen sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Antrag, der ein Verbot der Mitarbeit am „Volksstaat" fordert, erklären Parteivorstand und Parteiausschuß, daß sie keinen Genossen kennen, der mitarbeitet. Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen. Hinsichtlich der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Arbeiterjugend auf 20 Jahre festgesetzt, mit der Maßgabe, daß mit 18 Jahren der Eintritt in die Partei zu vollziehen ist. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

Es folgen die Anträge zur Beamtenfrage. Zunächst wird die Erklärung des Parteiausschusses und Parteivorstandes genehmigt. Dadurch sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme eines Antrages, der fordert, daß die Kandidaten der Partei freigewerkschaftlich organisiert sein sollen, soweit eine gewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist. Ueber die Resolution Aufhäuser zur Beamtenfrage ist namentliche Abstimmung beantragt. Zunächst wird mit großer Mehrheit der Zusatzantrag Steinkopf angenommen, der an Stelle der Vorschrift eine Empfehlung setzt. Nunmehr bittet Wels, den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen, da er nur die Einigkeit störe. Künstler (Berlin) zieht den Antrag zurück und die Resolution Aufhäuser-Steinkopf wird angenommen. Angenommen wird auch der Antrag Hamburg auf Unterstützung der Genossenschaftsbewegung. Einige Anträge beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit zu bürgerlichen Sport- und Kulturvereinen. Parteivorstand und Parteiausschuß erklären, daß sie die Unterstützung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung für eine wichtige Aufgabe der Parteigenossen halten. Aber man solle nicht hinter jedem Schritt eines Genossen den Parteischutzmann stellen. Aus sogenannten Kulturvereinen auszutreten, könne man generell nicht vorschreiben. Die Anträge werden abgelehnt, angenommen wird nur ein allgemeiner Antrag, daß Parteigenossen nur solchen Vereinen angehören dürfen, die die sozialdemokratische Partei nicht schädigen.

Es folgen die Anträge auf Vertretung des Personals der Parteigeschäfte in der Konzentration. Wels macht nochmals darauf aufmerksam, daß nach der Wahl durch den Parteitag die Genossen Ludwig und Bartels die Geschäfte der Partei bearbeiten und die Konzentration leiten. Davon könne ohne Abänderung des Parteistatuts nicht abgegangen werden. Die Anträge werden abgelehnt. Soweit diese Anträge die Vertretung des Personals in den einzelnen Geschäftsleitungen fordern und Vertreter der versicherten Parteigenossen in der Leitung der Unterstützungskasse, werden sie als erledigt angesehen, weil sie schon erfüllt sind. Der Antrag auf Nachprüfung der Ausschlüsse wegen Beteiligung an Rußlandbelegationen wird gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt nachdem Wels erklärt hat, daß niemand aus der Partei ausgeschlossen worden sei, weil er sich nach Rußland habe delegieren lassen. Den Antrag Leipzig auf Errichtung einer Filiale Leipzig der Arbeiterbank bringt der Parteivorstand wegen Unzuständigkeit des Parteitages nicht zur Abstimmung; dem wird zugestimmt.

Eine Zahl von Anträgen und Anregungen zur Organisation und Agitation werden dem Parteivorstand überwiesen. Angenommen wird unter Heiterkeit ein Antrag, der eine jährliche Kontrolle der Mitgliedsbücher fordert. Die Anträge auf Unterstützung der Weltsprache Espe-

Alle Gummiwaren Fahrrad-Mäntel -Schläuche Hosenträger Dauerwäsche | Spielsachen Wachstuche Turnschuhe Bettstoffe Schürzen | billigst Qualitätswaren Spezialgeschäft | Gummi-Rieder Halle a. S. Gr. Steinstraße (Marktnähe) 3069

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0010

ranto werden abgelehnt, da die Partei als politische Körperschaft dafür nichts tun könne. Abgelehnt werden ferner die Anträge, dem Parteivorstand zur Pflicht zu machen, daß die Ergebnisse aller Abstimmungen in den Parlamenten zahlenmäßig bekanntgemacht werden. Der Parteivorstand erklärt, daß die Kontrolle in dieser Beziehung in den Bezirken erfolgen müßte. Abgelehnt werden auch die Anträge über die Abzüge der Diäten durch die Partei. Endlich werden auch abgelehnt die Anträge auf Einführung einer allgemeinen Sterbeversicherung für Parteimitglieder und die Anträge, die ein Verbot einer Sterbeversicherung fordern

Hinsichtlich des Organisationsstatuts wird das Eintrittsgeld auf mindestens einen Wochenbeitrag festgesetzt. Alle Aenderung der Beitragsleistung — Staffelung der Beiträge und Aenderung des Delegations- und Stimmrechts auf Parteitagen — werden abgelehnt, weil die Fragen bei der nächsten Statutenrevision behandelt werden sollen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wird auch der Antrag Leipzig auf Beseitigung der Umlage der Parteigeschäfte nach dem Umsatz. Auf Vorschlag des Parteivorstandes wird eine Aenderung im Statut beschlossen, durch die es den Parteigenossenschaften zur Pflicht gemacht wird, die Beisitzer zu einem Schiedsgericht binnen vier Wochen zu ernennen.

Die von der Kontrollkommission beantragte Entlastung wird dem Parteivorstand erteilt. Dagegen stimmen unter großer Bewegung des Parteitages einige sächsische, besonders Chemnitzer Delegierte.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet Vogel (Nürnberg). Zum Parteitag delegiert sind 417 Vertreter, davon 54 Frauen. Anwesend sind 415 Vertreter, davon 53 Frauen, außerdem 15 Genossen als Vertreter der ausländischen Bruderparteien. Unter den anwesenden sind gewählte Delegierte 290 (35 Frauen), Reichstagsfraktion 26 (3), Parteiausschuß 42 (10), Kontrollkommission 8 (1), Parteivorstand 19 (3), Agrarkommission 10, Vertreter verschiedener Parteiinstitutionen 12 (1), außerdem ein Referent. — Der Berichterstatter beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären, der Parteitag beschließt demgemäß.

Schluß des Verhandlungsberichts im Hauptblatt

Reichskonferenz für Kommunalpolitik.

Als Auftakt zum Kieler Parteitag fand Sonntag vormittag die die erste kommunalpolitische Reichskonferenz statt. Daß die kommunalpolitische Zentralstelle beim Parteivorstand damit einem langgehegten und oft ausgesprochenen Wunsch Rechnung getragen hat, zeigte der überaus gute Besuch, — weit über 300 Teilnehmer aus allen Gemeinden Deutschlands sowie eine große Anzahl der Parteidelegierten waren anwesend. Außerdem konnte der Vorsitzende des Kommunalpolitischen Beirates, der Genosse Stelling, als Parteivorstandsmitglied bei der Eröffnung eine Reihe Ehrengäste begrüßen, die auch ihrerseits herzliche Worte an die Konferenz richteten. Als Vertreter der Kieler Parteiorganisation begrüßte, zugleich im Namen der Stadtverordnetenfraktion, Genosse Schweitzer die Delegierten.

In seinen weiteren Worten betonte Genosse Stelling die Notwendigkeit der Förderung und des Ausbaues der Zusammenarbeit durch ähnliche Tagungen und Konferenzen.

Referate und Aussprache gaben dann auch ein beredtes Zeugnis davon. Wenn auch in der letzten Zeit die Frage der Lastenverteilung zwischen Gemeinden, Ländern und Reich fast erschöpfend debattiert wurde, so empfand man wohltuend, daß der Stadtrat Genosse Reuter es verstand, in seinem Referat „Der Finanzausgleich und die Gemeinden" diese Materie einmal grundsätzlich zu behandeln. Ausgehend von der Erzbergerschen Steuerreform stellte er die Forderungen der Gemeinden bei der zu erstrebenden zentralen Regelung aller finanziellen Beziehungen der öffentlichen Körperschaften durch das Reich dar. Bei der Neuregelung des Finanzausgleichs müssen die Gemeinden folgendes verlangen:

a) Reichsrahmengesetzgebung auch für die Gemeindesteuern, insbesondere aber für Gewerbesteuer, Grundsteuer und Hauszinssteuer unter Ablehnung der Forderung nach einem sogenannten Höchstbelastungsgesetz,
b) reichsgesetzliche Regelung des Verteilungsschlüssels für die Steuerüberweisungen zwischen den Ländern und Gemeinden;
c) reichsgesetzliche Regelung für den interkommunalen Lastenausgleich.

Das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer sowie jede Tendenz zur ungerechtfertigten steuerlichen Bevorzugung agrarischer Teile ist grundsätzlich abzulehnen. Nur die engste Zusammenarbeit der in den zentralen Organisationen der Gemeinden tätigen Genossen mit der Reichstagsfraktion durch die Vermittlung der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand kann es ermöglichen, daß die großen kultur- und sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs gegenüber den Angriffen der Wirtschaft gestützt werden.

Genosse Dr. Marschak sprach zu den heute sehr im Vordergrund der Debatte stehenden Problemen der Fernversorgung. Unser Ziel möglichst billige und möglichst allgemeine Belieferung der Verbraucher mit Kraft, Licht und Wärme in Form von Gas oder Elektrizität ist nur schrittweise zu erreichen, da es als öffentliche Monopolisierung, d. h. Sozialisierung durch öffentliche Körperschaften, die Hindernisse und Widerstände des Privatmonopols überwinden muß. Das Bestreben der Privatinteressenten, das Wegerecht für sich zu erhalten, muß schärfstens bekämpft werden. Damit wendet sich die Sozialdemokratie nicht gegen ein Reichswegerecht.

Zum letzten Tagesordnungspunkt sprach der Bürgermeister Genosse Hirsch, M. d. L. Er gab einen Ueberblick über die von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern in den Städten und Gemeinden geleistete Arbeit und zeigte damit die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Kommunalprogrammes.

Die Versammlung griff dann in der Debatte die Vorschläge und Anregungen des Referenten auf und beauftragte durch Annahme folgender Entschließung den Kommunalpolitischen Beirat mit der Ausarbeitung:

„Die Konferenz stimmt den Ausführungen des Referenten grundsätzlich zu und beauftragt den Kommunalpolitischen Beirat beim Parteivorstand mit der Ausarbeitung von Richtlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik und gegebenenfalls eines sozialdemokratischen Kommunalprogramms. Die Richtlinien bzw. das Programm sind einer späteren kommunalen Konferenz zur Genehmigung zu unterbreiten. Dem Kommunalpolitischen Beirat wird das Recht der Zuwahl erteilt."

Donach konnte der Genosse Stelling die Tagung schließen.

Sport und Spiel.

Neues vom Fußball-Kreismeister.

Am Sonnabend weilte Fortuna I (Dölau) bei Sportvereinigung Hildesheim zum Rückspiel. Nach einem herrlichen Spiele gewann Dölau 1:0 und machte somit die hier erlittene Niederlage wieder quitt. Das Spiel wurde vor zirka 8000 Zuschauern ausgetragen. Am Sonntag erlitt die Elf dann in Braunschweig die schon erwähnte Niederlage von 2:1. Berücksichtigt man aber, daß Dölau mit drei Mann Ersatz spielen mußte und Sonnabend schon ein Spiel ausgetragen hatte, so kommt diese Niederlage nicht überraschend.

Nächste Spiele:
Himmelfahrt:
Eutritzsch I — Fortuna I.
Sonntag, den 29. Mai:
Kröllwitz I — Fortuna I.
2. Pfingstfeiertag:
Vorwärts (Chemnitz) I — Fortuna I.

*

Zum Himmelfahrtstreffen schreibt man uns noch: Eutritzsch ist Bezirksmeister von Leipzig und verlor um die dortige Kreismeisterschaft gegen den Bundesmeister DSV. 1910 4:2; Fortuna verlor gegen den Bundesmeister 6:1. Die Paarung ist somit eine sehr glückliche.

Sportplatz „Bahnhof Heide" Dölau
Himmelfahrt ½4 Uhr: 3115
Vorwärts Eutritzsch I — Fortuna Dölau I
(Bezirksmeister) (Kreismeister)

Arbeiter-Radrennen in Halle.

Am 29. Mai 1927 findet auf dem Stadion zu Halle ein Bahnrennen, offen für ganz Deutschland, statt. Es ist gelungen, die besten Fahrer des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" nach Halle zu verpflichten. Für das Zweier-Mannschaftsrennen haben Fahrer aus Berlin, Nürnberg, Magdeburg, Chemnitz usw. gemeldet, so daß es hier ein interessantes Rennen geben wird. Aber auch das Eröffnungsfahren, offen für Gau 17, wird ein guter Kampf werden. Kommen doch hier zum erstenmal die Fahrer aus dem Gau 17 auf der Bahn zusammen. Das Hauptfahren über 5 Runden und das 10-Kilometer-Punktfahren weist gute Meldungen auf. Um auch den Saalsport zu Worte kommen zu lassen, findet ein Radball-Wettkampf zwischen Leipzig und Halle statt. Auch die Sportlerinnen der Ortsgruppe Halle im Sechser-Kunstreigen, welche überall den größten Erfolg errungen haben, werden dazu beitragen, der Veranstaltung einen würdigen Verlauf zu geben.

Berichterstatter-Zentrale

Am Himmelfahrtstag findet in der Zeit von ½7 bis ½9 Uhr im „Volkspark" Sportberichterstattung statt. Telephon Nr. 290 25.
J. A.: Franz Pabst.

2. Kreis (ATSB.), 6. Bezirk

Fußball

Allen Vereinen zur Kenntnis, daß Sportverein Kröllwitz seinen eignen Sportplatz in Betrieb gesetzt hat. Derselbe liegt in unmittelbarer Nähe der Endstation der Linie 8. Umkleidungslokal „Lindenhof", Kröllwitzer Straße.

Bekanntmachungen des Hauptspielausschusses.

Am Sonntag, dem 29. Mai, finden folgende Spiele statt:

1. Als Serienspiele:

I. Klasse:

Spiel 207	½5 Uhr	Viktoria I — Giebichenstein I	(Ballschuh-Sportlust)
„ 208	½5 „	Fortuna I — Kröllwitz I	(Müller-Sportlust)
„ 209	½5 „	Askania I — Minerva I	(Woita-Wörmlitz)
„ 227	½5 „	Zörbig I — Teicha I	(Hillebrecht-Minerva)
„ 228	½5 „	ASC. I — Sportbrüder I	(Eurich-Viktoria)
„ 229	½5 „	Fichte I — Wörmlitz I	(Damm-Fortuna)
„ 243	½5 „	Trotha I — Lettin I	(Harzdorf-Viktoria)
„ 245	½5 „	Sportlust I — Bruckdorf I	(Harnisch-Zörbig)

II. Klasse.

Spiel 258	3 Uhr	Viktoria II — Giebichenstein II	(Lettin)
„ 259	3 „	Fortuna II — Kröllwitz II	(Reideburg)
„ 260	3 „	Askania II — Minerva II	(Trotha)
„ 278	3 „	Zörbig II — Teicha II	(Brachstedt)
„ 279	½5 „	Diemitz I — ASC. II	(Kröllwitz)
„ 280	3 „	Fichte II — Wörmlitz II	(Askania)
„ 294	½5 „	Reideburg I — Lettin II	(Fichte)
„ 295	3 „	Teutonia II — Ammendorf II	(ASC.)
„ 296	3 „	Sportlust II — Bruckdorf II	(Teicha)

III. Klasse.

Spiel 315	½2 Uhr	Viktoria III — Löbejün I	(Sportlust)
„ 316	½2 „	Fortuna III — Kröllwitz III	(Giebichenstein)
„ 332	½5 „	Löbejün II — Teicha III	(Reideburg)
„ 346	3 „	Trotha III — Lettin III	(Viktoria)
„ 347	½11 „	Cölme I — Ammendorf III	(Fortuna)
„ 348	½2 „	Askania III — Reideburg II	(Minerva)

Jugendklasse.

Spiel 357	¼1 Uhr	Fortuna 1. — Kröllwitz 1.	(Cölme)
„ 358	¼1 „	Askania 1. — Minerva 1.	(Fichte)
„ 359	¼1 „	Viktoria 1. — Wörmlitz 2.	(Diemitz)
„ 375	¼4 „	ASC. 1. — Viktoria 2.	(Bruckdorf)
„ 377	¾2 „	Fichte 1. — Wörmlitz 1.	(Sportlust)
„ 386	¾2 „	Teutonia 1. — Ammendorf 1.	(Minerva)
„ 387	11 „	Sportlust 1. — Bruckdorf 1.	Wörmlitz)

Die Spiele 245, 296 und 387 finden auf dem Minervaplatz statt. — Die Spiele 295 und 386 finden in Lettin statt. — Das Spiel 347 findet in Dölau statt.

2. Als Pflichtgesellschaftsspiele:

½3 Uhr	Brachstedt I — Gröbers II	(Löbejün)
½2 „	Diemitz III — ASC. III	(Ammendorf)
½2 „	Trotha Jgd. — Zörbig Jgd.	(Sportbrüder)
½1 „	Fichte 2. Jgd. — Lettin Jgd.	(Fortuna)

3. Als Gesellschaftsspiele:

½2 „	Giebichenstein III — Lieskau I	(Zörbig)
3 „	Diemitz II — ABB. I Mötzlich	(ASC.)
¼4 „	Löbejün Jgd. — Teicha Jgd.	(Trotha)

Handball

Spiele für 29. Mai.

4 Uhr: Fichte (Ammendorf) I — Minerva I (Queis, Dohre, ABB.)
5 Uhr: Seeben I — Bitterfeld 09 I (Seeben, F. Albig, Fichte)
3 Uhr: Adler I — Achilles I (Atlas)
12 Uhr: 09 I — Atlas I (Adler)
2 Uhr: Adler II — 09 II (Achilles)
10 Uhr: Queis II — Osmünde II (Sportlust)
11 Uhr: Queis I — Osmünde I (Sortlust)

Sportlerinnen.

3 Uhr: Sportlust — Minerva (Queis) (Teicha)
3 Uhr: Fichte I — Südenburg I (Minerva) (Othello)
4 Uhr: Fichte II — Südenburg II (Seeben) (Seeben)

*

Zum Städtespiel am 29. Mai werden 14 Quartiere für Sonnabend und Sonntag gebraucht. Meldungen bis heute abend (Börse) dringend erbeten.
Werge, Obmann.

Vereinsmitteilungen

Freier Wassersportverein Halle. Sonnabend, den 28. Mai, abends 7.30 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung findet im Bade statt. Tagesordnung: Einweihung am 12. Juni. 3120

HSC. Sportlust 07, Halle. Alle Mitglieder treffen sich Himmelfahrt bei günstiger Witterung Kröllwitzer Brücke ½8 Uhr zum Ausflug nach der Heide. 3118

Sportvereinigung „Ludwig Jahn", Eisleben. Alle Mitglieder, die gewillt sind, Donnerstag, den 26. Mai (Himmelfahrt), die Turnfahrt ins Holz mitzumachen, sammeln sich früh ½8 Uhr in der Turnhalle. 3117

Germania-Felsenfest, Halle. Unser Himmelfahrtsausflug fällt wegen schlechter Witterung aus. Treffpunkt 10 Uhr im Vereinslokal zum Preiskegeln. 3116

Nach den Spielen des Sonntags um die Deutsche Fußballmeisterschaft hat der Bundesspielausschuß für die Vorschlußrunde am Sonntag, dem 29. Mai, die Spiele wie folgt festgesetzt: in Leipzig: Hertha-BSC. — Spielvereinigung Fürth (Schiedsr.: Fuchs, Leipzig); in Nürnberg: SV. 1860 München — 1. FC. Nürnberg (Schiedsr.: Graak, Hamburg).

Tatsachen beweisen!
VERSALE
das vollkommene Waschmittel
wurde vom Reichsverband Deutscher Hausfrauen-Vereine Leipzig geprüft und mit dem → Sonnenstempel ausgezeichnet.

Der beste Beweis für die Güte und Preiswürdigkeit.

3136

in Qualität, Auswahl und Preis unübertroffen
H. Prophete, Rannischestr. 15
Von 10 Mk. Anzahlung und 3 Mk. Wochenrate

Verlobungsringe
große Auswahl
Gold,
gestemp. 333, 585, 750, 900
von 4,- 6,- 8,- 10,- 15,- 20,-
bis 50,- Mk.
In Doublé u. Charnier
von 1,- 1,50 2,- 2,50
H. Schindler
Kleine Ulrichstr. 35

Bekanntmachung.

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 19 681 bis 28 160 (Pfandscheine in schwarzem Druck) wird vom 21. Juni 1927, von 9 Uhr vormittags an, im Leihamt, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 11. Juli 1927 bis 10. Juli 1928 abgehoben werden.

Halle, den 24. Mai 1927. 3106

Das Leihamt der Stadt Halle.

Volkspark.
Täglich:
Kräftigen Mittagstisch zu 75 Pfennig. 2633

Aushilfskellner
für Sonntags bei schönem Wetter gesucht. Erforderliche Garderobe muß vorhanden sein. — Meldungen unter Vorlage von Personalpapieren Sonnabends 11—1 Uhr, Sonntags 10—1 Uhr beim 3122
Arbeits- u. Berufsamt, Halle (S.) Fachabteilung für das Gastwirtsgewerbe, **Gr. Berlin 14 I.**

Schülermützen
für alle Schulen
3,50—5,00 Mk.
Regattamützen
von 2,00 Mk. an
J. Kaliga,
Mützenfabrikant,
Große Klausstr. 35.

Speisezimmer,
Schlafzimmer, Küchen, Sofas, Chaiselongues, sowie alle Einzelmöbel verkauft billigst
Otto Bernhardt,
Herrenstraße 19.

sich fürs Frühjahr neu einzukleiden?
Sie kaufen bei uns nicht nur gut und billig, sondern auch bequem durch unser System
alles auf Teilzahlung

Auch Ihre Garderobe wird der Erneuerung bedürfen. Wir helfen Ihnen, sich auf bequeme Art wirkliche Qualitätsware anzuschaffen. Unsere Preise sind billig. Unsere Auswahl ist groß. Die Teilzahlungen sind klein.

Wir führen:
Herrenanzüge, Sportanzüge, Herrenmäntel, Gummimäntel, Windjacken. Damenmäntel, Kleider, Kostüme, Bett-, Leib- u. Tischwäsche, Oberhemden. Schuhwaren für Damen und Herren. Federbetten, Steppdecken. Möbel aller Art.

Besuchen Sie uns i. d. Vormittagsstunden, weil nachmittags der Andrang zu groß ist.

Kein Laden **Carl Klingler** Halle a. S., Leipzigerstr. 11 1. Etage Eingang Kl. Sandberg Kein Laden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0011

Blatt der Frau.

Der Sommer als Freund und Feind der Hausfrau.

Eine lehrreiche Ausstellung. / Großmutters Kräuterkasten. Tausend Worte Haustrauenweisheit.

Sommer, das heißt Naturgenuß, Ausspannung, Ferienzeit, Wandern und Reisen. Die Hausfrau freilich sieht diese Zeit mit gemischten Gefühlen nahen. Denn der Sommer ist ihr Feind und Freund zugleich. Freund: der Haushalt wird entlastet, wer von der Familie sich freimachen kann, strebt aus den engen vier Wänden, um die wenigen schönen Wochen auszunutzen; die Arbeit in der Küche wird leichter, Obst und Gemüse machen den häuslichen Tisch abwechselungsreicher und seine Versorgung einfacher. Aber er ist auch ihr Feind, das Reich der Hausfrau wird von der Hitze und ihren Folgeerscheinungen schwer in Mitleidenschaft gezogen, jetzt muß sie höchste Sorgfalt anwenden, damit die Speisen nicht unter der Hand verderben, das Ungeziefer macht sich unangenehm bemerkbar, die hohen Temperaturen bringen körperliche Schäden leichterer oder gefährlicher Art mit sich.

An alles dies haben die Berliner Hausfrauen gedacht, die soeben in ihrer Berliner Zentrale eine ebenso lehrreiche wie amüsante Ausstellung unter dem Titel „Der Sommer als Freund und Feind der Hausfrau" eröffnet haben. Was hier in wenigen Zimmern an Neuem und Altem geboten wird, sind tausend Worte Haustrauenweisheit für die warmen Monate, Ratschläge und Erfahrungen, die in dieser Darbietung vorbildlich wirken und auch in anderen Städten des Reiches wiederholt werden sollen. Hier wird wieder einmal gezeigt, wie sich die Industrie von heute die Erfahrungen der deutschen Hausfrau zunutze gemacht und in zahllosen neuen Artikeln für Küche und Haus praktisch verwertet hat. Hier zeigt sich der Sommer als Freund. Man sieht zweckmäßig gebaute Eisschränke in allen Größen und für alle Börsen berechnet, eine Kochkiste, die als Kühlapparat dient und aufs billigste bedient werden kann, eine elektrische Kleinküche, die keine Hitze entwickelt, praktische Koffer, mühelos und ohne Umstände zu tragen, die dennoch die Ausrüstung für einen dreiwöchentlichen Ausflug in musterhafter Zusammenstellung aufnehmen können.

Wichtiger ist natürlich, die Gefahren des Sommers richtig zu erkennen und ihnen beizeiten vorzubeugen. Da tritt man vor Großmutters Kräuterkasten, wo eine umsichtige Hausfrau 27 Sorten Hausmittel ausgestellt hat. Man sieht hier, wie der kategorische Imperativ der Gegenwart: „Sei jung und schön!" mit dem denkbar geringsten Aufwand an Kosten befolgt werden kann. Gurkenmilch und Petersilie sind hervorragende Kosmetika von vorzüglicher Wirkung auf die Haut, aus Klettenwurzeln und Brennesseln gewinnt man ausgezeichnetes Haarwasser, Mistkraut ist nicht nur in der Bowle zu schätzen, sondern wirkt vorzüglich gegen Motten. Unsere Großmütter wußten, warum sie in ihren Wäscheschränken Lavendel gebrauchten. Dieses Mittel ist unschätzbar in der Bekämpfung der Motten und nimmt überdies der Wäsche den Geruch der Seife, um ihr dafür einen wundervollen Duft zu verleihen. Die schweißtreibenden, blutreinigenden, hustenlösenden Mittel, die Kräuter gegen Nierenleiden, für Umschläge und Fußbäder, wie Ebereische, Schwarze Malve, Hollunderblüten, Birkenblätter, Stiefmütterchen, Salbei und Heusamen, sind bekannt genug. Daneben zeigt man, wie man auf einfache und doch wirksame Art die Motten bekämpft. Wer sich keinen besonderen Kasten oder Schrank für diesen Zweck leisten kann, verfertigt sich große Tüten aus Zeitungspapier, die oben sorgfältig zugeklebt werden, oder er stellt in einen dunklen Raum, wo die betreffenden Kleidungsstücke aufbewahrt werden, eine Mottenfalle; eine mit Wasser gefüllte Schüssel, in der ein einfaches brennendes Nachtlicht schwimmt, das die Motten anlockt, um ihnen ein kühles Grab zu bereiten.

Erfahrene Hausfrauen mit langjährigem Praxis werden wahrscheinlich lächeln, wenn man ihnen alle diese Ratschläge sozusagen als Neuigkeiten vorsetzt. Aber es gibt ja noch genug junge Leute, deren Erfahrung auf diesem Gebiet noch nicht allzu groß ist, und die Fälle von Speisevergiftungen, die in jedem Sommer häufig genug vorkommen, beweisen, daß in der Küche noch immer nicht genug Vorsicht bei der Behandlung der Vorräte geübt wird. Die Berliner Hausfrauen haben große Merktafeln aufgehängt, aus denen die Novizin der Küchenkünste wertvolle Unterweisung schöpft. Besondere Vorsicht ist bei der Verwendung von Pilzen geboten. Pilzkochwasser darf nicht gebraucht werden, weiche, schleimige, schimmlige und madige Pilze sind schleunigst fortzuwerfen. Obst und Gemüse, die Hauptbestandteile der Nahrung im Sommer, müssen frisch sein. Dasselbe gilt vom Fleisch. Lunge, Herz und Nieren darf man nicht liegen lassen, sie müssen am selben Tag verbraucht werden. Beim Fisch muß die Haut fest sein, Kiemen müssen rot, Augen nicht eingesunken sein. Bei Fischen ist im Sommer überhaupt Vorsicht, aber keine Angst am Platze! Leberwurst darf man nur für den Tagesbedarf einkaufen, geräucherte Fische, die sehr leicht verderblich sind, nur uneingewickelt aufheben. Fleischbrühe soll man ohne Grim kochen, nach dem Erkalten sorgfältig abgießen, da der Satz säuert.

Es ist ein unschätzbarer Anschauungsunterricht, der hier in der denkbar angenehmsten Form geboten wird.

Zur Frage des Mutterschutzes

bringt der Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche Fürsorge Ausführungen, die zunächst eine Darstellung der im Arbeitsschutzgesetzentwurf vorgesehenen Bestimmungen geben; kann aber auch die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen fordern. Dabei wird auf die große Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen unter Zugrundlegung der Statistik von 1907 verwiesen. Nach dieser Statistik waren damals in Deutschland 6 810 000 Frauen erwerbstätig, von denen 1 758 000 in der Landwirtschaft arbeiteten, ungerechnet die sogenannten mithelfenden Familienmitglieder. Seit jener Zeit haben sich die Zahlen zweifellos noch erheblich verschoben. Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen dürfte nicht im gleichen Maße gewachsen sein wie die der in der Industrie und anderen Berufen tätigen. Schon vor dem Kriege zählte man fast 9 Millionen berufstätige Frauen, und seitdem ist diese Zahl sicherlich noch erheblich gewachsen. In der Notiz des Vereins dürfte deshalb die Zahl mit etwa 8 Millionen zu niedrig angesetzt sein. Auch die internationale Arbeitskonferenz in Genf hat sich im Jahre 1921 für die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen ausgesprochen. Die Forderung muß auch unbedingt bei der bevorstehenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes mit aller Energie geltend gemacht werden.

Die Hausfrauenverbände, deren reaktionäre Einstellung ja bekannt ist, wenden sich aus angeblich „nationalen" Gründen gegen die Verbilligung des Gemüses durch die Einfuhr von holländischem Gemüse. Der Reichsverein setzt sich deshalb — genau wie die demokratische Reichstagsfraktion — dafür ein, daß die Anbringung von Plakaten über schnelle Gemüsebeförderung durch die deutsche Reichseisenbahngesellschaft unterlassen werden möge. Das ist eine interessante Illustration zur Zollgesetzgebung des Bürgerblocks.

Die Proletarierin auf dem Zarenthron.

Eine 200 Jahreserinnerung von Hedda Wagner.

Am 17. Mai waren es 200 Jahre, daß eine Frau starb, deren Leben so absonderlich war, daß es sich liest, wie ein Roman, und zwar wie ein spannender. So spannend, daß man, löse man diese Ereignisse in ihrer Unwahrscheinlichkeit nur in einem Buche, man sagen würde: „Erfindung!" — So etwas gibt es ja nicht! — Aber das Leben dichtet schon solche Sachen zusammen . . .

In Livland lebten arme Bauersleute, vorige aus Polen, ihrem Grundherrn entlaufen. Sie waren nach Marienburg geflohen, dort kamen sie an der Pest um. Ein kleiner Junge blieb übrig von der ganzen Familie Skawronski und ein Mädchen; ihn nahm ein Bauer zu sich — die kleine Martha ein gutherziger Pastor in Riga, den das bildschöne, aufgeweckte Kind jammerte. Dort hatte es es gut. Aber die Zeiten wurden immer unruhiger; Russen und Schweden lagen im Kriege. Letztere hatten eine Garnison in Marienburg, und um seinen Schützling möglichst gut zu versorgen, verheiratete der Pastor die kaum 14jährige Martha mit einem schwedischen Gardedragoner namens Johann. Tat er das vielleicht auch, um sie vor den Nachstellungen lüsterner Junker zu schützen, die in der kindlichen Schönheit Freiwild erblickten? Wer weiß es! Aber am selben Tage erstürmten die Russen unter General Scheremetjew den Ort; Johann verschwindet — ob tot, ob gefangen — im Kriegsgewühl; und seine Neuvermählte wird die Beute des Generals. Er gibt sie ihren Pflegeeltern nicht mehr zurück, sondern schleppt die junge Witwe als Kriegsgefangene, als Sklavin mit sich nach Rußland.

Als Scheremetjew nach kurzer Zeit in Ungnade fiel und von Menschikow abgelöst wurde, fiel diesem wie üblich, das ganze Hab und gut seines Vorgängers zu: darunter die schöne Martha. Aber Menschikow wußte, was er mit ihr anzufangen hatte; gerade war er mit seinem kaiserlichen Freunde, dem Zaren Peter in Unfrieden. Um die Huld Peters sich wieder zu erwerben, gab er ihm ein glänzendes Gastmahl mit besonderen Ueberraschungen, zu denen es gehörte, daß hinter den Stühlen der Herren nicht Lakaien, sondern schöne Mädchen dienend standen . . . So sah Zar Peter der Große Martha zum ersten Male! — Und Menschikow hatte richtig spekuliert: Peter fing sofort Feuer, und es bedurfte nur eines einzigen Wortes, so waren die beiden Freunde wieder versöhnt. Der Preis dieser Versöhnung war die blonde Martha.

Aus dem Proletariermädchen war nicht nur schön, sie war auch ungewöhnlich klug. Sie lebte in einem verschlossenen Hause in Moskau an des Zaren Seite; von aller Pracht umgeben, mehr noch: von aller Ehre, denn die Witwe des schwedischen Dragoners war inzwischen, wenn auch insgeheim, Peters rechtmäßige Gemahlin geworden, nachdem sie vorher zum griechisch-orthodoxen Glauben übergetreten war und den Namen Katharina empfangen hatte. Sie schenkte dem Zaren drei Töchter; zwei davon, Anna und Elisabeth, wurden die Nachfolgerinnen ihres Vaters, die dritte, Katharina, heiratete einen Herzog von Mecklenburg. Zum vollen Glücke des Zarenpaares, denn Peter hatte 1711 seine schöne Gemahlin auch öffentlich anerkannt und zur Zarin krönen lassen, fehlte nur ein Sohn und Erbe; denn wohl besaß Peter einen solchen von seiner ersten Gemahlin, doch war der unglückliche Alexei ein regierungsunfähiger Psychopath.

Katharina verstand es, ihren trotz seiner Fehler bedeutenden Gemahl, der ein Gemisch von genialen Kind und barbarischem Despoten war, zu behandeln. Da sie merkte, daß der Zar, der dem Trunke ergeben war, in solchem Zustande am leichtesten zu behandeln war, wurde sie zu seiner Mitzecherin, übte sich förmlich darin, um ihm Gesellschafterin und Ratgeberin sein zu können. Sie mag damals den Keim zu jener Krankheit gelegt haben, der sie als noch junge Frau erlag. Ihr Einfluß wurde immer größer, endlich unerschütterlich; als der totgeglaubte Gemahl nach Jahren auftauchte, erschütterte das ihre Stellung nicht im mindesten; der unbequeme Dragoner verschwand ganz einfach in Sibirien, das ja immer das stärkste Argument der Romanows gegen alles, was ihnen irgendwie nicht paßte, gewesen ist.

Die Urkraft des Volkes, fern von jeder Verweichlichung, blieb dem livländischen Bauernmädchen auch als Kaiserin treu; stets begleitete sie Peter auf seinen oft mühseligen Reisen, trotzte an seiner Seite jeder Beschwerde und Gefahr. Und einmal hatte sie ihre große Stunde: das war, als Peter am Ufer des Pruth mit samt seinem ganzen Heer nur mehr die Wahl hatte zwischen einem verzweifelten Kampfe gegen die Uebermacht der Türken, mit denen er damals kriegte, und schmählicher Ergebung. Katharina wagte sich ins feindliche Lager, ins Zelt des Großvesirs. Man sagt, sie habe ihn mit ihren Juwelen von unermeßlicher Kostbarkeit bestochen . . . Aber wie dem auch sei, jedenfalls hatte Katharinas Wagnis einen großen Erfolg; der Großvesir ließ sich in Unterhandlungen ein, begnügte sich mit einem Frieden, der der Pforte nur mäßigen Gewinn brachte. Rußland und Peter waren gerettet. Er hat diese Tat seiner Frau nie vergessen; Beweis dafür ist, daß er sie zu seiner Nachfolgerin erklärte, und nur sein plötzlicher Tod am 8. Februar 1725 hat die schriftliche Niederlegung dieses vor Zeugen mündlich erklärten letzten Willens verhindert. Der Erzbischof von Nowgorod bestätigte das Zaren Absichten, und Katharina wurde vom Senat, der Armee und der Aristokratie als Selbstherrscherin anerkannt. Als Katharina I. regierte sie noch zwei Jahre allein, beraten und unterstützt von ihrem alten Freunde Menschikow, dem einstigen Bäckerbuben und jetzigen General und Staatsminister.

Ein schöner Zug in Katharinas Charakter ist, daß sie sich nie ihrer bäuerlichen Herkunft schämte. Es war ein freudiger Tag für sie, als ihr Gemahl ihren Bruder Skawronski, einen schlichten Bauernburschen, aufgefunden hatte und ihr zuführte. „Küsse Katharina das Kleid, denn sie ist deine Kaiserin" sagte Peter zu dem gewiß verdutzt dreinschauenden Schwager, „aber dann küsse sie auf den Mund, denn sie ist deine Schwester!" Von diesem Muschik, der natürlich alsobald unter die Hofwürdenträger eingereiht ward, stammte das gräfliche Haus Skawronski ab.

A. 17. Mai 1727 starb Katharina I., kaum 38 Jahre alt, nachdem sie etwas mehr als zwei Jahre allein regiert hatte. Sie hatte Peters Enkel, des unglücklichen Alexei Sohn, sorgfältig erzogen und zu ihrem Nachfolger bestimmt, nachdem sie ihn mit Menschikows Tochter verlobt hatte. Ist es nicht wie ein symbolisches Vorspiel kommender Geschehnisse, das zwei Gestalten aus dem Volke, der Bäcker Menschikow und das Bauernmädchen Katharina, das Erbe Peter des Großen übernahmen und weiterführten? Ein Vorspiel dessen, daß dereinst das Proletariat das gewaltige Rußland beherrschen sollte . . .

Jeden Morgen ein Glas Wasser — das beste Schönheitsmittel.

Die teuersten Schönheitsmittel, so erklärt die Schönheitsfachverständige eines Stockholmer Blattes, helfen nichts, wenn man nicht gleichzeitig für offene und reine Poren sorgt. Sehr viele Frauen nehmen Dampfbäder für das Gesicht, unterziehen sich einer Massagekur, gebrauchen die verschiedensten Salben und denken dabei gar nicht an die Reinheit ihres Magens. Um den Magen immer sauber zu halten, muß man ihn jeden Morgen einfach spülen. Das geschieht am leichtesten dadurch, daß man auf nüchternen Magen ein Glas Wasser trinkt. Dieses Glas Wasser ist eine vorzügliche Darmspülung und bewirkt, daß die Haut schön und pickelfrei wird. Ein Glas Wasser am Morgen ist dasselbe für den Magen wie das Waschen für die Hände. Die Folgen lassen nicht auf sich warten. Diese Maßnahme wirkt besser als jede noch so raffinierte Kosmetik.

Deutschlands erste Richterin.

Frl. Dr. Maria Hagemeyer

Kein Beruf bleibt den Frauen des neuen Deutschland verschlossen. Ueberall dringen sie ein, und werden die gern oder ungern gesehene Kolleginnen der Männer. Auch der Beruf der Richterin ist ihnen nun in der Deutschen Republik geöffnet. Frl. Dr. Maria Hagemeyer aus Berlin ist bereits zur Landes- und Amtsrichterin ernannt worden.

Heilpädagogik.

In der vorletzten Maiwoche fand in Berlin eine „Heilpädagogische Woche" statt, bei der den sehr zahlreichen Teilnehmern neben einer Reihe von Vorträgen auch durch eine Ausstellung und Besichtigung von Kindergärten, Hilfs- und Sonderschulen und manche anderen Einrichtungen Gelegenheit geboten wurde, sich ein eigenes Urteil über das heute so außerordentlich wichtige Gebiet der Heilpädagogik zu bilden. Den einleitenden Vortrag über „Die Heilpädagogik im Rahmen der Normalpädagogik" hielt der Berliner Universitätsprofessor Dr. Ed. Spranger. Es gilt, so führte er aus, zuerst die Begriffe des Normalen und Anormalen genau abzugrenzen. Wir müssen dabei einmal von einer biologischen und zum anderen von er augenblicklich geltenden Kulturnorm ausgehen und fragen, ob das Kind diesen beiden Normbegriffen genügt. Grobe Körperdefekte, die die Eingliederung in die Normalschule erschweren (Schwerhörigkeit, Blindheit, Lähmungen usw.), sind natürlich leicht festzustellen, ebenso grobe psychische Defekte, die für andere Kinder des Zusammenlebens mit den unnormalen gefährden würden. Sehr viel schwerer ist es, die ungeheure Zahl der Psychopathen richtig einzureihen, denn neben der Minderbegabung geht bei diesen Kindern oft eine ausgesprochene Höchstbegabung für irgendein Sondergebiet einher. Es gibt auch Abweichungen von der Norm, die an sich noch nicht pathologisch sind. Bei der Komplizierthheit dieser Dinge muß neben dem Lehrer, der Arzt sprechen, denn wir kennen kaum die Grenze zwischen Körper und Seele und wissen noch kaum etwas von Konstitutionsforschung. Bei Kindern mit geschwächter Sehkraft ist z. B. auch die Willensstruktur durchaus anders als beim normalen Kinde

Fast bei allen diesen Minderbegabten und Psychopathen gilt es, das Selbstgefühl zu wecken. Gegenüber Minderwertigkeitsgefühl hält Spranger die individualpsychologische Theorie von Adler für einen guten Führer. Die Freudsche Psychoanalyse scheint ihm nur anwendbar, wo es sich um erworbene, nicht angeborene Defekte handelt. Im Handfertigkeitsunterricht sieht er ein wertvolles Mittel, das Kraftgefühl und die Freude an schöpferischer Arbeit und damit überhaupt die Lebensfreude zu heben. Neben dem Unterricht, der noch mehr als beim Normalkind auf Anschauung gegründet sein muß, ist das Spiel von großer Wichtigkeit, ebenso die Uebungen, wie sie Maria Montessori anwendet, weil hier dem Kinde sinnlich wahrnehmbare Gradunterschiede des Materials nahegebracht werden. Das Ziel aller dieser Mühen muß immer sein, die Selbständigkeit des Einzelindividuums und möglichste Annäherung an die gesellschaftliche Norm zu erreichen. Der so schwierige Beruf eines Psychopathen- oder Idiotenlehrers kann nur ertragen werden, wenn man mit Pestalozzi glaubt, daß auch in diesen Aermsten noch ein göttlicher Kern schlummere, den man beleben kann.

An diese Ausführungen schlossen sich Spezialvorträge über die Organisation der Hilfs- und Sonderschulen. Die Hilfsschule umschließt die Minderwertigen, während in der Sonderschule ausgesprochen idiotische Kinder untergebracht werden. Als notwendig wurde erklärt, den abnormen Kindern gegenüber die Schuldisziplin zu lockern und den Lehrer nicht an bestimmte Aufsaben zu binden. Das psychopathische Kind verträgt selten einen Zwang, und nur von einer ganz individuellen Behandlung des Zöglings hängt hier der Erfolg ab. Der Sonderlehrer muß eine vertiefte Spezialausbildung, daneben auch Gewandtheit und Uebung in praktischer Handfertigkeit haben. Zur Festsetzung der Forschungsarbeiten auf diesem Gebiete wird die Gründung heilpädagogischer Studiengesellschaften empfohlen. Einen großen Raum nahm in der Tagung auch die theoretische und praktische Vorführung der Heilpädagogik für Tuberkulöse ein.

H. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270525-15/fragment/page=0012